

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13003. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die begehrteste Beilage oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzbeschriftung 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Der sozialdemokratische Parteitag für Preußen wurde am Mittwoch nach einem Referat des Genossen Liebknecht über die Verwaltungsreform und nach Ablehnung eines Antrages auf Einsetzung eines preussischen Landesvorstandes geschlossen.

Das Wolffsche Bureau verbreitet eine offizielle Rechtfertigung der Goshin-Färbungsmethode.

Herr Dernburg will seine südwestafrikanische Diamantenpolitik durch eine zusammenfassende Druckschrift in der Öffentlichkeit vertreten.

Der griechische Königspalast in Athen ist „zufällig“ abgebrannt.

Ums preussische Wahlrecht.

Leipzig, 7. Januar.

Trotzdem der preussische Parteitag eine schier überreiche Tagesordnung zu erledigen hatte, die die verschiedensten Probleme der preussischen Politik betraf, grupperte sich doch alles, wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt, um die Kernfrage der preussischen Wahlrechtsreform. Alle andern Punkte, die Verhandlungen über das Kommunalprogramm ebenso wie vor allem das prächtige Referat Liebknechts über die Verwaltung Preußens, bezogen sich auf den Wahlrechtskampf und erhielten ihren aktuellen Charakter erst dadurch, daß sie Material boten zur praktischen Agitation, zur Ausrüstung der Massen. Es ist möglich, daß die nüchternen praktischen Gesichtspunkte, unter denen diese Probleme betrachtet wurden, der bürgerlichen Presse Anlaß geben zu dem beliebigen Gerede, daß es der Partei ja gar nicht um diese Probleme selber, um die Besserung des Kommunal- oder Verwaltungswesens zu tun sei, daß sie diese Dinge vielmehr lediglich für ihre „Verkehrszwecke“ brauche und nur insoweit sich für sie interessiere, als sie Stoff zur „Massenverehrung“ liefern. Wenn damit gesagt sein sollte, daß sich die Sozialdemokratie nicht um die Dinge „an sich“ kümmere, losgelöst von allen praktischen Gesichtspunkten der Politik, so wie man etwa, um mit Lessing zu reden, das Gute tun soll, weil es das Gute ist, so könnte sich die Partei diesen Vorwurf allerdings mit größter Seelenruhe gefallen lassen. In der Politik treibt man nichts um seiner selbst willen, sondern um eines bestimmten Ziels willen. Das wußte auch Bismarck. Als der einst einen seiner Leute ins Ausland sandte zur Berichterstattung über die dortigen Verhältnisse, gab er ihm die Instruktion mit auf den Weg: „Daß Sie mir aber nachher nicht mit einer allgemeinen wissenschaftlichen Abhandlung über die historische, wirtschaftliche und geo-

graphische Vergangenheit des Landes kommen. Doktorarbeiten kann ich nicht brauchen. Es handelt sich um praktische Ziele.“ So bezieht auch die Sozialdemokratie alles auf ihr großes praktisches Ziel, auf die Eroberung der Staatsgewalt und auf die Vorbedingung dazu, auf die Agitation, auf die Aufklärung der Massen. Das ist die „positivste“ Mitarbeit, die sie treiben kann. Zu diesem Zwecke bekümmert sie sich um Kommunalpolitik, zu diesem Zwecke auch um die Verwaltung des preussischen Staats.

Und hier nun allerdings steht die Sozialdemokratie ihrem Todfeinde Auge in Auge gegenüber. Nicht etwa, daß das Junkertum, wie man wohl häufig sagt, der eigentliche Feind der Arbeiterklasse sei. Davon kann keine Rede sein. Der eigentliche Feind des Proletariats ist und bleibt die kapitalistische Produktionsweise, und alle Klassen, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Aber innerhalb dieser Klassen bestehen gewisse Unterschiede von Macht und Einfluß. Auch der sogenannte Mittelstand ist ein Gegner der Sozialdemokratie, trotzdem es keinem einfallen, im Mittelstand den gefährlichsten Feind der Arbeiterklasse zu erblicken. Dazu ist er viel zu einflußlos. Die einflußreichste Klasse des kapitalistischen Deutschland aber ist sonder Zweifel das Junkertum. Die Junker, die sich selber gern die Triarier des Königs von Preußen nennen, sind in Wahrheit nur die Triarier des preussischen und damit des deutschen Kapitalismus. Sie beherrschen den Staat, die Verwaltung wie das Heer, und da sie selber aus den wirtschaftlich rückständigsten Distrikten Preußens stammen, verwalten sie den Staat nach den Grundsätzen, von denen sie sich bei der Verwaltung ihrer Rittergüter leiten lassen. Sie bilden die Schutztruppe der wirtschaftlich aber nicht politisch maßgebenden Bourgeoisie, zu der sie im gleichen Verhältnis stehen, wie ein Zuhälter zu seiner Dirne. Er beschützt sie und sie hält ihn dafür aus. Die ungezählten Milliarde, die die Bourgeoisie dem Junkertum in Gestalt von Getreidezöllen, Fleischzöllen, Liebesgaben usw. jahraus, jahrein in den Schoß wirft, sind nichts andres, als die Zehne, die dieser Kapitalistenklasse zugehört. Und daß das Junkertum mit alledem nicht zufrieden ist und immer mehr erpresen will, daß es der Bourgeoisie zuweilen eins, wie lust bei der Reichsfinanzreform, in die Zähne schlägt, auch das erklärt sich aus dem zarten Verhältnis, in dem diese beiden Klassen zueinander stehen.

Aus diesem Verhältnis erklärt sich zugleich, wie possesshaft der Gedanke ist, etwa mit Hilfe der liberalen Bourgeoisie das Junkertum niederzuwerfen zu wollen. Nein! Wenn Preußens Proletariat den Kampf gegen das preussische Junkertum aufgenommen hat, so weiß es, daß es diesen Kampf völlig allein durchzuführen hat, und nichts hat uns mehr gefreut, als daß in den gesamten Verhandlungen des preussischen Parteitages auch nicht ein Wort gefallen ist, das etwa im Sinne der sogenannten sozialistischen Monatshefte hätte gedeutet werden können. Der Kampf ums preussische Wahlrecht ist zu gewaltig, entfesselt zu sehr alle Gegenkräfte der Gesellschaft,

verlangt zu laut von jedem einzelnen entschiedene Stellungnahme, als daß man es hier mit den kleinlichen Mitteln des Diplomatisierens und der Staatsmännerei versuchen könnte. Wenn Preußens Proletariat mit nerviger Faust auf den Tisch schlägt, dann müssen alle Klappen tanzen, dann lernen Messer, Gabel und Teller das Fliegen, und mit einem Schlage ist tabula rasa, ist reiner Tisch gemacht, und die rauhe Frage des Klassenkampfes, erst einmal in ihrer vollen brutalen Schärfe gestellt, wird von erschreckend-flüchtender Wirkung auf die Illusionspolitiker haben wie drüber sein.

Und dieser Kampf ist nun ergangen. Mit dem festen Gelöbnis der preussischen Sozialdemokratie, den Kampf ums Wahlrecht in Preußen aufzunehmen, ist nicht nur Preußen, ist das gesamte Reich in seine große innere Krise eingetreten. Das bedeutet nicht etwa eine Ueberschätzung des Parlamentarismus, von der wir uns heute noch ebenso frei fühlen wie 1903 nach den Reichstagswahlen. Wir wissen ja alle, daß das Ziel dieses Wahlrechtskampfes nicht etwa in einigen armseligen Seiten des preussischen Abgeordnetenhauses besteht, sondern eben in der Niederwerfung der gesamten Junkerherrschaft, von der die Rede des Genossen Liebknecht ein ebenso wahres wie empörendes Gemälde lieferte. Dieses Ziel kann nicht bloß auf parlamentarischem Wege erreicht werden, eben weil die Macht des Junkertums keineswegs bloß im Parlament seinen Sitz hat. Hier müssen alle Quellen proletarischer Macht springen, und was die Niederwerfungsstrategie nicht erreicht, das muß die Ernährungsstrategie erreichen. Am langsamsten Feuer gilt es den Feind zu rösten, alle Vorteile gegen ihn auszunützen. Auch die Vorteile der internationalen Lage. Wir alle wissen, wie belebend die Luft war, die 1905 und 1906 aus Rußlands Steppen zu uns herüberwehte. Solche Situationen lassen sich nicht schaffen, wohl aber lassen sich Schwierigkeiten der deutschen Reichsform mit dem Ausland gegenüber zu Konzessionen auf dem Gebiet der inneren Politik ausnützen, wenn es nur eben in der inneren Politik nie zur Ruhe kommt. Hier gilt es rastlos zu wählen und zu hegen.

Dem Gegner aber rufen wir zu: wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch! Vorwärts!

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 5. Januar 1910.

Der Vorsitzende Dr. Nothe eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Begrüßung der Mitglieder des Kollegiums und gedachte mit einigen Worten der wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres. Dann gab er einen kurzen Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Kollegiums und der Ausschüsse. Es wurden 38 Plenarsitzungen und zwei gemeinsame Sitzungen mit dem Ratkollegium abgehalten. Die Registratorie wies 1515 Eingänge auf. Ausschusssitzungen wurden 203 abgehalten gegen 282 im vorhergehenden Jahre. Die Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse verteilte sich wie folgt:

Seuilleton.

Des Reiches Kommen.

Novelle von Timm Kröger.

4) Nachdruck verboten.

Zweites Kapitel.

Ob Hinnerk mitn Fedderbüdel das, was seine Kühe unterwegs vergeuden, sonst auffammeln ließ, bleibe dahingestellt. An dem Tag, als er vor dem Justizrat am Hecker den Dedel lüftete, hat er es nicht getan, an dem Tag schob er, als der letzte Kuhschwanz hineingezählt worden war, und die Milchmädchen mit Eimern und Reßeln zur Melkenregel hinübertrasteten, die Karre auf die Hofstelle und ging in seine Wohnstube.

Seine Frau, die, wenn nötig war, beim Melken mit zugriff, war dabei, sich dafür zurechtzumachen. Aber Hinnerk sagte: „Na, Maleen! Was bishen auf und mach schter! Klock acht kommt der Justizrat zu Peter, ich muß ihn reinnötigen.“

„So,“ erwiderte seine Frau, „er kommt also wirklich. Das gibt viel Kosten, und Stempel.“

„Wat wesen mot, mot wesen,“ antwortete Hinnerk.

Maleen tat, wie ihr geheßen worden war, packte auf und nahm allerlei Schürzen und Unterröcke, die an den Wänden hingen, weg und trug sie nach der Kammer. Mit einem Fahrstuhl lehrte sie zurück und fing an zu wischen. Sie war eine rund — zu rund gewordene Frau, sprach mit müder Zunge und ging mit fallendem Schritt, hatte schwarzes, volles Haar und braune, müde Augen. Einstmals hatte sie gut ausgesehen, die schön geschwungenen Brauen, ein in dem immer verkleinerten Bild zurück-

gebliebenes Etwas sprachen dafür, und die Hautfarbe war noch jezt frisch und rein.

„Je, Hinnerk, entgegnete sie und trug ihres Mannes Sonntagshose, die hinter dem Ofen gehangen hatte, ebenfalls hinaus, „mot dat wirklich wesen?“

Darauf antwortete Hinnerk nicht mehr.

Hinnerk Schmidt hatte keine Nachkommenschaft, er und Maleen waren Bruder- und Schwesterkinder, sie hatte ihm den Hausstand geführt. Geheiratet hatte er sie erst, als ihm die ärgerliche Geschichte mit der Rühmann-dirne passiert war. Die Rühmann hatte bei ihm als Mädchen gedient. Sinnlich und sittlich hatte Hinnerk sich immer in Schranken gehalten, für die vollblütige Rühmann hatte er nun gar nichts übrig gehabt, aber das mannstolle Frauenzimmer war in seine Stube gekommen.

Neber alle Augenblicke, seines Lebens glaubte er einigermaßen vor Gott und vor sich selbst bestehen zu können, jener Stunde schämte er sich vor Grund aus, und seine Scham kannte keine Grenzen, als er schließlich über die letzten Gründe der Rühmann ins Klare gekommen war. Aber da half es denn nicht, da zog er, um so wenig wie möglich bei der schmutzigen Geschichte genannt zu werden, um, soweit es möglich war, bei sich selbst sofort von der Sache loszukommen, da zog er den Beutel und legte der alten Rühmann, die übrigens eine wahre Megäre war und wie eine Megäre die aus der Niederlichkeit ihrer Tochter erwachsenden Ansprüche vertrat, der legte er hianke tausend Mark auf den Tisch und ließ dafür einen Schein unterschreiben, daß sein Name bei der Sache nicht genannt werden solle. Einen solchen Schein stellt Hinnerk für rechtsverbindlich, die beiden Damen Rühmann glücklicherweise auch.

Es ist eine böse Sache gewesen, sie hat aber gute Folgen gehabt. Als Hinnerk um Tausend leichter aus der Rühmannkate zurückkehrte, ging er in die Kammer seiner Haushälterin Maleen, erzählte ihr offen, was geschehen sei, und fragte sie, ob sie seine Frau werden wolle.

Da dauerte es nicht lange, und Hinnerk mitn Fedderbüdel stand unter eheweiblichem Schuß.

Hinnerk hatte auf Maleens Frage, ob es wirklich sein müsse, nicht geantwortet, das war seine Gewohnheit, wenn ein Einwurf zu überlegen war. Seine Frau wußte das und nahm sein Schweigen nicht übel. Sie wischte in der Stube herum und wischte weiter, als Hinnerk Schmidt nach seiner Mühe griff.

„Wullt röver, na Kat?“ fragte sie. Das Gartenhaus, worin der franke Bruder wohnte, war rechtlich ein Zubehör der an Hinnerk gefallenen Landstelle. Zur Wohnung für Menschen eingerichtete Nebengebäude fallen unter den Gattungsbegriff „Kate“.

„Wullt na Peter?“ wiederholte sie.

„Ja,“ erwiderte ihr Mann, die Mühe in der Hand.

„Bon wegen des Testaments?“

„Ja.“

„Sollte es nötig sein?“

„Das ist doch.“

„Es gibt viele Kosten, und es ist jeden Tag was zu bezahlen.“

„Das magst wohl sagen, aber da ist doch wohl nichts bei zu machen.“

„Du mußt wissen, Hinnerk,“ erwiderte sie und stand, das Wischtuch in der Hand. „Früher habt ihr es nicht für nötig gehalten. Es gibt Kosten und Stempel und auch noch Steuer; zu bezahlen ist jeden Tag, und mein seliger Vater pflegte zu sagen: Affaten un Uhrmatters, wenn die einem begegnen, denn man forts durchn Ant!“

Maleen sprach selten so viele Worte auf einmal, und auf Erzählungen und Gleichnisse ließ sie sich sonst gar nicht ein. Die Rede machte ihren Mann nachdenklich, er nahm langsam seine Mühe und sagte halb für sich und halb zu Maleen: „Je, noch wert Lieb.“ — Und dann ging er aus der Tür, den Kranken aufzufuchen.

(Fortsetzung folgt.)

Einrichtung	Sitzungs- tage	Stimmen	Vertrag, Anrechnung	Ergebnisse Anrechnung, Anträge	Einlagen, Beiträge usw.
Tiefbau-	73	115	146	39	25
Hochbau-	69	99	73	7	16
Minna-	55	74	80	18	25
Verfassungs-	55	86	40	—	—
Betriebs-	28	33	51	20	7
Schul-	28	31	32	73	1
Verkehrs-	23	31	16	1	5
Stiftungs-	22	25	18	140	8
Ausnahme-	—	8	—	—	—
Wahlrechts-	—	13	—	—	10

Aus dem Kollegium ausgeschieden sind im vergangenen Geschäftsjahre die Stadt. Most und Franke aus der ersten Abteilung. An ihre Stelle sind die Ersatzleute Fröhliche und Schwalbach getreten.

Bevor in die Wahl des Präsidiums eingetreten wurde, nahm Stadt. Pöhlen der (Soz.) das Wort zu folgender Erklärung: Nachdem die Vorrede, die die heutige Wahl vorbereitet hat, sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt hat, die Sozialdemokraten auch in der Zukunft von einer Vertretung im Präsidium auszuschließen, habe ich im Namen meiner Freunde zu erklären, daß wir uns nicht in der Lage sehen, uns an der heutigen Wahl zu beteiligen.

In das Präsidium wurden gewählt: als Vorsitzender Dr. Roth mit 41 von 45 abgegebenen Stimmen, als 1. Vizevorsitzender Eise mit 40 Stimmen und als 2. Vizevorsitzender Zobias mit 43 Stimmen.

In den Wahlausschuß wurden die Stadtverordneten Jähne, Joachim, Lehmann, Frenzel, Lange und Schnaaf gewählt. Dann wurden noch einige Negativkandidaturen erledigt. Eine Eingabe der Ortsgruppen I und II des Verbandes sächsischer Polizeibeamter, die um eine einmalige Unterstützung für das vergangene Jahr und um eine Erhöhung der Gehälter nachsuchen, machte Stadt. Dr. Vennert zur Kenntnis.

Gewerkschaftsbewegung. Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909.

Wenn auch das verflossene Jahr weniger als ein Jahr schwerer wirtschaftlicher Kämpfe bezeichnet werden kann, so war es doch, gleich seinen Vorgängern, ein Jahr rastloser Arbeit. Noch lastete der Druck ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse auf der Arbeiterschaft, aber in einzelnen Fällen zeigte sich doch eine Besserung gegenüber dem Jahre 1908, und auch die Ergebnisse der vom Gewerkschaftsartell angeregten Arbeitslosenzählungen ließen erkennen, daß der Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise überschritten war. Ob sich die Lage noch weiter bessern wird, oder ob nicht gar Rückschläge eintreten werden, bleibt abzuwarten. Zu wünschen wäre allerdings, daß die Arbeitslosigkeit in allen Berufen zunehmen möge und daß vor allem die Löhne steigen, damit die verheerenden Folgen der herrschenden Zoll- und Steuerpolitik wenigstens einigermaßen wieder ausgeglichen werden können. Gerade das letzte Jahr hat ja gezeigt, wie die Lage der Arbeiterschaft nicht allein infolge von Mangel an Arbeit und durch ungenügende Löhne, sondern in verschärftem Maße noch durch die Steuerpolitik der Regierung und der herrschenden Klassen verschlechtert wird. Dazu kommt noch das Bestreben, bestehende Rechte der Arbeiter immer mehr zu beschneiden und sich allen Anregungen und Forderungen auf Erweiterung der Arbeiterrechte, auf Ausbau der Arbeiterschutzbestimmungen usw. entschieden zu widersetzen.

Wohl selten in einem Jahre hat die Arbeiterschaft so viel gegen die beabsichtigte Verschlechterung ihrer Lage protestieren müssen, als im Jahre 1909. Mit einem Protest gegen die Verschleppungspolitik des Hottentottenblods, die sich bei der Behandlung der Gewerbeordnungs-Novelle zeigte, nahm im letzten Jahr auch in Leipzig die Protestbewegung ihren Anfang. Dann folgte ein Protest gegen die Verkümmern der Arbeiterversicherung, und als der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung erschienen war, da galt es abermals, gegen die Absichten der Regierung, soweit sie eine Verschlechterung des bestehenden Zustands bedeuteten, Stellung zu nehmen und wirkliche Reformen zu fordern. Mittlerweile bot auch die sogenannte Finanzreform Gelegenheit zu scharfer Kritik; gegen die Brausteuererhöhung, gegen die geplante Palast- und Inzeratensteuer und ebenso gegen die Tabaksteuer wurde in allgemeinen und in besonderen Berufungsverhandlungen Stellung genommen. Allerdings gelang es nicht, die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren in jeder Beziehung fernzuhalten. Das Gewerkschaftsartell forderte des weiteren die Ausdehnung des Wahlrechts zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auch für weibliche Personen und sprach sich für die reichsgesetzliche Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses und der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe aus.

Am Anfang und am Ende des Jahres fanden Wahlen statt, zu denen das Gewerkschaftsartell die Vorbereitungen zu treffen und Kandidaten vorzuschlagen hatte. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für das Gewerbegericht der Stadt Leipzig gingen zum erstenmal nach dem proportionalen Wahlsystem vor sich. Gewählt wurden von der Kartellliste mit 20 000 Stimmen 41 Arbeiterbeisitzer und mit 223 Stimmen 5 Arbeitgeberbeisitzer, von der Liste des „nationalen Arbeiterausschusses“ mit 1688 Stimmen 4 Arbeiterbeisitzer und von der Liste der Innungen mit 1678 Stimmen 40 Arbeitgeberbeisitzer. Die Wahlen der Vertreter in den Organen der Invalidenversicherung, die Ende des Berichtsjahrs ihren Anfang nahmen, sind noch nicht abgeschlossen.

Je sicherer die wirtschaftliche Lage der Arbeiter ergründet ist, desto planmäßiger läßt sich eine Verbesserung dieser Lage anstreben, und je fester die Unterlagen der Organisationen sind, um so zweckmäßiger kann der Ausbau der Organisation erfolgen. Hierbei sind die durch statistische Erhebungen erzielten Resultate außerordentlich wertvoll, und in dieser Beziehung ist in den letzten Jahren in der Leipziger Gewerkschaftsbewegung sehr viel nützliche Arbeit getan worden. In allgemeinen Statistiken sind neben denjenigen, die jährlich über die Mitgliederbewegung und über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften vorgenommen werden, im letzten Jahre auch solche über die Arbeitslosigkeit vorgenommen worden. In einer Anzahl Gewerkschaften beschäftigte man sich mit Erhebungen, die in erster Linie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die sanitären Einrichtungen und dergleichen betrafen. In einzelnen Fällen wurden diese Erhebungen auch ausgedehnt auf die Zugehörigkeit zur politischen Organisation, auf das Bürgerrecht und auf das Lesen politischer Zeitungen.

Auch im Berichtsjahre waren sämtliche Zentral-

organisationen dem Leipziger Gewerkschaftsartell angeschlossen; neu angeschlossen haben sich die Zollierer und Steinhölzler, die Hausangestellten und die Bergarbeiter. Das Bestreben nach Zusammenfluß mehrerer Organisationen zu einer einheitlichen Organisation hat bei den Hotelbedienern und Gastwirtschaftlichen und bei den Sattlern und Portefeuilern Erfolg gehabt. Auch bei den Glasarbeitern, Porzellanarbeitern und Töpfern, desgleichen bei den Kottenstechern wurde die Frage der Verschmelzung bezw. des Anschlusses an Organisationen verwandter Berufe behandelt, ohne jedoch eine endgültige Lösung dieser Frage herbeizuführen.

Deutsches Reich.

Vom Arbeiterschutz der Blumen- und Gärtnereibetriebe. In den Blumen- und Gärtnereibetrieben sind, wie aus den Zahlen der Arbeitslosenzählungen hervorgeht, etwa 10 000 bis 12 000 Personen in Lohnarbeit stehen, davon wohl 80 Prozent weibliches Personal. Genauere Daten sind aus der reichsamtlichen Gewerbeverzeichnisse nicht erhältlich, weil ein Teil dieses Personals in der handwerklichen Untergruppe: Handel mit Blumen und Samen, der andere Teil aber in der Gruppe: Kunst- und Handwerksarbeiten, einschließlich der damit verbundenen Blumen- und Kranzbinderei, Baumschulen, gezüchtet worden ist. Das Personal dieser Blumen- und Gärtnereibetriebe wird in der Hauptsache mit der Herstellung von Binderarbeiten und nur ausnahmsweise auch beim Verkauf beschäftigt. Es untersteht aber dennoch auch den Arbeiterschutzbestimmungen des Handelsgewerbes, da alle Binderarbeiten für die unmittelbare Verwendung, den Verkauf im Laden, angefertigt werden. Sträuße, Kränze und andre Arrangements von lebenden Blumen können im allgemeinen nicht längere Zeit im voraus auf Vorrat gearbeitet werden. In der Regel werden die Sachen auf Bestellung angefertigt, und diese Bestellung steht in Abhängigkeit von Familien- und andern Festlichkeiten, wodurch wiederum zu Zeiten die Arbeiter sich häufen und die Angestellten dann weit über das Maß des Erlaubten hinaus beschäftigt werden. Die Gesetzebestimmungen über die tägliche Mindestruhezeit, über die Mittagspause und über die Sonntagsruhe werden im allgemeinen so gut wie gar nicht beachtet, nicht einmal die Bestimmung, die das Arbeiten während des sonn- und feiertäglichen Hauptgottesdienstes verbietet; in den Blumen- und Gärtnereibetrieben ist es eine alte Gewohnheit, die zwei Stunden „durchzuarbeiten“. Ferner mangelt es vollständig an der Arbeitsschutzbestimmungen, die dem Personal der Blumen- und Gärtnereibetriebe, die oft aller hygienischen Rücksichten entbehren. Wie die Gewerbeinspektoren, so kümmern sich auch die Polizeibehörden nicht darum, ob in den Blumen- und Gärtnereibetrieben Bestimmungen beachtet werden. Das wurde zum erstenmal allgemein bekannt, als vor vier Jahren die Gärtnereibetriebe eine Section für die Blumen- und Gärtnereibetriebe schuf und in Berlin in bezug auf den Arbeiterschutz Nachforschungen anstellte. Da wußten weder die Angestellten noch die Betriebsinhaber etwas davon, und sie waren aufs höchste verwundert, als die Gärtnereibetriebe sie darauf verwies. Aber auch im Polizeipräsidium war man so wenig unterrichtet, daß man anfangs unglücklich war, ob die Angestellten den Bestimmungen über das Gewerbe oder denen über das Handelsgewerbe unterstehen. Erst seit dem vierjährigen Wirken der Berliner Section der Blumen- und Gärtnereibetriebe sind einige Verbesserungen eingetreten. Doch sind auch hier noch sehr große Mängel vorhanden. Die Beteiligung an den Organisationsbestrebungen ist eine viel zu schwache; wenn nicht die Gärtnereibetriebe die Ueberwachung in die Hand genommen hätten, dann stände es auch in den Berliner Blumen- und Gärtnereibetrieben noch auf dem alten Fleck.

Außerhalb Groß-Berlins ist unter den Blumen- und Gärtnereibetrieben von Organisationsbestrebungen überhaupt noch nichts bemerkbar. Und doch wäre das auch hinsichtlich der Wohnverhältnisse sehr notwendig, denn diese stehen für weibliche Angestellte etwa mit den Wöhnen der Verkäuferinnen im Handelsgewerbe auf gleicher Stufe; dazu kommt häufig noch der Koff- und Logiszwang. Das Personal der Blumen- und Gärtnereibetriebe ist, wie schon erwähnt, zu etwa 80 Prozent weiblich; es rekrutiert sich zu einem Teil zwar aus Töchtern des bürgerlichen Mittelstands, zum größten Teil aber aus der Arbeiterschaft. Es ist sogar anzunehmen, daß die Mütter sehr vieler, d. h. einiger 1000 von Blumen- und Gärtnereibetrieben gewerkschaftlich und politisch organisiert sind. Warum unterlassen sie es daher, auch ihre Töchter der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen? Womit können sie es verantworten, daß sie ihre Töchter den Mängeln ihres Berufs schuldig und wehrlos preisgeben? Abseits der freigewerkschaftlichen Organisation ist bis heute noch von keiner Stelle ein Versuch gemacht worden, die Blumen- und Gärtnereibetriebe organisatorisch zusammenzuführen. Um so leichter müßte es darum sein, die im Allgemeinen Deutschen Gärtnereibetriebe (Sitz Berlin, Meyer Straße 2) einzuschließen. Die Section der Blumen- und Gärtnereibetriebe zu stärken. Wärdien jetzt vor allem einmal die Gewerkschafts- und Parteigenossen, deren Töchter Blumen- und Gärtnereibetriebe sind, sich ihrer Pflicht bewußt werden und ihre in den Blumen- und Gärtnereibetrieben tätigen Töchter dem Allgemeinen Deutschen Gärtnereibetriebe zuführen.

Der Stickerstreik in Plauen und die Hirsch-Dunderer.

In Falkenstein hat der Stickerstreik eine weitere Ausdehnung erfahren, so daß gegenwärtig 700 Sticker und Arbeiterinnen im Kampf stehen. Zu neuen Bedingungen arbeiten im ganzen Bezirk 1800 Arbeiter.

Bei einer Verhandlung mit einem Unternehmer behauptete dieser, daß er sofort genügend Arbeitswillige erhalten könnte, wenn er sich an den Generalsekretär des Hirsch-Dunderer Gewerkschaftsvereins Herr Müller aus Spremberg gewandt hätte. Herr Müller habe ihm die Vermittlung von Arbeitsträften in einem solchen Falle ausdrücklich versprochen. Diese Behauptung mußte natürlich sehr stark angezweifelt werden. Nun hat aber diese Firma eine Anzahl Sticker gemahregelt, weshalb dieser Betrieb vom Deutschen Textilarbeiterverband gesperrt worden ist. Die Hirsch-Dunderer haben darauf den Betrieb durch ihre Mitglieder besetzt. Durch diese Tatsache sind selbstverständlich die in der Behauptung des Plauenischen Unternehmers gehegten Zweifel beseitigt. Der Hirsch-Dunderer Gewerkschaft hat sich aber mit dieser Tat ein neues Blatt in seinen Ruhmeskranz gestochten.

Tariffdifferenzen der Granitarbeiter im Odenwald.

Etwa 300 Granitarbeiter des Odenwaldes stehen in Tarifverhandlungen. Der Bezirksrat für die Drie Duppelheim, Sonderbach, Kirchhausen und Hemsbach ist am 1. Januar abgelaufen. Um die Arbeiter beim Verhandeln gefügiger zu machen, erhielten 150 ihre Kündigung. Darauf kündigten die übrigen 150 Steinarbeiter ebenfalls, denn die Unternehmer wollten mit dieser Kündigung die Eingetretene der organisierten Steinarbeiter zähren. Die Granitarbeiter haben dieselbe Taktik schon im Jahre 1908 unternommen. Damals glückte es ihnen, weil ungünstige Verhältnisse die Arbeiter zum Nachgeben zwangen; die Kämpfe waren damals groß, was natürlich für die Steinarbeiter sehr ungünstig ist. Die Unternehmer schloßen jetzt Arbeitsmangel vor, sagen jedoch, wenn sich die Arbeiter ihren Intentionen fügen, dann würden die Kündigungen wieder zurückgenommen. Damit sind aber die Arbeiter nicht einverstanden. Die Granitarbeiter allerorts werden daher gebeten, Arbeitsangebote aus dem Odenwald abzulehnen. Um die Arbeiter recht gefügig machen zu können, haben in den letzten Tagen die Odenwälder Granitarbeiter eine besondere Distriktsorganisation gegründet.

Auf dem Sägewerk der Pippischen Holzverwertungsgesellschaft in Lemgo haben sämtliche 12 Arbeiter, die alle im Zimmerer-Verbande organisiert sind, die Arbeit niedergelegt. Der bisherige Tageslohn von 3 bis 4 Mk. sollte um 50 Pfg. gekürzt werden, da sonst — nach Angabe des Geschäftsführers Gebbe — die Gesellschaft liquidieren müßte! Die Arbeiter haben deshalb nach abgelaufener Kündigungsfrist die Arbeit am 31. Dezember 1909 eingestellt und eruchen um Zerrückhaltung des Zugew.

Ausland.

Die K. F. of L. gegen den Stahlstreik.

Die traurigen Zustände in den Werken des Stahlstrusses, die blutigen Kämpfe von McKees Rocks, hatten den Kongreß der American Federation of Labor in Toronto zu einem Beschluß gedrängt, den Kampf mit dem Stahlstreik aufzunehmen. Es haben darauf Mitte Dezember in Pittsburgh (Pennsylvania), die Vertreter der beteiligten Verbände der K. F. of L. getagt, über Mittel und Wege beraten, und die K. F. of L. hat nunmehr einen Aufruf an ihre Mitglieder erlassen, in dem diese aufgefordert werden, zur Bekämpfung der United Steel Corporation einen Fonds zu zeichnen.

Die Werke der Eisen- und Stahlindustrie im Pittsburger Distrikt waren noch Anfang vorigen Jahres sogenannte Unionsshops, das heißt, die Werksleitungen schlossen ihre Verträge mit der Gewerkschaft, und diese sorgte für die nötigen Arbeiter.

Am 1. Juni 1909 hat aber der Stahlstreik die sogenannte offene Werkschicht eingeführt und den Vertrag mit der Amalgamated Association of Iron, Steel and Tin Plate Workers, einer Gewerkschaft, der die gelehrten Arbeiter der Werke angehöhen, gekündigt. Darauf traten die Mitglieder der Amalgamated Association in den Ausstand, der aber verloren ging, namentlich an der verschlechten Gewerkschaftsstatistik, nur die gelehrten Arbeiter zu organisieren, die ungelernen aber ihren Schicksal zu überlassen. Dieser verlorene Kampf veranlaßte den Kongreß in Toronto wesentlich mit, die Organisation der ungelernen Arbeiter zu betreiben und den Kampf gegen den Stahlstreik aufzunehmen.

Vor etwa 20 Jahren bestanden, wie die New Yorker Volkszeitung schreibt, in den Werken beinahe erträgliche Zustände. Der Arbeiter sah sich als ein Teil des Ganzen und glaubte, seine Stimme bestimme Einfluß und Geltung. Denn die Organisation, seine Union, hatte das Recht, bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse mitzusprechen, und er half ja doch die Leitung der Gewerkschaft zu bestimmen. Und nie in der Geschichte moderner Industrieentwicklung hat sich die Unzulänglichkeit der Gewerkschaftspolitik so deutlich vor den Augen aller, die überhaupt sehen konnten, gezeigt, wie gerade hier. Der Trutz wurde gebildet, und die Union mit ihrem Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, der Löhne, der Anstellung der Vorleute, usw. schmolz dahin wie die Witter vor der Sonne. Denn die Macht der Gewerkschaft verschwand in demselben Augenblick, als die Massen der organisierten Arbeiter verstanden, daß eine stärkere Macht als die ihre, eine großmächtige Kapitalkonzentration, auf dem Felde erschienen war und eine Nebenherkunft der Union nicht dulden wollte. Die Massen der Organisierten waren eben nicht durch eine gemeinsame Idee zusammengebracht worden, sondern durch die Gewerkschaft, mit Hilfe der Gewerkschaft Arbeit und auskömmlichen Lohn zu erhalten. Als diese Gewerkschaft sich durch das Erscheinen der größeren feindlichen Macht in ihr Gegenteil verwandelte, verschwand für sie jeder Grund fernerer Zugehörigkeit zur Organisation. Und innerhalb weniger Jahre war von den einst so stolzen Verbänden nur noch so ein kümmerlicher Rest geblieben, daß eine Rundfahrt durch den riesigen Stahl- und Eisenbezirk kaum noch hier und da eine im langsamen Hinsterben befindliche Union-Local zeigt.

Die wenigen Jahre des Stahlstrusses haben eine Geschichte furchtbarer Leiden für die Lohnsklaven seiner Betriebe bedeutet. Nicht nur, daß die Mannhaftigkeit der Arbeiter durch Spione und Aufspäher, die jedes freimüthige Wort den Vorgesetzten überbrachten, in Grund und Boden vernichtet, daß die Löhne sanken, die Arbeitszeit im Laufe der Jahre um 45 Minuten täglich verlängert wurde, nahm ganz besonders die Zahl der Unfälle in der Montanindustrie Pennsylvania's so erschreckend zu, daß selbst die bürgerlichen Reformen sich vor diesen, niemals genau festgestellten Zahlen, mit Grauen abwandten. Dazu kam noch eine zucht hausmäßige Kontrolle der Sklaven, die den kapitalistischen Erwerbgeist des Stahlstrusses in seiner höchsten Wille zeigte. Und wie kein anderer Streik Amerikas, wurde gerade Pennsylvania, mit seiner großen Arbeitslosigkeit, das Land der Europäiden. Alle, denen in der Heimat die Verhältnisse zu eng geworden, kamen hierher und versuchten zunächst in den Werken des Stahlstrusses ihr Glück. Was sie mitbrachten, war ein rastloser Drang nach Besserung, nach wirtschaftlichen Erfolgen; was sie zu Hause ließen, waren die gedruckten Gesetze, Verordnungen und Vorschriften ihrer Heimat. Auf jungfräulichem Boden halfen sie am Aufbau der kapitalistischen Reinkultur. Der Typ des amerikanischen Arbeiters, der in seinem Erwerbssinn nur von heute auf morgen rechnet, dessen krasser Einzelgeizismus kein Gemeinheitsgefühl und keinen Klassengeizismus aufkommen läßt, ist noch mehr als anderswo unter den eingewanderten ungebildeten Sklaven des Stahlstrusses zu finden. . . .

Und nun stellt sich auch heraus, worauf der Trutz seine Hoffnung baut, nicht allein eventuell schließlich zu siegen, sondern vielleicht sogar von vornherein den Ausbruch eines großen Streiks vermeiden zu sehen. Jener seltene Schachzug, welcher darin bestand, vor Jahren den Arbeitern des Trusses Aktien des selben zu schenken sehr günstigen Bedingungen anzuschreiben, trägt jetzt seine Früchte. Wie alle jene Methoden, die hauptsächlich darauf berechnet sind, die Arbeiter an die betreffenden Classen zu fesseln und ihnen jeden Versuch der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durch Streiks und dergleichen von vornherein zu verleißen, wie z. B. die Zeitschneidung am Gewinn, Pensionsanordnungen, die erst nach einem langen Zeitraum in Kraft treten und verloren gehen, wenn inzwischen das stetige Dienstverhältnis unterbrochen wird, Verkauf von Häusern auf Abzahlung und tatsächlicher Verlust der bereits gemachten Zahlungen, wenn der Arbeiter nicht mehr imstande ist, die Abschlagszahlungen fortzusetzen, und ähnliche sehr verlockend scheinende Methoden, — wie diese, sollte auch der Ankauf der Aktien des Trusses durch die Arbeiter das Ziel verfolgen, die letzteren gewissermaßen zu fesseln zu machen. . . .

Bis jetzt konnte man nicht den Umfang, welchen dieser Aktienankauf unter den Arbeitern angenommen hatte. Vor einigen Jahren hieß es sogar, daß ein großer Teil jener Arbeiter, die sich zu dem Ankauf verleiteten ließen, ihre Aktien wieder an den Trutz zurückverkauft hätten. Heute nun behauptet der Trutz, daß noch etwa 40 000 (von insgesamt rund 100 000) Arbeiter Stahlaktienbesitzer seien. Und diese würden jedenfalls nicht streiken, und damit auch den andern Arbeitern die Lust dazu vertreiben. Falls diese Angaben richtig sind, so bleibt zur Ergänzung desselben noch zu erwägen, daß es in der Hauptsache qualifizierte (und besser bezahlte) Arbeiter sind, in deren Händen sich jene Aktien befinden. So also, daß, wenn diese qualifizierten Arbeiter nicht mit in den Streik gehen, nur für die „Laborers“ Ersatz zu beschaffen wäre. Auf der andern Seite befinden sich unter den 40 000 Aktienhabern sicherlich viele Tausende von Verwaltungs-(Office-)Angestellten, die mit dem Streik sowieso nichts zu tun haben würden.

In übrigen ist es denn doch noch sehr die Frage, ob der Trutz sich nicht irrt, wenn er sich selbstest darauf verläßt, daß die Aktienhaber unter seinen Arbeitern nicht streiken werden. Wie er selbst angibt, hat jeder dieser Arbeiter „ein paar“ Aktien. Eine auch nur sehr geringe Lohnersparnis, und die es sich — abgesehen von anderen Forderungen — bei dem Streik

handeln würde, wäre genügend, um die angeblichen finanziellen Vorteile (Rücksteigerung und Zinsen) jener Aktien in wenigen Monaten weit zu machen. Und dann für die Zukunft die Rate der Rohrerhöhung als reinen Profit gutschreiben zu können. Aber freilich mögen Arbeiter, denen man seit Jahrzehnten das Märchen von der zwischen Kapital und Arbeit herrschenden Interessensharmonie vorklamoriert hat, die Sache von einem anderen Standpunkte betrachten, als Klassenbewusste Arbeiter. Wenn es ihnen nur lieblich gut geht, mag der Teufel die „Foreigner“ (die unqualifizierten Arbeiter) holen, von denen ja doch genug zu haben sind.

Die Weisheiten des Kampfes, welche die Führer der Föderation in diesem Falle nach ihrer eigenen Angabe zur Anwendung bringen wollen, bestehen nun unter anderem in einer großen Petitionskampagne, welche sich an die geschworenen Feinde der organisierten Arbeit und zum Teil an direkte Exponenten des Staatsapparates wendet. Präsident und Vizepräsident der Vereinigten Staaten, der wegen seiner Arbeiterfeindschaft berühmte Sprecher des Repräsentantenhauses, Cannon, Staatsgouverneure und andere Politiker sollen bestürmt werden. Und das, nachdem alle diese Leute sich von der vollständigen Ohnmacht der Föderation auf politischem Gebiete mehr als einmal überzeugt haben!

Die einzige Frage ist, ob die Niederlage, welche die Führer der Föderation dieser durch Anwendung einer neuen Form der Schwanzpolitik beibringen werden, die letzte sein wird, ehe sich die in jenem großen amerikanischen Zentralkörper vereinigten Arbeiterorganisationen der selbständigen, sozialistischen Arbeiterpolitik zuwenden werden?!

Abgewandelter Eisenbahnerstreik in Nordamerika.

Die Daily Chronicle aus Chicago erzählt, ist der Streik der Weichensteller von 20 bis 30 über Chicago verkehrenden Eisenbahnen wenigstens für den Augenblick abgewendet, und zwar durch ein Übereinkommen zwischen den Vertretern der Weichensteller und den Generalvertretern der Eisenbahngesellschaften, nach welchem das Verlangen der Weichensteller nach wesentlicher Aufbesserung der Löhne einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll.

Alte Gewerkschaftsnachrichten. Dem Verband der Glaser, Zahlstelle München, ist der mit dem Verband des Baugewerbes für München im August 1908 abgeschlossene Tarifvertrag, der bis 31. März 1910 Gültigkeit hat, von den Unternehmern gekündigt worden.

Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen findet am 24. Januar in Berlin statt. Neben dem Geschäftsbericht steht auf der Tagesordnung ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann über: Industrie und Kaufmann, sowie ein Referat des Fabrikbesizers Arno Luboldt (Gera) über die Reichsversicherungsordnung.

Aus den Nachbargebieten.

Die liberale Komödie in Eisenach.

Die Nationalliberalen haben die Kandidatur des dem Bunde der Landwirte angehörigen Landwirts Krug fallen gelassen und beschlossen, den Landtagsabgeordneten Justizrat Kypellus in Eisenach aufzustellen. Zugleich haben aber die Freisinnigen beschlossen, „im Interesse des Gesamtliberalismus“ ihren Widerspruch gegen die Kandidatur fallen zu lassen und den nationalliberalen Kandidaten schon im ersten Wahlgange zu unterstützen. Nun werden die Unentwegten des Freisinn gegen die Verdrängung des Bündlers Krug, den sie in der Stichwahl so wie so unterstützt hätten, opponieren. O, über diese freisinnigen Komödianten!

Freisinnige Gesinnungstüchtigkeit.

st. Der Freisinn im Eisenacher Wahlkreis kehrt den entschiedenen Liberalismus in der Weise heraus: er findet pöblich, daß der von den Nationalliberalen aufgestellte Kandidat zu weit rechts steht. Daß man mit der Aufstellung eines freisinnigen Kandidaten neben der nationalliberalen Kandidatur weiter nichts bezweckt als zunächst darauf zu spekulieren, eine möglichst große Anzahl Wähler an die Urne zu bringen, ist schon so nebenbei zugegeben. Daß aber das Vorgehen des Freisinn in diesem Kreise nur eine plumpe Komödie ist, das geht auch aus einem andern, den entschiedenen Freisinn recht charakterisierenden Selbstkritikungsakt hervor. Das Mandat der Döblichbesteuerten im Landtage hatte im Eisenacher Oberlande bisher ein freisinniger Vorsteher inne. Diesem freisinnigen Vorsteher Stapp stellte aber ein Teil der Freisinnigen einen nationalliberalen Kandidaten gegenüber. Dieser nationalliberale Kandidat, Rechnungsdamassistent Stemmer, hatte bei den allgemeinen Wahlen für den bisherigen freisinnigen Abgeordneten Heim in Wahlversammlungen gesprochen, und aus Dankbarkeit für diese nationalliberale Wahlfürsorge verschafferte man das andre freisinnige Mandat an diesen Nationalliberalen. Dieser Nationalliberale ist nun auch glücklich mit freisinniger Hilfe gewählt worden, obgleich von einem andern Teile der Freisinnigen darauf hingewiesen wurde, daß der nun demnach gewählte Abgeordnete in seinem früheren Wirkungskreise, den er als Beamter nicht ganz freiwillig verlassen mußte, in ehrenrührige Verhandlungen wegen Eisenacher Liebhäuser verwickelt war. Obgleich diese Tatsachen nicht nur in Weimar und Jena bekannt waren, sondern kurz vor der Wahl auch von einem Teile der Freisinnigen im Eisenacher Oberlande eifrig kolportiert wurden, brachte es der ausschlaggebende Teil der Freisinnigen doch fertig, ein Mandat zu verschaffern. Und diese Freie will jetzt plötzlich wieder den entschiedenen Liberalismus herauskehren?!

Nationalliberale Klänge.

Der Vorstand der nationalliberalen Landesvereine für das Herzogtum Gotha hat beschlossen, in Gemeinschaft mit den andern im Landesverband Thüringen zusammengeschlossenen nationalliberalen Vereinen den Zentralvorstand zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß für die Zukunft weder von einem nationalliberalen Verein oder Verband, noch von einem einzelnen ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen werden darf. Taktische Erwägungen diktierten, so wurde in der Diskussion ausgeführt, dabei nicht in Frage kommen. Wieder im harten Kampf, aber mit Ehren zu Grunde gehen, als mit der Sozialdemokratie paktieren. Im Gothaer Ländle, wo die Nationalliberalen wie alle bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie aufs Ärgste bedroht sind, mag ein solcher Klugschrei verständlich sein. Die nationalliberalen Herrschaften zeigen damit aber auch, daß ihr Blick nicht über die Grenzen ihres Weltreiches hinausreicht.

Duchslburg. Die Polizei in Thale verhaftete den 58jährigen Lehrer W. aus Rüggehaue, der dort regelmäßig seine Ferien in Begleitung eines noch minderjährigen Mädchens, angeblich seiner Nichte, zubrachte. Nachforschungen ergaben, daß W. das Mädchen, die Tochter einer kinderreichen Bergmannsfamilie, mißbraucht hatte. W., der Vater mehrerer Kinder und bereits Großvater ist, wurde nach dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis gebracht, wo er bereits ein Geständnis abgelegt haben soll. Das Mädchen ist erst Ostern aus der Schule entlassen worden.

Neustadt a. D. Der Gemeinderat hat die Einführung einer Wild- und Geflügelsteuer, die der Stadtverwaltung vom Ministerium empfohlen worden war, einstimmig abgelehnt.

Erfurt. In Schellroda schoß sich der wohlhabende Landwirt Adolf Göhlig eine Kugel in den Kopf. Als diese nicht tödlich wirkte, erhängte er sich. Der Grund zu der Verzweiflungstat soll in einem anonymen Schmähbriefe, den Göhlig erhalten hatte, liegen.

Raumburg. Ein Personenzug der Instrukbahn mußte bei dem Dorfe Rühmlich zweimal halten, weil unbekannte Freier, um den Zug zur Entgeißelung zu bringen, am Schienenstrang an zwei Stellen einen eisernen Kasten sowie zentnerschwere Steine befestigt hatten. Ein zwei Stunden später verkehrender Personenzug mußte gleichfalls bei dem Dorfe Rühmlich halten, weil wieder die Schienen mit eisernen Schaufeln und schweren Bruchsteinen versperrt waren. Die Eisenbahndirektion Erfurt setzte eine Belohnung von 300 Mk. für die Ermittlung der Täter aus.

st. Aus Sachsen-Weimar. Eine klaffende Abfertigung läßt das freisinnige Organ in Eisenach, die Tagespost, dem bekannten Müller-Meinungen zuteil werden. Sie schreibt: „Wir schätzen und kennen Herrn Dr. Müller-Meinungen als freisinnigen Abgeordneten. Wir bedauern aber — und wir müssen das endlich notgedrungen einmal aussprechen — seine fortgesetzte Einmischung in die Angelegenheiten der Thüringer Wahlkreise, ein Einmischen, das er leider wiederholt zugunsten von uns politisch fernstehenden Persönlichkeiten und Bestrebungen in die Waagschale warf.“ Ob das bei diesem Vernegros hilft?

Aus der Umgebung.

Was geht vor?

Vor einigen Monaten sahen wir uns veranlaßt, uns mit der geplanten Ueberlandzentrale für Leipzig-Land zu beschäftigen und das Verhalten der Verbandsleitung zu kritisieren, die drauf und dran war, die angeschlossenen Gemeinden einer Kapitalistenclique zur Ausbeutung auszuliefern. Unsere Kritik verleitete damals das Zustandekommen eines für die Gemeinden schädlichen Vertrags mit der Leipziger Lukenbahn-Aktiengesellschaft. Und nachdem sich auch eine öffentliche Gemeindevertreterkonferenz mit der Angelegenheit befaßt und die Pläne der Verbandsleitung durchkreuzt hatte, sahen sich die Macher des feinen Bündnisses endlich gezwungen, dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgebend, die Verhandlungen mit der Lukenbahngesellschaft abzubrechen und dem Wunsche ihrer Auftraggeber gemäß entweder die Errichtung eines eignen Werks ins Auge zu fassen oder ein günstigeres Vertragsverhältnis mit der Stadt Leipzig zu erwirken.

Seit dieser Zeit war es ziemlich ruhig geworden. Nur ein- oder zweimal hörte man gerücheltweise, daß zwischen der Verbandsleitung und dem Räte der Stadt Leipzig verhandelt werde. Was dabei herausgekommen ist, konnte kein Mensch erfahren; selbst die Gemeinderatsmitglieder tappen vollständig im dunkeln.

Die Verbandsleitung, die schon bei den ersten Verhandlungen die Meinung der Gemeindevertretungen vollständig ignorierte und sich durch ihre unangebrachte Geheimnisräumerei eine so heillose Blamage zugezogen hat, scheint aber auch in Zukunft ihre eignen Wege gehen zu wollen, unbekümmert darum, ob die Gemeinden mit ihren Maßnahmen einverstanden sind oder nicht. Darauf läßt wenigstens eine Nachricht schließen, die uns heute von durchaus zuverlässiger Seite zugegangen ist und die man, wenn man dieser Angelegenheit nicht bereits so trübe Erfahrungen gemacht hätte, einfach für unglaublich halten sollte. Danach soll der Vorstand des Gemeindeverbands die feste Absicht haben, die nicht ungünstig stehenden Verhandlungen mit dem Räte der Stadt Leipzig abzubrechen und mit der Leipziger Lukenbahngesellschaft weiter zu verhandeln. Die Bezirksvertreter sollen durch als „heimlich“ bezeichnete Zirkulare unterrichtet sein, und bereits heute nachmittag soll sich eine Sitzung im Gebäude der Amtshauptmannschaft mit der Beratung eines langfristigen Vertrags mit der Lukenbahngesellschaft befassen. Wir haben sofort bei einigen Verbandsvertretern angefragt, denn von der heutigen Sitzung nichts bekannt ist. Es kann sich also, wenn die Nachricht zutrifft, nur um eine Vorstandssitzung handeln. Das ist auch gar nicht unwahrscheinlich, denn das Direktorium hat ja schon früher verjocht, das Statut dahin auszulegen, daß der Vorstand ganz eigenmächtig Verträge abschließen könne, ohne an die Zustimmung der Gemeindevertreter gebunden zu sein. Wie uns auf eine Anfrage bei der städtischen Verwaltungen mitgeteilt worden ist, hat die Stadt der Verbandsleitung vor ungefähr drei bis vier Wochen eine Offerte gemacht; bis heute hat sie aber noch keine Antwort erhalten. Das ist bezeichnend für die Art und Weise, wie die Verbandsleitung den Wünschen der Mitglieder entgegenkommt und bildet gewissermaßen eine Bestätigung der oben wiedergegebenen Nachricht.

Man kann sich also auf neue Ueberraschungen gefaßt machen. Die Vertreter der Gemeinden haben jetzt nicht nur ein Recht, sondern auch die dringende Pflicht, unter allen Umständen Aufklärung zu verlangen. Sollten die Herren im Direktorium aus den bisherigen Erfahrungen wirklich noch nichts gelernt haben, so muß ihnen noch viel deutlicher plausibel gemacht werden, daß die Gemeinden nicht gewillt sind, sich von einigen Herren, die von den Verpflichtungen, die sie bei der Uebernahme ihres Mandats übernommen haben, recht eigentümliche Auffassungen zu haben scheinen, als Spielball benutzen zu lassen.

Schönefeld. Der 10. Antrag zur Ortsschulordnung für den Schulbezirk Schönefeld über die Ferien der Volk- und Fortbildungsschule ist genehmigt worden und hängt im Hauptingang des Rathauses aus. Er kann im Zimmer Nr. 10 — 1. Obergesch. — eingesehen werden.

Tauscha. Bei der gestern stattgefundenen Ergänzungswahl zum Stadteinderat, bei der zum erstenmal nach Klassen gewählt wurde, setzte in der dritten Abteilung Genosse Karl Grünthal mit 145 Stimmen, während es die Gegner nur auf 53 Stimmen brachten. Heute findet die Wahl für die zweite Abteilung statt.

Thella. Drei Pferde erstickt. Bei einem Brande, der auf noch unangeklärte Weise im Pferdehause des Pächters Hofe entstanden war, sind durch die starke Rauchentwicklung drei Pferde erstickt.

Engelsdorf. Arbeitererstickt. In den Betriebswerkstätten der sächsischen Staatsbahn fiel dem 35 Jahre alten Bahnarbeiter Wagner aus Engelsdorf ein 3 Zentner schweres Kopfschloß auf das linke Bein. Der Mann wurde am linken Unterschenkel schwer verletzt und mußte in das Leipziger Krankenhaus übergeführt werden.

Moskau. Hundesteuer. Die Besitzer von Hunden im hiesigen Gemeindebezirk haben alle am 10. Januar d. J. in ihrem Besitze befindlichen, an diesem Tage für das ganze Jahr steuerpflichtigen Hunde bis zum 15. d. M. bei dem Gemeindeamt anzumelden. Die Hundemarken sind alsdann gegen Erlegung von 10 Mk. 80 Pf. beziehentlich 5 Mk. 20 Pf. bis zum 31. d. M. im Rathaus, Zimmer Nr. 5, Steuerentnahme, in Empfang zu nehmen. Hinterziehung der Hundesteuer sowie nicht rechtzeitige Anmeldung der Hunde wird mit dem dreifachen Steuerbetrage bestraft.

Brandis. Schulgeld. Um die unliebsamen Unterbrechungen des Unterrichts, die durch das allwöchentliche Einlassen des Schulgelds entstehen, zu vermeiden, hat der Schulvorstand beschlossen, das Schulgeld nur einmal monatlich, und zwar am ersten Montag jedes Monats für den ganzen Monat einnehmen zu lassen. Das Schulgeld beträgt monatlich 40 Pf. für ein Kind. Besuchen aus einer Familie mehr als 3 Kinder die Schule, so wird das Schulgeld nur für 3 Kinder erhoben. Wer die Bezahlung des Schulgelds an den genannten Terminen versäumt, hat es innerhalb 14 Tagen an den Spezialkassierer Bernstein abzuführen. Andernfalls tritt das mit Kosten verbundene Mahnverfahren in Kraft.

Sebammensbezirk Cyhra. Die Hebamme Kunze, die anordnungsgemäß vom 9. bis mit 22. d. M. an einem Wiederholungs- und Fortbildungskursus teilnimmt, wird während dieser Zeit in den Gemeinden Cyhra, Großdäitzig, Kleindäitzig und Zellischky von den Hebammen Frau Anna Tina vhl. Sander und Frau Magdalena Agnes vhl. Durkhardt, beide in Jena, und in der Gemeinde Böddorf von der Hebamme Frau Anna Marie Henriette Schill in Knauthain vertreten.

Eilenburg. Aus dem Stadteverordnetensaale. Das Stadteverordnetenkollegium hielt in seiner neuen Zusammenfassung am 3. Januar die erste Sitzung in diesem Jahre ab. Viele Plätze waren neu besetzt, und das Erfreulichste: Es sind einige Sechse mehr im Karpatenteich, die Vertreter der Arbeiter sind im neuen Jahre verstärkt ins Stadtparlament eingezogen. Diese veränderte Situation beeinflusst auch die Einführungsfrage des Bürgermeisters Dr. Velliam, der mit ausfälliger Beharrlichkeit Friede und Eintracht predigte und davor warnte, daß die Eintracht durch das Einbringen der Politik in die Kommunalverwaltung gestört werde. Das Beständnis, daß die Stadtverwaltung die Pflicht habe, im Interesse aller Einwohner, also auch der großen Masse der Kinderbewirtselteten, zu wirken, müge vor allem die Herren der ersten und zweiten Abteilung beherzigen; die Vertreter der Arbeiterklasse haben durch ihre Tätigkeit stets bewiesen, daß für sie die Interessen der Allgemeinheit ausüßlaggebend sind. Wenn sie dabei ihre Parteigrundzüge zur Geltung bringen, so liegt das eben daran, daß sich bei ihnen das Parteinteresse mit den Interessen der Allgemeinheit deckt. Aber trotz aller Friedenssalaberei konnte sich doch das Stadteverordnetenhaupt einen Seltensieb auf die unbequeme Kritik „gemisser auswärtiger Blätter“ nicht verlagern. Fast im selben Atemzuge, in dem er bat, bei der Kritik die üblichen Verkehrsformen, die niemals verkehrt sein dürfen, nicht außer acht zu lassen, meisteerte er die „Sanfherdentöne“ mit einer unmaßhalmlichen Virtuosität. Wenn der Herr versicherte, nach dem Sage: Wer Schmutz ansieht, besudelt sich, „solche Ergebnisse geistiger Mißbeete“ zu ignorieren, so beweist das jedenfalls, daß Herr Velliam die Grenzen der üblichen „nicht verlebenden“ Verkehrsformen recht weit setzt. Unsere Genossen im Stadtparlament können also, wenn sie an den „guten Ton“ den gleichen kleinen Maßstab legen, wenn es nötig wird, die Taten des Herrn Bürgermeisters und der bürgerlichen Stadtväter mit recht kräftigen Worten kritisieren und brauchen sich kein Blatt vor den Mund zu nehmen. — Nachdem die neuen Stadteverordneten durch Handschlag verpflichtet worden waren, wurden die Wahlen des Präsidiums und der Deputationsmitglieder vorgenommen. Als Vorkeser wurde Rechtsanwalt Stervogel, als Stellvertreter Herr Schladt, als Schriftführer Herr Bornicoel und als Stellvertreter Herr Barrot gewählt. Die Mitglieder der einzelnen Deputationen wurden von dem neuen Vorkeser vorgeschlagen und ohne Widerspruch gewählt. Dabei wurden endlich auch unsere Genossen mehr berücksichtigt, die nunmehr in allen wichtigen Deputationen vertreten sind. Es gehören an: A n a t e der Finanzdeputation, der Dekonomie- und der Bahn-Deputation für die Errichtung der neuen Bahnstrecke Eilenburg-Blitzfeld; S c h m i d t der Wasserwerks- und der Armenhausdeputation; H u r t h a r d t der Krankenhausdeputation, der Gesundheitsdeputation und der Verkehrsdeputation; K r o p p der Bau- und der Grundstücks-erwerbs- und veräußerungsdeputation; K o t s c h o t e der Grundstücks-erwerbs- und veräußerungs- und der Servituten-Deputation; F e n y s c h der Forst- und der Marktdeputation; S c h i m a n s k y der Promenaden- und Friedhofsdeputation, der Berg-Deputation und dem Kuratorium für das Altersheimmuseum.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 7. Januar. Soweit bei der allgemeinen Verwirrung bisher festgestellt werden konnte, ist das Feuer in der 10. Abendstunde in der kaiserlichen Hofkapelle auf der Südseite des Schlosses, wo auch die deutschen Gottesdienste abgehalten werden, zum Ausbruch gekommen. Wahrscheinlich ist eine Kerze nicht ausgeblüht worden. Nach einer andern Version verursachte die Dampfheizung den Brand. Mit unerklärlicher Schnelligkeit griff das Feuer eine halbe Stunde später auf die Nordseite des kaiserlichen Schlosses über, ebenso auf den Ostflügel. Die zweiten Stockwerke dieser Flügel sind vollständig zerstört. Aus dem Tropfensaal konnten die wertvollsten Stücke gerettet werden, ebenso das Archiv mit der kaiserlichen Korrespondenz und den Staatspapieren, die unter starker Bewachung in die Kammer und das Ministerium des Reichens geschafft wurden. Der König begab sich sofort von seinem Landhause nach Wien, stand aber schon einem hoffnungslosen Feuermeer gegenüber. Die elenden Zustände bei der hiesigen Feuerwehr und den Wasserverhältnissen zeigten sich in erschrecklicher Weise. Man stand dem gewaltigen Brande hilflos gegenüber. Militär sowie Matrosen englischer und russischer Schiffe, die in Phaleron liegen, leisteten Hilfe. Das auf dem herrlichen Verfassungspalast gelegene brennende Schloß beleuchtete die Umgegend taghell. Eine gewaltige Menschenmenge umlagerte die Brandstätte. — Nach einer späteren Meldung soll Hoffnung bestehen, den Brand zu löschen. Das Feuer kam in dem Moment zum Ausbruch, als die königliche Familie, mit Ausnahme des Königs, um den Weihnachtsbaum versammelt war.

Paris, 6. Januar. Vor Tanger ist gestern eine aus sechs französischen Panzerjahren bestehende Flottille eingetroffen. Das Erscheinen der Flottille ist eine Demonstration, die den Zweck hat, den Mächten zur schnellen Regelung der zwischen Frankreich und Marokko, namentlich bezüglich der Anleihe, bestehenden Differenzen zu veranlassen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Sonnabend:
Speisehaushalt I (Hofkapelle): Fleisch mit Nudeln.
Speisehaushalt II (Zuglerstraße 1): Fleisch mit Nudeln und Salat.
Speisehaushalt III (Wittenbergstraße): Fleisch mit Nudeln.
Speisehaushalt IV (Hauptstraße): Fleisch mit Nudeln.
Speisehaushalt V (Wagnerstraße 53): Fleisch mit Nudeln.
Speisehaushalt VI (Neue Straße): Fleisch mit Nudeln.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Müller in Dresden-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis Ortsverein L.-Kleinzschocher.

Sonntag, den 8. Januar 1910

Halbjährliche Generalversammlung im Saale der Erholung.

Tagesordnung:

1. a) Bericht des Vorstandes, b) der Revisoren. 2. Wahl von Generalversammlungs-Vertretern. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet recht zahlreichen Besuch
Der Vorstand.

Achtung! Arbeiterjugend!

Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 5 Uhr

Grosse Jugendversammlung

Vortrag der Genossin Schlesinger-Eckstein aus Wien:

Die Arbeiterjugend und ihre Zukunft.

Die jugendlichen Proletarier und Proletarierinnen und auch die Eltern werden zu regem Besuch aufgefordert.
Der Bildungsausschuss.

Druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Sonntag, den 9. Januar, Punkt 1/3 Uhr, im Pantheon

Mitglieder-Versammlung.

Reichhaltige Tagesordnung. Zu zahlreichem Besuch ladet ein F. A. O. Schulze.

Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis

Geschäftsstelle: Volkshaus, Felber Str. 32, Portal rechts, 1. Etage. Fernsprecher 14610.
Bürozeiten: Montags von 12 bis 1 Uhr und 3 bis 4 Uhr, Sonntags von 9 bis 4 Uhr.

Böhlitz-Ehrenberg. Sonntag, den 8. Januar, abends 9 Uhr, **General-Versammlung** im Ritterschlösschen. Bericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Anträge. Verschiedenes. Recht zahlreichen Besuch erwartet [231] D. V.

Döllitz-Dösen. Sonntag, den 8. Januar, abends 9 Uhr, **General-Versammlung** in Neudöfen. Zahlreiche Beteiligung erwartet [209] Der Vorstand.

Eutritzsch. Sonntag, den 8. Januar, abends 1/2 Uhr, **Halbjährs-General-Versammlung** im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. a) Bericht des Vorstandes, b) des Kassierers und der Revisoren, c) der Bibliotheksverwaltung, d) des Obmannes der Sängerkabine, e) des Obmannes der Redaktionsabteilung. 2. Verschiedenes. Zahlreichem Besuch steht entgegen [203] Der Vorstand.

Grossdölzig u. Umg. Sonntag, den 8. Januar, abends 1/2 Uhr, **Halbjährliche General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Rank, Markranstädt, über: Die Ehrenbeichte der katholischen Kirche. 2. Berichte der Vereinsfunktionäre. — Zahlreiches Erscheinen wünscht D. V.

Knautkleeberg u. Umg. Sonntag, den 9. Januar, nachm. 4 Uhr, **General-Versammlung** im Restaurant Ratskeller, Knautkleeberg. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. des Kassierers, 3. der Kommissionen, 4. Wahl eines Beisetzers, 5. Wahl der Generalversammlungsvertreter, 6. Anträge, 7. Verschiedenes. — Die Zeit ermöglicht es jedem Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es ist daher zu erwarten, daß dieselbe gut besucht wird. D. V.

Markkleeberg. Sonntag, den 8. Januar, abends 9 Uhr, **General-Versammlung.** Der Vorstand. [210]

Schönau. Die halbjährliche **General-Versammlung** findet Sonntag, den 8. Januar, abends 1/2 Uhr, im Alten Gasthofe statt. — Der wichtigen Tagesordnung halber bittet um zahlreichen Besuch D. V.

Seebenisch u. Umg. Sonntag, den 8. Januar, abends 1/2 Uhr, **Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

Taucha u. Umg. Sonntag, den 8. Januar, abends 1/2 Uhr, **General-Versammlung** im Deutschen Haus. T. D.: 1. Bericht des Gesamtvorstandes, des Agitations- und Bürgerrechtskomitees und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Verschiedenes. Mitglieder! Wir erwarten, daß zu dieser wichtigen Versammlung jeder erscheint, daß der Besuch ein vollzähliger wird. [147] Der Vorstand.

Thonberg-Neureudnitz. Sonntag, den 15. Januar, abends 1/2 Uhr, **General-Versammlung** im Gasthof Neureudnitz, Stüblicher Str. 7. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, Kassierberichts etc. 2. Wahl der Generalversammlungsvertreter. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet [204] Der Vorstand.

Wiederitzsch. Sonntag, den 8. Januar, abends 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant zur Mühle. T. D.: 1. Mitteilungen. 2. Gemeindevorstände. 3. Verschiedenes. [201] Es ladet ein D. V.

Zwenkau. Sonntag, den 8. Januar, Punkt 1/2 Uhr, **Halbjährliche Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Halbjährsberichte. 2. Vereinsangelegenheiten. [200] Aufreihem Besuch steht entgegen D. V.

Papiermützen,

schöne Neuheiten, Karneval-, Scherz- und Ball-Artikel, Larven, Girlanden, Blumen, Pappinstrumente, Verlosungs- u. Geschenk-Artikel in reicher Auswahl, Vereins-Nadeln und -Abzeichen, Vereins-Stempel u. Papier für Vereinsbedarf beziehen Sie am vorteilhaftesten von

Ortsverein Leipzig-Ost.

Dienstag, den 11. Januar, abends 1/2 9 Uhr

Halbjährs-Generalversammlung im Thüringer Hof, Volkmarisdorf.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Politische Parteien und Interessentkämpfe. Referent: Redakteur Genosse von Lojewski.

2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 4. Neuwahl der Zeitungskommission. 5. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet [202] Der Vorstand.

Verband d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Die Sitzung der Geschäfts-Delegierten

findet nicht am 18. Januar, sondern

nächsten Montag, den 10. Januar

abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus statt.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund

Gau Leipzig.

Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr

Generalversammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassibericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Anträge. 5. Bundesangelegenheiten.

Anträge der Vereine sind 14 Tage vorher beim Vorstand einzureichen.

Zutritt nur gegen Legitimation.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Die russischen Kämpfe um
Freiheit und Recht.
25 Pfg., schön gebunden 1 Mk.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Ortsvereine des Westens. Der 2. Vortragszyklus

beginnt am

19. Januar im Felsenkeller

mit einem

Heinrich Heine-Abend

Mitwirkende:

Robert Koppel-Berlin, Mitglied der Münchner Scharfrichter, Gesang und Rezitation.
James Rothstein-Berlin, Begleitung.
Arno Hache-Leipzig, Vortrag.

Programmkarten a 50 Pfg. sind zu haben im Felsenkeller, in der Filiale der Volkszeitung, Lützner Str. 41, bei Max Georgi, Kleinzschocher, Friedrich Stoye, Leutzsch, Volksbuchhandlung, Tauchaer Str. 19/21. [194]

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle: Volkshaus Zeltzer Str. 32 Portal rechts, I.
Bürozeiten: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr. Telefon 3784.

Vertrauensmänner-Sitzungen

Norden: Montag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, im Kaiser Friedrich.
Osten: Montag, den 10. Januar, abends 1/2 9 Uhr, in der Silberpappel. [205]

Turnverein Vorwärts, L.-Eutritzsch

Sonntag, den 9. Januar

General-Versammlung

im Turnlokal Gosenschlösschen.

Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Anträge. 3. Neuwahl sämtlicher Vereinsfunktionäre. 4. Allgemeine Vereinsangelegenheiten. [212]

Sonntag, den 15. Januar

Christbescherung im Gosenschlösschen.

Der Turnrat.

Kranken-Unterstützungsverein Markranstädt u. Umgeg.

Sonntag, den 9. Januar 1910, nachmittags 2 Uhr
Ordentliche Generalversammlung

im Saale der Guten Quelle.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers sowie der Revisoren. 2. Diskussion hierzu. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Anträge. 5. Verschiedenes. Anträge sind bis zum 8. Januar beim Vorstehenden schriftlich einzureichen. Mitgliedsbücher sind am Saaleingang vorzulegen. Laut Beschluß der letzten Generalversammlung wird Nichterscheinen mit 25 Pfg. bestraft, nur Krankheit gilt als Entschuldigung. Zahlreichen Besuch erwartet [187] Der Vorstand.

Turnverein Jahn, Leutzsch.

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Sonntag, den 9. Januar 1910, nachm. 1/3 Uhr

General-Versammlung

im Restaurant Vater Jahn.

Tagesordnung: 1. Berichte; 2. Anträge; 3. Neuwahlen; 4. Bezirkssturntag und Wahl der Delegierten; 5. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet [211] Der Turnrat.

Jedermann hat freien Zutritt.

Volkshaus L.-Volkmarisdorf, Kirchstr. 25/27, 2. Hof

Sonntag, den 9. Januar, abends 8 Uhr:

Goethes Mutter. Nächsten Mittwoch abend: Fortsetzung der philosoph. Abende mit: Hen. v. Bach u. der Ausgang der klassischen Philosophie.

Arbeiter-Radfahrer-Bund



Solidarität.

Abt. Ost. Sonntag, den 9. Januar, nachm. 1 Uhr: Generalversammlung in den Drei Mähren.

Abt. Ost. Sonntag, den 15. Januar, abends 8 Uhr: Weihnachtsfeier in den Drei Mähren.

Abt. Kleinzschocher. Sonntag, den 9. Januar, nachm. 1/3 Uhr: Generalversammlung in der Windmühle.

Zentral-Verein.

Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 1 Uhr [214]

General-Versammlung

im Volkshaus (Gesellschaftssaal), Zeitzer-Strasse.

Ziehung nächsten Montag, 10. Jan 1910.

Wohltätigkeits-Lotterie König-Albert-Stift

zum Besten der Kinderbewahranstalt

Modau-Leipzig.

Auf 7 Lose 1 Gewinn.

3500 Gewinne im Werte 9000 Mk.

1. Hauptgew.: Speisezimmerinr. in Eiche i. W. v. 1000 Mk.
2. Hauptgew.: Herrensimmereinrichtung i. W. v. 500 Mk.
3. Hauptgew.: Kompl. Schlaf-Einricht. i. W. v. 300 Mk.
4. Hauptgew.: Kompl. Küchen-Einricht. i. W. v. 250 Mk.
5. Hauptgew.: Steinernes Reformbett i. W. v. 125 Mk.
6. Hauptgew.: Nähmaschine i. W. v. 100 Mk. usw., usw.

Lose à 1 Mk. (11 St. 10 Mk.) Porto und Gewinnliste

25 Pfg. extra sind erhältlich, in vielen durch

Blakate kennl. Geschäften u. durch die Hauptvertriebsstelle:

Heinrich Schuster, Leipzig, Petersstraße 11.

Teilzahlung Woche ohne Anzahlung 1 Mk.

Feinster Konzert-Schallophon

Orchester, Musik, Gesang, hum. Vortr., naturgetr. Wiedergabe, 42 Mk. an 2 Jahre Garantie, von

Grosse 25 cm Doppel-Platten für alle Grammophone, 28 Stücke spielend, nur gegen Kasse à Mk. 2. — franko. Illustr. Kat. u. Verz. gr. Wiederverk. Engr.-Pr.

Musik-Werke, Hamburg 310

Schallophon

Rich. Lipinski, Leipzig, Elsterstr. 14

Tel. 2309. Besichtigen Sie meine ständige Ausstellung der Artikel

Politische Uebersicht.

Eine Verschleppung der ungarischen Krise.

Aus Budapest schreibt man uns: Nach langem Zögern wurde endlich der Koalitionsregierung der Laufpaß gegeben; die Ministerkrise hat durch die Ernennung des Herrn v. Lufacs zum Ministerpräsidenten ihr Ende erreicht, die parlamentarische Lage bleibt jedoch ebenso verworren wie früher. Die unmittelbare Ursache der Krise bildete bekanntlich die Differenz, die in der Bankfrage zwischen den Vertretern des Beamtenadels und der Dynastie besteht. Das Privileg der österreichisch-ungarischen Notenbank läuft am 31. Dezember 1910 ab und müßte demnächst erneuert werden. Die minderbemittelten Junker wollen aber davon nichts hören, sie fordern die Errichtung einer national-ungarischen Bank zum 1. Januar 1911 und drohen mit der Stilllegung der Gespinnungsmaschine, falls ihre Forderung nicht bewilligt würde. Die Dynastie besteht noch energischer auf die Aufrechterhaltung der Bankgemeinschaft mit Oesterreich. Die wiederholten Versuche der Koalitionsregierung, diese Gegensätze zu überbrücken, sind gescheitert. Eine Lösung der Krise könnte nur erfolgen, wenn die Forderung der Junker bewilligt würde oder wenn ein rücksichtsloser Kampf gegen sie eröffnet würde, der so lange andauerte, bis sie milde geworden sind. Nun ist es aber kein Geheimnis, daß der Herr v. Lufacs weder die selbständige Bank bringt, noch hat er die Absicht, einen rücksichtslosen Kampf gegen die Junker zu führen. Er soll vielmehr bestrebt sein, zwischen diesen und der Dynastie zu vermitteln, — also ungefähr dasselbe tun, was die Koalitionsregierung ein Jahr hindurch erfolglos tat. Es ist uns schwer zu erwarten, daß die Mission des neuen Ministerpräsidenten von einem Glasko begleitet sein dürfte.

Nicht so leicht ist es aber zu erraten, was man eigentlich in Wien mit der ewigen Verschleppung der Krise beabsichtigt. Der heutige Zustand ist für die Dynastie fast unhaltbar geworden. Das Budget für das Jahr 1910 ist noch nicht bewilligt und in Ungarn, wo wir keinen § 14 haben, wie die Oesterreicher, hat dies sehr viel zu bedeuten. Seit dem 1. Januar befindet sich Ungarn in dem sogenannten Exlex-Zustand: die direkten Steuern dürfen nicht erhoben werden, es darf die Aushebung von Rekruten nicht erfolgen, für Heereszwecke dürfen keine Staatsgelder verwandt werden. Die Dynastie steht also ohne Steuern und ohne Rekruten. Aber damit nicht genug: der Konfliktstoff häuft sich von Tag zu Tag. Die Zugehörigkeit von Bosnien und der Herzegowina müßte geregelt werden. Staatsrechtlich besteht die Monarchie aus zwei Teilen: aus Oesterreich und Ungarn. Die annektierten Provinzen müssen entweder zu Ungarn oder zu Oesterreich gehören. Natürlich möchten die magyarischen Junker ihre Machtsphäre erweitern, die türkischen Provinzen wollen sie Ungarn einverleiben und sonst die Kosten der Annexion nicht bewilligen. Die Dynastie kann diesen Wunsch der Junker schon mit Rücksicht auf die österreichische Bourgeoisie nicht erfüllen. Außerdem wird die Not der Heeresreform von Tag zu Tag akuter. Besonders wird der Ausbau der Flotte immer mehr forciert. Würde aber die Regierung mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage kommen, so rücken die Junker wieder mit ihren sogenannten nationalen Forderungen hervor. Zu alledem kommt noch der Umstand, je unentschlossener die Dynastie ist, je mehr sie von einem offenen Kampf mit den Junkern zurückzuckt, um so frecher werden diese. Mit der Verschleppung der Krise wird also die Stellung der Dynastie geschwächt.

Deutsches Reich.

Dernburg und die Südwestafrikaner.

In der Frage der Dernburgschen Diamantenpolitik in Südwestafrika hatte die Deutsche Tageszeitung vor einigen Tagen die denkbar nobilsten Angriffe gegen den Staatssekretär der Kolonien gerichtet. Sie warf ihm unter anderem vor, daß noch unter keinem andern Minister ein gleich autoritäres Regime bestanden habe, wie unter Herrn Dernburg, und verlangte, daß die Verantwortlichkeit von der für die Budgetkommission des Reichstages von dem Staatssekretär in Aussicht gestellten Rechtfertigung seiner Politik in vollem Umfange Kenntnis gegeben werde. Darauf ist dem Dertelblatt die folgende, offenbar aus dem Kolonialamt stammende Zuschrift zugegangen:

Die öffentliche Kritik an der Land- und Diamantenpolitik des Staatssekretärs Dernburg soll nicht beschränkt werden; es ist gutem Vernehmen nach bereits angeordnet, daß die Drucklegung der Ausführungen des Staatssekretärs über die Frage der Landgesellschaften wie der Diamantenfrage in der Budgetkommission sofort in vollem Umfange erfolgen soll, damit der Reichstag noch vor den Verhandlungen im Plenum Gelegenheit hat, sich ein Urteil zu bilden und auch die Kritik in der Presse die nötigen Unterlagen erhält. Die Kolonialverwaltung hat diesen Weg gewählt einmal, weil die Verhandlungen der Budgetkommission vor der Zeit stehen, zum andern und hauptsächlich, weil in einem kurzen Zeitungsartikel die Materie sich nicht behandeln läßt und der ernststen Kritik darum nicht eine kurze Pressauslassung, sondern eine erschöpfende Darlegung als Grundlage gegeben werden soll.

Offizielle Gofinretzung.

Durch das offiziöse Wolffsche Bureau läßt die Reichsregierung von ihr angeordneten Denaturierungsmethode für die zu Futtermitteln bestimmte Gerste die folgende Ehrenrettung widerfahren:

Bekanntlich schweben im Kaiserlichen Gesundheitsamt Untersuchungen über die Frage der Gesundheitschädlichkeit des Gofins für Schweine. Die Versuche bestehen einerseits in der Verfütterung teilweise oder vollständig gefärbter Gerste, andererseits in der Verfütterung sehr großer Mengen von Gofin, um auch die akute Einwirkung dieses Stoffes auf den tierischen Organismus festzustellen. Während die Fütterung sich selbstverständlich auf einen längeren Zeitraum erstrecken muß, läßt sich aus den andern Versuchen schon jetzt mitteilen, daß es nicht gelungen ist, selbst mit einer an einem und demselben Tage von dem Schweine aufgenommenen Menge von 300 Gramm Gofin, also mit weit mehr als dem Tausendfachen dessen, was einem Schweine bei normaler Fütterung mit gefärbter Gerste zugeführt wird, Krankheit oder gar eine tödliche Wirkung zu erzielen.

Es müssen danach ganz eigenartig disponierte Schweine sein, an denen die Regierung ihr Futter„veredelungsmittel“ erprobt. Während die Landwirte übereinstimmend von schweren Verlusten berichten, die ihnen durch die Gofingerste an ihrem Schweinebestand angerichtet wurden, sind die Königlich-preussischen Vorkenndieher auf Gut Mocheln in Pommern absolut nicht tot zu kriegen!

Es bedarf natürlich keiner besonderen Darlegung, daß, selbst wenn die offiziellen Angaben zutreffen sollten, damit noch nicht das geringste gegen die Veredelung der Gerste bewiesen ist, die gegen die Gofinfärbung aus den Kreisen der Schiffabseiger, des Handels usw. zahlreich geltend gemacht worden sind.

Liberaler Bloßpleite in Bayern.

Die seit Monaten andauernde Krise im liberalen bayerischen Bloß ist jetzt so weit gediehen, daß der Bloß nicht vor dem Auseinanderfallen steht. Bekanntlich hatten die Jungliberalen im vorigen Herbst scharfe Vorwürfe gegen die Nationalliberalen, insbesondere gegen ihren Führer Dr. Casselmann unternommen. Die Jungliberalen hatten eine Reihe von Forderungen gestellt, wie Aenderung der Bloßorganisation, Einberufung eines liberal-demokratischen Delegiertentages, Schaffung einer Bloßgeschäftsstelle in München, die mit Vertretern aller Richtungen besetzt werden sollte. Diese Forderungen wurden von einer Tagung der nationalliberalen Parteileitung scharf abgelehnt, dagegen wurde die ausdrückliche Zusicherung verlangt, daß an dem bisherigen Organisationsstatut der vereinigten liberalen und demokratischen Parteien festgehalten und Genugtuung für die „jungliberalen Ausschreitungen“, sowie die Zusicherung sachlicher Austragung etwaiger Meinungsverschiedenheiten gegeben werde. Von der Erfüllung dieser Forderungen wurde das Verbleiben der Nationalliberalen im Bloß abhängig gemacht. Mitte Dezember verhandelte der Zentralausschuß der vereinigten Liberalen und Demokraten über die Streitfragen. Da inzwischen Dr. Casselmann von der nationalliberalen Parteileitung zurückgetreten und die Affäre des von der nationalliberalen Partei ausgeschlossenen jungliberalen Abgeordneten Dübisch durch eine Erklärung aus den Debatten ausgeschaltet war, hoffte man, die Verjüngung um so leichter bewerkstelligen zu können. Der sofortige Bruch konnte aber nur durch die Vertagung der Beschlusfassung über die strittigen Fragen abgewendet werden. Nunmehr hat sich der Landesauschuß der nationalliberalen Partei mit der Sache befaßt und ist, wie die liberale Presse meldet, zu dem Beschluß gekommen, darauf zu beharren, daß Garantien für ein zukünftiges gestittetes Verhalten der Jungliberalen gegeben werden, ansonsten die Nationalliberalen aus dem Bloß auscheiden werden. Bloß ist tot!

Eine verunglückte Staatsaktion.

In Katowitz in Oberschlesien wurden im Herbst etwa 12000 in polnischer Sprache abgefaßte sozialdemokratische Agitationskalender von der Polizei beschlagnahmt. Wegen den Verfasser des Kalenders den Genossen Mielkowski ist daraufhin wegen Aufreizung zum Klassenhaß Anklage erhoben worden. Die Verhandlung fand am Mittwoch vor der Weutener Strafkammer statt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Beanstandet war von der Polizei lediglich ein ins Polnische überetzter Auszug aus den bekannten Programmklärungen von Kautsky und Schoenlank. Genannten und auch ein Lehrer bezeugten dem Staatsanwalt, daß die ungebührlichen polnischen Übersetzungen nicht die wissenschaftlichen Ausführungen dieser Erklärungen verheben, wohl aber durch die „Kraßstellen gegen die Reichsaufsicht“ zu werden könnten. Der Herr Staatsanwalt tat ein Uebiges und warf die Frage auf, ob nicht die ganze Schoenlank-Kautsky'sche Broschüre aufzufressen sei. Da die polnischen Arbeiter so schon politisch sehr erregt seien, sei es doppelt gefährlich gewesen, sie durch den Kalender noch mehr zu reizen. Der öffentliche Ankläger beantragte 300 Mark Geldstrafe. Besonders interessant ist noch die Tatsache, daß in der von der Polizei gelieferten Uebersetzung ins Deutsche viele Stellen des polnischen Kalenders ganz fehlten, so daß ein richtiger Zusammenhang oftmals nicht vorhanden war.

Die ganze Aktion war von dem bekannten Polizeirat Wädler eingeleitet, der vor einigen Monaten, zur Zeit der Wahlmaßregeln in Oberschlesien, eine Unterredung mit Wilhelm II. hatte, bei der die großpolnische Agitation eine besondere Rolle spielte. Jedemfalls sollte die Kalenderbeschlagnahme einen Beweis bilden für die Notwendigkeit der antipolnischen Maß. Der Herr Polizeirat ist diesmal allerdings gründlich hineingefallen.

Berlin, 7. Januar. Die Vertreter Berlins und seiner Vororte, sowie die Landräte der Kreise Teltow und Niederbarnim traten am Donnerstag im Berliner Rathaus zu einer Konferenz zusammen, in der die Frage der kommunalen Arbeitslosenfürsorge erörtert wurde. Einmütigkeit bestand darüber, daß diese Frage für den ganzen Bezirk einheitlich geregelt werden muß, dagegen gingen die Ansichten über den Rahmen der Fürsorge weit auseinander. Man will daher zunächst in einen Austausch von Schriften über diese Materie eintreten, womit die Lösung dieser brennenden Frage auf den St. Nimmerleinstag geschoben sein dürfte.

Im zuständigen Ressort sind die Aeußerungen von Behörden und Interessenten, die sich auf die Erhebungen für das Reichstheatergesetz beziehen, eingegangen und bereits gestichtet worden. Im übrigen schweben die Verhandlungen zwischen allen beteiligten Stellen. In eine Einbringung eines Gesetzentwurfs in dieser Reichstags-sesssion kann jedoch nicht gedacht werden.

Das Gesetz über die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete wird diesmal dem Bundesrat und dem Reichstage in veränderter Form vorgelegt werden. Es besteht die Absicht, bei dieser Gelegenheit die Vereinfachung der Rechnungsprüfungen anzubahnen, die schon seit langem einhellig gewünscht wird. Namentlich soll ein Teil der Rechnungen den Verwaltungsbehörden zur ausschließlichen Prüfung überlassen, ein anderer Teil aber vom Rechnungshof ohne vorherige Inanspruchnahme der Verwaltungsbehörden geprüft werden.

Der fürsorgende Vater Staat. Die Einbringung eines Pargellierungsgesetzes für die Ostmark wird von der preussischen Regierung angebildet nicht mehr beabsichtigt. Ein solches Gesetz, dessen Entwurf schon vor zwei Jahren fertiggestellt war, wurde als notwendig bezeichnet zur Ergänzung des Gesetzes über die Gründung neuer Ansiedlungen in sieben Provinzen vom 10. August 1904, um dessen Umgehung zu verhindern. Zu Wirklichkeit sollte es natürlich als neue Waffe gegen den „polnischen Feind“ dienen. Die Absicht des früher geplanten Pargellierungsgesetzes ging ferner dahin, auch die Bekämpfung unter benachteiligten Grundbesitzern zum Zweck der Besitzabrandung unter eine behördliche Genehmigung zu stellen.

Dieses Ziel ist an sich nicht aufzugeben; es soll vielmehr ausgedehnt werden auf alle Provinzen und nicht nur auf die Ostmark, um eine gesegnete Handhabung gegen eine ungewöhnliche „Güterflüchtere“ zu schaffen. So werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Polen bekommen ihre neuen Handflächen und zugleich wird auch den Einwohnern der übrigen Provinzen ein neuer Beweis der lebendigen Fürsorge des preussischen Polizeistaats zuteil.

Wie wenig aus der Zurückziehung des in Aussicht gestellten Gesetzes auf eine etwaige Absicht der Regierung geschlossen werden kann, die Polen künftig glimpflicher zu behandeln, geht aus einer Meldung der Frankfurter Zeitung hervor, die berichtet, daß in nächster Zeit mit der Zwangsenteignung polnischer Güter vorgegangen werden soll. Die am 19. Januar d. J. in Posen zusammentretende Anstehungskommission soll die Zwangsenteignung einer Reihe von polnischen Gütern, insbesondere solcher, deren Eigentümer sich dauernd im Auslande aufhalten, beschließen. Der neue Kanzler sieht sich offenbar verpflichtet, durch die Tat zu beweisen, daß für ihn nicht gilt, was seinem Vorgänger vorgeworfen wurde, daß er nämlich das Enteignungsgesetz nur als Einschüchterungsmittel gegen die „großpolnischen Staatsfeinde“ zu gebrauchen gedente.

Zur Ermordung des Deutschen Burchardi. Ein Berliner Telegramm der Kölnischen Zeitung erklärt die Behauptung des Tribuna, Deutschland habe es abgelehnt, in Sachen des ermordeten deutschen Reisenden Burchardi Schritte in Konstantinopel zu unternehmen, für unrichtig. Der italienische Konsul in Soheida soll sich jetzt zur Vergütung der Leiche Benzonis ins Innere begeben und dem Wunsche der Angehörigen Burchardis entsprechend, auch dessen Leiche zur Rüste bringen. Freiherr Marschall von Bieberstein ist zur Unterstüßung der Schritte seines italienischen Kollegen auch seinerseits vorstellig geworden, um für die Leiche des italienischen Generalkonsuls Erleichterungen und Sicherheit zu schaffen. Die Leichen Burchardis und Benzonis hat man zwischen Posen und Sian aufgefunden. Das Grab ist unter Beschützung, das Gepäck der Ermordeten ist vom Wais in Verwahrung genommen worden. Auf Veranlassung Italiens erlaubte die Pforte dem italienischen Konsul in Soheida, sich an den Ort der Ermordung des Italieners Benzonis zu begeben. Der Konsul ist bereits dorthin abgereist.

Ein „Hörfehler“. Die Nationalliberale Korrespondenz erklärt, daß die Nachrichten über den Ankauf der Täglichen Rundschau durch die Nationalliberalen nicht den Tatsachen entsprechen. Die Nachrichten seien auf einen „Hörfehler am Telefon“ zurückzuführen.

Aus der polnischen Reichstagsfraktion. Der polnische Reichstagsabgeordnete v. Chrzanoski, der Vertreter des Wahlkreises Posen-Stadt, hat dem Dzieniel zufolge sein Mandat endgültig niedergelegt. Arbeiterführer Sounski-Wohum ist als Kandidat an seiner Stelle in Aussicht genommen.

Aus dem preussischen Polizeistaat. Der Arbeitergesangsverein Lyra in Köln hat einen Kinderchor gebildet, dem etwa 90 Kinder im Alter von 8 bis 16 Jahren angehören. Nachdem von der Polizei festgestellt worden war, daß die Mitglieder des Vereins der sozialdemokratischen Partei angehören, hat der Dezernent des Schulwesens die Direktoren im Auftrage der Regierung ersucht, den Schülern fernerehin die Teilnahme an den Gesangsübungen des Kinderchors strengstens zu verbieten.

Das machen wir in Preußen so! Eine brüchige Zierde der katholischen Kirche und des Zentrums. Gegen den flüchtig gewordenen Kaplan Schulte aus Völklingen im Kreise Oetzer ist ein Steckbrief erlassen worden. Kaplan Schulte soll verhaftet werden wegen Sittlichkeitsverbrechen. Er war früher Kaplan in Vöckum und bekleidete dort den Präsesposten im katholischen Arbeiterverein.

Kleine politische Nachrichten. Wie die Neue Preussische Korrespondenz erzählt, scheint die Errichtung deutscher Konsulate in Omsk, Tomsk und Irkutsk gesichert zu sein. — Der ehemalige Reichstagsabgeordnete von Gagen ist am Mittwoch im Alter von 60 Jahren gestorben. — Das badische Justizministerium bringt eine Verfügung aus dem Jahre 1866 in Erinnerung, wonach künftig die Verlesung der Vorstrafen in öffentlichen Gerichtsverhandlungen nur in äußersten Fällen vorgenommen werden soll. — Der württembergische Landtag der deutschen Volkspartei sprach sich einstimmig für eine Vereinigung der drei linksliberalen Parteien aus. — Das japanische Staatsbudget schließt mit 64 Millionen Yen Ueberschuß.

Rußland.

Russische Großfürsten.

Das Leipziger Tageblatt meldet aus Petersburg: Margareten, bei der Uebersiedlung der Leiche des Großfürsten Michail, kommandierte der Großfürst Nikolajewitsch einen Teil der Truppen. Ein aus der Provinz zugereisener Offizier stand zufällig neben dem Großfürsten, als dieser dessen nicht streng vorchriftsmäßige Haltung erblidete. Als der Offizier die Hand zum Gruß an die Wägel legte, schlug der Großfürst ihr mit dem Säbel auf die Hand und verlegte ihn schwer.

Die Korruption.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Petersburg: Metich meldet aus Kiew, daß der Oberst v. Giers, ein naher Verwandter Stolypins, verhaftet und unter harter Bedeckung nach Moskau gebracht worden ist. Giers war früher Korrespondent und wird beschuldigt, die Krone im Verlauf von zwei Jahren um etwa eine Million Mark geklaut zu haben. Außer ihm wurden noch eine ganze Reihe niedriger Intendanturbeamten verhaftet, die nur Hunderttausende unterschlagen haben. Man rechnet damit, daß infolge der vom Senator Garin vorgenommenen Revisionen noch eine große Anzahl von Verhaftungen schuldiger Intendanturbeamten, auch in anderen Reichsteilen, erfolgen werden. Der Schrecken, der sich dieser so lebenswichtigen Beamtenkategorie bemächtigt hat, ist unbegreiflich. Unbegreiflicher Schrecken!

Italien.

Die Grubenkatastrophe von Chery vor der italienischen Kammer. Die Explosion im Kohlenbergwerk von Chery (Falmio), die im vorigen November 400 Arbeitern einen grauenhaften Tod bereitete, wird ein Nachspiel vor der italienischen Kammer haben. Genosse Cabrini hat dem Minister des Innern zwei Interpellationen über den Fall vorgelegt. Die erste fragt nach den Maßregeln, die die Regierung im Interesse der verunglückten Fratener und ihrer Hinterbliebenen getroffen hat. Die zweite interpelliert den Minister des Innern über die Maßregeln, die die Regierung der Vereinigten Staaten getroffen hat, um in Zukunft ähnliche Unfälle zu verhindern, die „allzuoft durch die zügellose Profitgier der Kapitalistischen Spekulation“ veranlaßt werden. Daß das Unglück von Chery ein regelrechter Arbeitermord war, ist durch genaue Erhebungen festgestellt und von der sozialistischen Presse aller Länder ausgesprochen worden. Leider wird die vereinigte Aktion der italienischen Genossen nicht ausreichen, um die gesegnete Sichernehmung des Lebens der Arbeiter im allgemeinen und der ausländischen Arbeiter im besonderen in Amerika durchzusetzen. An ein energisches Vorgehen aller Kulturstaaten in dem angeregten Sinne ist deshalb nicht zu denken, weil jede Regierung im eigenen Lande ähnlichen Organen der Profitgier durch die Finger sieht.

Großbritannien.

Ein Angriff auf Burns.

London, 7. Januar. Als gestern der Minister Burns das Stadthaus von Westminster verließ, um seinen Kraftwagen zu besteigen, wurde er von einem Mann angegriffen. Burns versuchte vergeblich den viel kräftigeren Angreifer abzuschütteln. Die beiden wurden in Kraftwagen handgemein, bis Schutzeleute den Angreifer forttrifften. Dieser entkam.

Die Kriegsscheit als Wahlparole.

London, 6. Januar. In einer Rede in Bath sagte Premierminister Asquith abends, alle Anstrengungen, die gemacht worden seien, um Schrecken wegen Deutschland und dessen Marine heraufzubeschwören, seien recht matt ausgefallen. Balfour habe in Hanley mit gewohnter Naivität die Zunahme dieser Furcht geschildert, ohne jedoch selbst die Verantwortung zu übernehmen. Was eine Behauptung Balfours betreffend die Meinung der Diplomaten der kleineren Mächte über die Unvermeidlichkeit eines Krieges betreffe, so sei es sehr vorsichtig von Balfour gewesen, hinzuzufügen, daß er diesen Ansichten nicht zustimme. Warum betonte er dies? Er, Asquith, versichere ohne Bedenken, daß, soweit er unterrichtet sei, keine solche übereinstimmende Meinung unter den europäischen Staatsmännern und Diplomaten herrsche. Nicht eine einzige Macht, weder eine große noch kleine, rechne in ihrer Politik mit der Annahme, daß ein Krieg zwischen Großbritannien und Deutschland unvermeidlich oder auch nur wahrscheinlich sei. Auch könne er nirgends am politischen Horizont etwas finden, das direkt oder indirekt zu einem Streite zwischen England und einer großen befreundeten Nation Anlaß geben könne.

Indien.

Gegen die englische Gewalttätigkeit.

Bombay, 6. Januar. Heute wurden drei Brahminen in Puna, Provinz Dekkan, verhaftet; sie wurden beschuldigt, an der Verschwörung zur Ermordung des Richters Jackson teilgenommen zu haben. Bei den Verhaftungen, die Beamte im Departement der öffentlichen Arbeiten sind, wurden vier Browningpistolen und Munition gefunden.

Sächsische Angelegenheiten.

Zweierlei Maß.

Gegen die Gültigkeit der Wahl. unfres Genossen Wehner in Kamenz zum Stadtverordneten ist, wie wir bereits mitteilten, vom Stadtverordneten Rechtsanwalt Voigt Protest eingelegt worden. Diesem Protest hat sich auch der Stadtverordnetenvorsteher angeschlossen. Und dem Kamener Stadtrat ist das Vorgehen willkommen. Dabei bedenken die Herren nicht, daß der Protest eine moralische Ohrfeige für sie selbst bedeutet. Auch haben sie wohl kaum erwartet, daß sie selbst in Kreisen des Bürgertums Unwillen wahrufen würden. Als Protestgrund gilt die Art der Auszählung der Stimmzettel. Die Auszählung der Stimmzettel ist aber auch bei der letzten Wahl nicht anders gehandhabt worden, wie sie seit 20 Jahren üblich und durch die Revidierte Städteordnung gerechtfertigt war. Wenn auf einem Stimmzettel mehr Unanständige als erforderlich verzeichnet waren, so sind die überzähligen Namen nicht mitgezählt resp. gestrichen worden, ohne daß man den Zettel selbst für ungültig erklärte. § 54 der Revidierten Städteordnung befiehlt nämlich:

Werden zu viele oder zu wenige Namen auf einem Stimmzettel gefunden, so wird hierdurch zwar die Gültigkeit desselben nicht aufgehoben, es sind aber die letzten auf dem Stimmzettel überzähligen Namen als nicht beigelegt zu betrachten.

So ist auch hier immer verfahren worden und man hat niemals eine Wahl beanstandet, weil — keine Sozialdemokraten in Frage kamen. Auch das Oberhaupt des Städtchens, ein Doktor juris, hat niemals Anstoß an diesem Wahlverfahren genommen.

Nun spielt aber auch der § 62 der Revidierten Städteordnung den Herren einen Streich. Dieser Paragraph lautet:

Einwendungen gegen das Wahlverfahren sind bei Verlust derselben binnen drei Wochen nach der Stimmauszählung anzubringen. Von dem Kreisshauptmann kann diesfalls die Ungültigkeit der Wahl ausgesprochen werden.

Die Wahlen fanden bereits am 22. November statt. Die Einspruchsfrist war am 13. Dezember beendet und am 17. Dezember erst kam der Rechtsanwalt (!) Voigt auf den genialen Gedanken, Protest gegen die Wahl einzulegen. Diese Blamage hätte sich der Herr Rechtsanwalt ersparen können. Behauptete er doch frank und frei, die jetzige Auszählungsmethode der Stimmzettel sei falsch, weil Streichungen auf dem Stimmzettel unzulässig seien. Nur wenn mehr Namen auf dem Stimmzettel stehen, als überhaupt zu wählen sind, seien Streichungen durch das Wahlkomitee zulässig. Der Stadtrat hat dem Protest stattgegeben, obgleich die Einspruchsfrist bereits abgelaufen war. Die zweite Stimmauszählung hat nach dem neuen Modus stattgefunden. Die Herren haben nun ihren Zweck erreicht, denn der unanständige Guts- und Fabrikbesitzer, der seine Fabrik außerhalb hat, erhielt 353 Stimmen, bei der ersten Wahl wurden nur 343 gezählt. Auf unsern Genossen Wehner entfielen jetzt 349 Stimmen, während er bei der ersten Auszählung nur 344 Stimmen erhielt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das vom Stadtrat beliebte Verfahren von der Kreisshauptmannschaft abgelehnt werden wird. Aber auch in bürgerlichen Kreisen hat das Vorgehen Unwillen hervorgerufen, und wenn es dasselbe Resultat zeitigt wie bei der letzten Wahl, dann können die Arbeiter zufrieden sein. Der

ganze Kampf der bürgerlichen Wahlmacher richtete sich gegen den einzigen sozialdemokratischen Vertreter, den Genossen Menzel. Ihre Machinationen wirkten aber derart, daß die Zahl seiner Stimmen von 293 auf 507 stieg. Die Wähler haben also die Tätigkeit des sozialdemokratischen Vertreters anerkannt.

Schulleitung und Schulaufsicht.

Der Vertretertag des Sächsischen Lehrervereins beschäftigte sich am zweiten Verhandlungstage auch mit dem wichtigen Thema: Schulleitung und Schulaufsicht. Der Referent Lehrer Pönitz-Leipzig wendete sich gegen die Einrichtung des Direktorats, wodurch der ganze Stand der Lehrerschaft zu Miellingen gemacht werde. Dem Lehrerkollegium könne viel von dem zugewiesen werden, was jetzt Sache des Direktors sei. Es müsse das pädagogische Selbstverwaltungsrecht gefordert werden. Dadurch könne eine größere Ausnutzung der einzelnen Kräfte, mehr Freude an der Arbeit und eine wesentliche Verbesserung des kollegialen Verhältnisses erzielt werden. Der Redner spricht sich dann weiter nicht gegen jede Aufsicht, sondern nur gegen die Doppelaufsicht aus. Der Bezirkschulinspektor will der Referent beibehalten wissen. Er tritt schließlich für die Einsetzung eines Beirates ein, der aus Lehrern besteht und dem Inspektor ratend zur Seite steht. Durch diese Einrichtung soll der Vorposten in Verbindung bleiben mit der Lehrerschaft und den in ihr gährenden neuen Ideen. Als Korreferent sprach Oberlehrer Bindehage-Markersdorf. Die Frage der Schulleitung ist für ihn eine Kulturfrage, an der auch Staat und Gemeinde interessiert seien. Eine Kollektivverantwortlichkeit wäre keine Verantwortlichkeit. Der Korreferent empfiehlt wie der Referent bestimmte Theesen. In der Debatte wird auf die Stellung der dirigierenden Lehrer hingewiesen. Es wird ausgesprochen, auf eine strenge Scheidung von Pflichten und Rechten des Direktors und Lehrers hinzuwirken. Die Theesen des Herrn Pönitz führten nicht zum gewünschten Ziele. Man baue auf dem Bestehenden weiter und strebe nach Umgestaltung des Direktorats in freiherrlichem Sinne und nach Erweiterung der Konferenzrechte. Fast einmütig erklärt man sich gegen die Beaufsichtigung der Schulen mit einem Lehrer durch einen benachbarten Direktor oder dirigierenden Lehrer. Im allgemeinen sprechen die meisten Redner gegen die jetzige Institution des Direktorenstandes (Doppelaufsicht). Von anderer Seite wird betont, man müsse mit dem Erreichbaren rechnen und auch mit dem Gedanken, daß sich Gemeinde und Staat das Recht der Wahl des Schulleiters nicht nehmen lassen werden, und man müsse zu Kompromissen geneigt sein. Scharf wendet man sich gegen das Bestehen eines Direktorenvereins und dessen Maßnahmen und bedauert die gehaltlose Kluft zwischen Lehrerschaft und Direktorenschaft, wünscht, daß der Direktor mehr Lehrer sei und mehr im Unterrichte stehe.

In der Abstimmung werden sodann folgende Sätze angenommen:

A. Schulleitung.

1. Der Lehrer ist in seiner pädagogischen Tätigkeit selbständig und verantwortlich.
2. In gegliederten Schulen hat das Lehrerkollegium die Aufgabe, alle Angelegenheiten, die der Förderung des äußeren und inneren Schullebens dienen, zu beraten, insbesondere für die nötige Einheit und Ordnung des Schulbetriebes zu sorgen. Es besteht u. a.: a) über Bestimmung der Lehrpläne, b) über die Grundsätze bei Verteilung der Klassen und Lehrstunden und über die endgültige Festlegung des Arbeitsplanes, c) über die Festlegung und Durchführung einer Hausordnung, d) über Stellvertretungen, sofern sie die Dauer einer Woche überschreiten, e) über langfristige Beurlaubungen von Schülern (bis zu einer Woche kann der Klassenlehrer Urlaub erteilen), f) über die Anschaffung von Büchern und Lehrmitteln, überhaupt über die Verwendung der der Schule zur Verfügung stehenden Gelder, g) über strittige Versorgungsangelegenheiten, h) über die dem Schulvorstande oder der Bezirkschulinspektion zu erstattenden Berichte über Angelegenheiten, soweit sie nicht als generell geregelte Angelegenheiten dem Schulleiter zukommen. Das Kollegium hat i) das Recht, Anträge zur Behandlung und Beschlussfassung an die Behörden gelangen zu lassen.
3. An jeder gegliederten Schule ist ein älterer Lehrer mit der Leitung zu betrauen. Der Gewählte kann die Wahl ablehnen oder von der Leitung zurücktreten.
4. Dem Schulleiter liegt ob: a) die Einberufung und Leitung der Lehrerkonferenz, b) die Aufsicht über die äußere Schulordnung, c) die amtliche Buchführung (bei Vermeidung unter Weisung eines Expedienten), d) die Aufnahme und Entlassung der Schüler, e) die Sorge für Stellvertretungen bis zur Dauer von einer Woche, f) die Ausarbeitung eines Entwurfs über die Verteilung der Klassen und Stunden auf Grund der Beschlüsse des Lehrerkollegiums, g) die Ausführung der Konferenzbeschlüsse und deren Vertretung bei den Behörden. Bei Bedenken gegen die Beschlüsse der Lehrerkonferenz hat er unter Beifügung des Konferenzprotokolls die Entscheidung der Bezirkschulinspektion herbeizuführen. Er hat ferner: h) Beschwerden der Eltern, sofern sie nicht durch den Lehrer gegenstandslos gemacht werden können, entgegenzunehmen und in Konfliktfällen eine Verständigung zwischen Eltern und Lehrern in die Wege zu leiten, i) der Schulleiter kann den Lehrern bis zu drei Tagen Urlaub erteilen, k) er hat eine Kasse zu führen.
5. Der Schulleiter wird für seine Bemühungen durch Stundenermäßigung und eine Funktionszulage entschädigt.
6. Zur Durchführung aller vorgelegenen Maßnahmen ist auf Teilung der großen Schulkörper hinzuwirken. Eine Schule soll nicht mehr als 20 Klassen zählen.

B. Schulaufsicht.

1. Die Ortschulaufsicht ist aufzuheben. Der nächste Dienstvorsetzte des Lehrers ist der Bezirkschulinspektor.
2. Lehrer, welche die Wahlfähigkeitsprüfung noch nicht bestanden haben, stehen zum Bezirkschulinspektor in einem besonderen Aufsichtsverhältnis.
3. Die Schulinspektionsbezirke sind wesentlich zu verkleinern.
4. Bezirkschulinspektoren müssen eine Reihe von Jahren im Volksschuldienste gestanden haben.

Die Sätze über die Schulaufsicht werden wohl auch bei den bürgerlichen Parteien im allgemeinen Billigung finden; bei den Sätzen über die Schulleitung dürfte das jedoch kaum der Fall sein. Die Einrichtung des Schuldirektorats in seiner gegenwärtigen Form, die vielfach nur ein Betätigungsfeld für ausgemachte Flachsmänner ist, bedarf aber nichtsdestoweniger einer gründlichen Reform.

Die sächsischen Handelskammern gegen die Schiffsabgaben. Im Auftrage der sächsischen Handelskammern erklärt die Handelskammer zu Zittau als Vorort: Die Veröffentlichung der gemeinsamen Denkschrift der Königlich Sächsischen und der Großherzoglich Badischen Regierung gegen die von Preußen geplante Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen ist in den Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe mit ungeteilter Befriedigung begrüßt worden. Handelt es sich doch bei der Erhaltung der Abgabefreiheit unserer natürlichen Wasserstraßen um eine der wichtigsten Voraussetzungen für die fernere gedeihliche Entwicklung von Handel und Industrie in unserem engeren Vaterlande. Auf die Gefahren, die für das gesamte heimische Erwerbsleben mit der Einführung der Schiffsabgaben verbunden wären, haben die sächsischen Handelskammern sowohl in ihren gemeinsamen Beratungen im Sächsischen Handelskammerkongress, als auch in ihren Einzelabgaben, die sie dem Königl. Ministerium des Innern unterbreitet haben, zu wiederholten Malen hingewiesen. Daß die Größe der Gefahr, der die von uns vertretenen Berufsstände ausgesetzt sind, von der Königl. Staatsregierung einer ersten Würdigung unterzogen und im vollen Umfange erkannt worden ist, erfüllt uns mit freudiger Genugung. Wir bitten daher die Königl. Staatsregierung den Dank der sächsischen Handelskammern für die in der Denkschrift eingenommene Stellung, mit der sie dem gesamten Wirtschaftsleben unseres Landes einen unschätzbaren Dienst geleistet hat, hiermit entgegenzunehmen.

Freisinnige Konsequenz. In Schöneberg bei Berlin wurde Genosse Reichstagsabgeordneter Mollenhuth zum stellvertretenden Stadtverordnetenwähler gewählt. Nach den letzten Stadtverordnetenwahlen, — so lesen wir in der Zittauer Morgenzeitung — die der sozialdemokratischen Fraktion einige neue Mitglieder brachten, ist sie neben der freisinnigen Fraktion zu der zweitgrößten Partei im Schöneberger Stadtverordnetenkollegium angewachsen und hat deshalb Anrecht auf das Amt des stellvertretenden Vorstehers. Die freisinnige Fraktion hat die Sozialdemokratie bei dieser Wahl unterstützt, weil sie glaubte, die sozialdemokratische Partei nicht anders als die übrigen behandeln zu sollen.

In unserer Zweiten Kammer haben sich bekanntlich die freisinnigen Abgeordneten, zu denen auch der Verleger der Zittauer Morgenzeitung gehört, nicht zu der Logik aufschwimmen können, daß die sozialdemokratische Partei nicht anders behandelt werden darf als andere Parteien. Hier haben sich die Freisinnigen nicht geschämt, die Sozialdemokratie um ihr begründetes Anrecht auf den zweiten Vizepräsidentenposten zu bringen und einen ihrer Leute an den Platz zu stellen, der eigentlich der Sozialdemokratie gehört.

Plauen. In einem Zusammenstoß kam es in der ersten Stadtverordnetenversammlung dieses Jahres zwischen dem Oberbürgermeister Dr. Schmid und dem freisinnigen Stadtverordneten Günther. In seiner Einweilungsrede hatte der Oberbürgermeister mit Genugtuung über den Abschluß der Reichsfinanzreform gesprochen. Nach der Einweilung und der Wahl der Vorsteher wendete sich Stadtv. Günther gegen die Auffassung des Oberbürgermeisters über das Zustandekommen der Reichsfinanzreform und drückte sein Bedauern aus über das Zustandekommen dieser Finanzreform, die bekanntlich von der von den Freisinnigen gewünschten Reform nicht viel absteht. Oberbürgermeister Dr. Schmid entgegnete darauf, es sei im allgemeinen üblich, daß sich an eine Einweilungsrede vorliegender Art keine Diskussion anschleße; er müsse die Ausführungen des Herrn Günther als „außerordentlich überflüssig“ bezeichnen. Herr Günther würde seiner abweichenden Meinung am besten Gehör geben, wenn er — geschwiegen hätte. Es sei ein „alter parlamentarischer Grundsat“, derartigen Einweilungsreden keine weiteren Erörterungen folgen zu lassen. Selbstverständlich registrierte Stadtverordneter Günther auf diese Grobheit und wies die Redewendung, daß seine Ausführungen „außerordentlich überflüssig“ seien, entschieden juristisch. Der Oberbürgermeister blieb dagegen bei seiner irrigen Ansicht, daß sich an Einweilungsreden eine Diskussion nicht anschließen dürfe. Die Einweilung sei ein feierlicher Akt, bei dem politische Diskussionen zu unterbleiben hätten. Natürlich hat auch der Oberbürgermeister die Pflicht, alles zu unterlassen, was solche politische Diskussionen provozieren könnte.

Grünhillschau. Ein anonymes Brief veranlaßte bekanntlich den Stadtv. Meckel, die auf ihn gefallene Wahl zum unbesoldeten Stadtrat abzulehnen. Nachdem der Schreiber dieses Briefes in dem Stadtv. Berger ermittelt worden und seine Handlungsweise in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung entsprechend gewürdigt worden war, hat Stadtv. Meckel die auf ihn gefallene Wahl zum unbesoldeten Stadtrate nachträglich angenommen.

Altenberg. Die städtischen Kollegien wählten Bürgermeister Dr. Krüger nach einer wenig mehr als zweijährigen Amtstätigkeit auf Lebenszeit. Demnach ist die lebenslängliche Anstellung rechtzeitig vorgenommen worden. Die Sozialdemokraten sind grundsätzlich gegen die lebenslängliche Anstellung von Beamten. Wohin diese Lebenslänglichkeit führt, haben wir ja kürzlich erst in Delitzsch i. B. gesehen, wo der Bürgermeister unter Hinweis auf seine lebenslängliche Stellung den opponierenden Stadtverordneten zurief, ihm könnten sie nichts anhaben.

Aberl. Eine größere Erdbebenkung, die sich auf eine Fläche von 600 bis 700 Quadratmeter erstreckt und eine Tiefe bis zu zwei Meter erreicht, hat sich unweit des von hier nach Röhbach in Böhmen führenden Weges, dem neuen Bahnhof gegenüber, gebildet. Das gefährdete Grundstück ist eingezäunt und sein Betreten verboten worden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, steht die Senkung, obgleich sie im vorgeländischen Schüttergebiet liegt, nicht mit Erdbeben im Zusammenhang. Wahrscheinlich befand sich dort ein alter Steinbruch, der später ausgefüllt, geednet und als Ackerland benutzt worden ist.

Zittau. Wie der Oberbürgermeister in der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung mitteilte, hat die Regierung eine geplante Millionenanleihe der Stadt nur in Höhe von 500 000 M. genehmigt. Weitere Entschlüsse macht die Regierung von einer Deklaration der Vermögensverhältnisse der Stadt abhängig. Zittau ist bekanntlich eine der reichsten Städte in Sachsen, in der von einer Verschuldung nicht gesprochen werden kann.

Waldorf Astoria's neue Sorten

Gil d'or	4 Pfennig
Clio	5 "
Golden Times	6 "
Bridge	8 "
Cairo Life	10 "

Zu haben in allen besseren Geschäften.

mit Goldmündstück,
feinste türkische
Handarbeit, leichte
aromatische Qualitäten.
In eleganten Blechdosen.

[21780]

Bettfedern

in vorzüglicher Füllkraft und garantiert staubfrei, à Pfund A 1.—, 1.50, 1.80, weiße Schleichfedern à Pfund A 2.—, 2.50, 3.—, 3.50, 4.— bis zu den feinsten. Damen A 4.50, 6.—, 7.50.

Fertige Inletts, Bettwäsche, Bettdecken, Schlafdecken Steppdecken, Strohsäcke empfiehlt in großer Auswahl

Eduard Graf & Co.

Telephon 12887. Leipzig, Tauchaer Str. 9—11 Telephon 12887. Großes Spezialhaus. Gemeinschaftl. Einkauf Halle, Leipzig u. Eisenach.

Fertige Betten

à Stand bestehend aus 1 Oberbett, 1 Unterbett und Kissen, volle Größe und federichtes Inlett A 13.—, 18.—, 20.—, 22.—, 26.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.— bis zu den besten. Sämtliche Betten werden auch in Gegenwart der werthen Kundenschaft aufgestellt.

J. Bueckseh, Marktstr. 11.
L. Busse, Zeltzer Str. 1, Bonn. 10% R.
A. Fischer, Mück., Hallesche Str. 80.
Herm. Gräbe, Kurprinzstr. 15.
A. Günzel, Oetzsch, neb. d. Apotheke.
Arno Haas, Eisenbahnstr. 55.
Otto Haedleke, N. Eisenbahnstr. 9.
P. Hagemann, Kohlgrabenstr. 52a.
H. Hennings, Böhlitz-Ehrenberg.
Hilbert, Leutzsch, Hauptstr. 27.
E. Holzmann, Königspl. 4, 10% Rab.
F. Huch, Peterssteinweg 7.
M. Kemski, Abonnenen 15%
 Nürnberg, Str. 6. Waren sowie Re-
 paraturen ohne Preiszuschlag.
Rich. Köppe, Pl., Zschob. Str. 55.
Alb. Kuf, Wurzenstr. 31.
C. Leuckart, Leutzsch, Hauptstr. 92.
Eug. Müller, Windmühlenstr. 34.
Carl Quareh, Promenadenstr. 13.

Rauffuss, fügenlose Trauringe
 Reichstr., Ecke Schulmacherg. 1.
Theod. Schauf, Zwenkau.
C. Schmieder, Gerberstraße 64.
Paul Schneider, L., Gund. Str. 33.
G. Schöne, Paunsdorf, opt. Artikel.
Herm. Schwarz, Li., Mersb. Str. 95.
Max Singer, Plauenische Str. 2.
Thieme Neht., L. Busse, Zeit. St. 1.
H. Tyrlich, Pl. Weissenfelsstr. 30.
Fritz Wacker, Katharinenstr. 6.
O. Wetzig, Thonb., Reitzenh. Str. 54.
Wüstling, Rd., Rathstr. 30, Gelegkh.
Verrückelung-Anstalten
O. Hausmann, Ellisenstr. 46,
 Sauerland, Blumeng. 12, T. 10390.

P. Lüddecke, Lind. Kanzlerstr. 44/46,
 Verkupf. u. Messing.
Saxonia, O. Zanke, Mittelstr. 7.
Verens-Artikel u. Spielwaren
L. Fliessbach, H., Rathausstr. 40,
 10% Rab.
Helbing, Vereinsabzfr. Dorothstr. 9.
H. Lintzmeyer, Bayerische Str. 81.
Rich. Liplinski, Elsterstr. 14.
Warenhäuser
M. Abraham, Ghl. Auenh. Hall. Str. 118
Adlers Warenhaus, Go., Auenh.
 Hallesche Str. 107.
Gebr. Joske, Windmühlen-
 straße 4/12.

M. Joske & Co., L.-Plagwitz.
 Kaufhaus Gnst. Gärtner, Leutzsch.
 Marg. Murr, Großschlocher.
Wild und Geflügel
C. Barth, Eisenbtr. 63., Obst u. Gem.
Rob. Höppler, Morsburgerstr. 38o.
K. Lippmann, Auß. Hall. Str. 58.
Rich. Müller, Li., Kuhlturnstr. 40.
Zahnstoffe, Zahnkürklar
Hugo Albrecht, Süd-
 platz 2.
Herm. Gehler, Promenadenstr. 11.

Fanny Dittich geb. Ludewig,
 Eisenbahnstr. 63, Ecke Hedwigstr.
Otto Gübel, Windmühlenstr. 44 b.
Rich. Kummer, Hohenzollern-
 Str. 16.
Dentist G. Leo, Reichstr. 29/31.
Rich. Ludewig, Kurprinzstr. 15
 früher Eisenbahnstr.
F. Mehnert, Königspl. 16, 1
 neben Ury Gebrüder
Swaid Seifert,
 Karl-Heinrich-Str. 381,
 Schmeitzel'sches Zahn-
Frau Aline Schering, L.-Neustadt,
 Buasstr. 3.
Olga Schmidt, Täubchenweg 92.

L. W. Surmann, Südplatz 7.
A. Stolper, Stött., Arnoldstr. 19.
Rich. Vetterlein, Leipzig-Angor,
 Bröltstr. 32.
Otto Zinke, Dresden
 Str. 63.
R. Zuckermann, Grimmisch. Stein-
 weg 20. Spz. schmerl. Zahnräder.
Zool. Handlungen, Auar.
und Vogelfutter
R. Backhoff, Sell, Wurzen Str. 70.
A. Fischer, Promenadenstr. 16.
Arthur Helmer, Täubchenweg 43 b.
E. Küferstein, Neuschf., Kirohstr. 77
Arthur Mühlner, Nürnbergerstr. 24.
Bernh. Pohl, Reuden., Kröuzstr. 37.
M. Schmolzer, Eisenbahnstr. 14.
H. Welsch, Reitzenhainerstr. 19.

Saman Tee



ist ein sehr billiges Getränk
von vorzüglichem Wohlgeschmack

Schlechte Sorten Tee unbekannter Herkunft tragen die Schuld daran, dass man bei uns in Deutschland dem Tee ein so grosses Vorurteil und Miss-
 trauen entgegenbringt.

Saman Tee wirkt infolge seines Alkaloid-
 gehaltenes blutreinigend und verdauungsfördernd
 und beeinflusst dadurch die Nieren in günstigster
 Weise. Das im Saman Tee enthaltene ätherische
 Oel regt die Gehirntätigkeit u. Arbeitslust an, ohne
 schädli. Nebenwirkungen des Kaffees zu besitzen.

Ein **10 Pfg.-Paket** reicht aus **30 Tassen**
 für ca. **30 Tassen**

Jedem Paket liegt Aufsehen erregendes Preisausschreiben bei.

Zu haben in nur 2 Qualit. pr. 1/2 Kilo M. 3. - u. M. 4,50, in
 Paket. v. 10 Pf. an in allen einschl. Geschäften

viel billiger als Kaffee

A. T. G. Berlin S. O. 36, Harzerstr. 33.

Neugebauer
 (abgeb. geb. nicht approb.) Praktik.
 (fr. an Dr. W. Schwabes Hofst.) be-
 hand. n. homöopath. u. Lichttherap.
Geschlechts-, Haut-,
 Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-,
 Drüsenleiden, Influenza, Rheumat.
 Nschias, Sticht, Wasserbrüche. —
Neul Spezial-Vichitbehandl. von
 Frauenleiden, befand. Weisf. Ruf.
 Langjähr. Erfahrg., sorgf. Erfolge.
Klostergasse 2/4, Fahrstuhl im Hause.
 Grchzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.
Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.
 Damen montags 10-12, 2-6.

Paul Vogel
Karl-Heino-Strasse 77
 Schreibwaren, Bücher
 Schulartikel, Postkarten
 Gratulationskarten
 Zeitschriften.

Monats-Garderobe
Wwe. M. Kindermann
 Joh. Johanna Bejaoh
 Nur kleine Fleischergasse 10, I.
 empf. neue u. wenig getr. Anzüge,
 Winter-Paletots, Joppen billig.
 Predd. u. Gesellsch.-Anz. a. f. e. h. w.

Spezialität.
 Nur Kurprinzstrasse 4.

Jeder Hut
2 Mk. 80 Pfg.
H. Heinze
 Hutfabrik.
 Wegt. 1867.

Der Pfaffenspiegel
 von Corvin.
 Schön gebunden 4 Mk.
Volks-Buchhandlung
 Leipzig
 Tauchaer Strasse 19/21
 und Hiltoten.

Sparsame Frauen
 Baden in eigenem Bad- und Kochofen, ohne Anwen-
 dung von Heiße Pfannkuchen u. Krapsen in 10 Minut.,
 Blech-Platzkuchen, Torten in 1/2 Stunde mit Otto
 Feins selbsttätigem Wiener Backmehl. Dieses Ge-
 bäck ist sehr wohlgeschmeckend, nährkräftig, leicht ver-
 daulich und billig. Herstellung bequem und einfach,
 ein Mischlingen ist ausgeschlossen, da dem Mehl die
 Backrezepte beilegen. Das Pfund kostet 30 Pfg. und
 ist zu haben in dem Schokoladengeschäft von **Otto
 Hein**, Kurprinzstr. 1, dicht a. Hauptpl., Nähe Markt-
 halle. — Für Wiederverkäufer. Großistenpreis. [30001

Schuhwaren-Haus Billigste Bezugsquelle
Emil Keller von
Leipzig-Reudnitz **Schuhwaren**
 und **Pantoffel**
 aller Art in nur
 prima Qualität.
 Nur Ecke Mühl- u. Josephinenstrasse.

Sauerkraut, hochfein im
 Geschmack
 4 Pfd. 6 Pfg., 10 Pfd. 55 Pfg.
Kohlrabi in Scheiben
 2 Pfd. 3 Pfg., 4 Pfd. 5 Pfg., 5 Pfd. 6 Pfg.
 82 3 45 3 55 3 72 3
 Gebr. Klessel, Leipzig, Eulrichstr., Gehlt.
 Thueberg, Plagwitz.

**Markt-
 Halle 6 u. 7**
 Rattfleisch 65 u. 70
 Schweinefleisch 80-90
Settes zum Ausbraten
 ohne Schwarte 80
 Anackwurst, Blutwurst
 und Leberwurst 80
Wettwurst 90
Berkefawurst 130

Frack- und Gehrockanzüge
 verleiht **Müller**
 Schneidermeister
 Einlittenstr. 32, Ecke Windmetz.

Rechtsstaat u. Klassenjustiz
 von Dr. Karl Liebkehoelt.
 Preis 20 Pfg.
Volksbuchhandlung Leipzig
 Tauchaer Straße 19/21.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.
Osten.
Gesucht 2 Zimmer, möbl.
 oder leer, zum 1. 2.,
 Nähe Breitkopffstr., Taubchenweg,
 Postlitzstr. H. Lopa, Breitkopffstr. 1.
Westen.
Knautkiesberg, Seumestr. 3,
 Wohnung, der Neuzeit entspr.
 einger., mit Bad zum Kochen,
 sofort oder 1. April für 200 M.

!!! Für Freud u. Leid !!!
 verkauft u. verleiht
 wenig getragene
 Fracks, Smok. u. Gehrockanzüge.
Schmerel, Altkoalstr. 15.
 Verleihung Tel. Verkauf
 2 bis 10 M. 10528 15 bis 46 M.

Achtung!
 Neue u. getrag. Anzüge, Wäsche,
 Uhren, Schuhe kaufm. gut u. bill.
 bei Max Junghans, Talstr., a. Nr. 28
 Inhaberin E. Bergander.

Grosser Inventur-Verkauf u.
 sämtl. Herren- u. Damengarderobe,
 Schuhe etc. Alles zu sehr bill. Preis.
 Rausl. Steinweg 10, I., Nummer 2.

Neue Laufbetten
 von 1.50 M. per Stille an, offeriert
Hermann Wrook
 Fr.-List-Str. 4, Nähe Kraft-Pal.
Wuchspitze, Fleischwolf Nr. 20
 zu verkaufen. Lind., Bühner
 Str. 60, Darmhandlung Zschille.
Goltschuhe u. Goltschuh empf.
Karl Trosch Nachf. Ernst Reih,
 Sell, Wurzenstr. 60, angr., in detail.
Gr. Auswahi prämi. Kanariens.
 hochf. Sommerkrähen, sowie alle
 Sort. von Vogelkutter, Ameisenfener,
 Weidwörmer, präkt. Käfige v. 17
 an empf. **Max Kraft**, Querstr. 19.
Verkauf, Kaufe u. tauche Tauben
 u. Rabner. **C. Schmidt**, Kolon-
 nadenstr. 28, früher Webergasse 18.

Arbeitsmarkt.
Stellen-Angebote
Offene Stellen finden erfol-
 reiche Aufnahme in der
Leipziger Volkszeitung.

Hoher Verdienst!
 Täglich, Agenten, Hauslerern,
 Pers. jed. Stand. ist Gelegen. ge-
 boten, sich dauernd. Stellung durch
 Verkauf eines grohart. Massen-
 Art. zu schaffen. Verdienst 100%.
 Näh. Beschreibg. nebst Muster in
 Karton franko gegen Einsend. v.
 40 P. Briefm. Bekht. Hofpl., jed.
 Haushalt. **W. E. Roschke**,
Härnberg, Schwanenstr. 18. *

Tüchtige Metallschleifer
 finden Beschäftigung bei
Wünsch u. Pretzsch
Wandwagenfabrik Seitz.
Lehrling für Oftern gesucht.
O. Sander, Eisenplatz, Schkeuditz. *

Leipziger Techniker-Kurse Abend-
 Unterricht
Leipziger Einschiebungstermin: Sonnab., 8. 1. 1910
 durch nur
 tüchtige Ingenieure.
 Anmeldungen und Auskünfte
 täglich von 6-9 Uhr abends und
 Sonntags von 10-1 Uhr, Kreuzstrasse 2.
 Lehrplan:
 Algebra, Planimetrie, Trigonometrie, Stereometrie, Mechanik,
 Fertigkeitlehre, Maschinenlehre, Wärmelehre, Graphostatik, dar-
 stell. Geometrie, Technologie, Kalkulation, Maschinenbau, Dampf-
 kessel, Hebezeuge Elektrotechnik.

Verkäufe und Käufe.
Tägl. frisch. Gänse, auch geteilt,
 frisch geschossene **Hasen**,
L. Naumann, Marktstr. 61. *

Grosse Posten
Fliz- und Lederschuhe
 angekommen. Sportbillige Preise.
 In gros und en detail abzugeben.
Nitzsch von 35 u. 45 Pfg. an.
Markt 3, Kochs Hof, Partie waren-
 halle, Bernhardt Berger, Teleph. 12653.

1 Posten Ge. rens, Damen- und
Kinder-Garderobe, Kleider-
 stoffe, Spachtellant., Bettdecken u.
 a. m. soll billig weg. **Plagmann**
 verkauft verb. **Lütner Str. 22, I. r.**
 Weiz., gutsch. Kleider, Wäsen,
 Mäde, Mäntel, Radetts, Wäsche,
 Schuhe vert. billig **Frau Heide**,
Albertstr. 11, II., am Banr. Bahnh.

Reelle neue Betten
 Gebett 12,50, 14, 18, 25, 33 Mt.,
 5. Seimar Kraft, Lindenau, Markt

Dauerb. Bettstellen mit guten
 Matrassen (beste Art) 25 Mk.
G. Böhm Kap. vis-à-vis Pantheon
 Dresdner Str. 23, Seitengeb. I.

Kompl. Wohnungsseinr., auch eing.
 1 Kleiderchr. 28, furn. 58 M.
 1 Vertiko 28, " 58 "
 1 Trümeau 30 " 88 "
 1 Sofa-Tl., pol. 8 " 15 "
 4 Mohrst., mod. 15 " 22 "
 2 Bettstellen 22, enal. 40 "
 2 Matrassen 88, Passon 40 "
 1 Wäschtk. 10, Warm. 82 "
 1 7teil. Küche 48, ff. 65 "
Lendel, Pl., Kurefienstr. 4, a. Plage. *

Neue u. gebt. Möbel verkauft
 billig. **Lütner Str. 22, I. r.**

Möbel billig. Teilzahl. gestatt. *
 Pl., Werfbergerstr. 62.

Kanariens-Hähne
 u. -Weibchen.
 Bezahle gute Preise! Restaurant
 Brüderstrasse 9, F. Vahle, [1868]

Lehrling Suche f. meine Wagen-
 lackiererei. **laacklererei Oster** ein.
Lehrling Wagenlackier-Anstalt
A. Förster, Leipzig-U., Lütner Str. 60 62. *

Tischlerlehrling
 Sohn achtb. Vt., gef. Aug. Bomm,
 Eilenburg, Dorotheenstr. 10. *

Barbierlehrling mit sehr ginst.
 Beding. beding. gesucht.
Karl Hildebrandt, Nötha. *

Arbeiterin f. Rauchwaren-Zu-
 richterei gef. **St. Bühner** Str. 26. G.
Edh. Schulmadr. verl. **Fr. Müller**,
Schl., Rönnerstr. 78, I. R. r.

Malerlehrling
 für Oftern gesucht. Nachgemäße
 Ausbildung mit Besuch der Ge-
 werbeschule. **Otto Sobaschdeck**,
Malermeister, Körnerplatz 8.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit
H. Pappst, Dufourstr. 22 *
 Spez. f. ältere Damen u. Herren.

Vermischte Anzeigen.

Achtung! Im Rohprodukt-Gesch.
Geraer Str. 21 befindet sich
 v. 8. 1. an **Leutzscher Str. 22.**

Auspostern u. Laper. v. **Rimm**,
Neusch., Konradstr. 20 **Schmidt**. *

Extrablätter dieser Nummer:
 Von der Firma **Gebr.**
Bergmann, L.-Vollmars-
dorf, ein Prospekt für die
 Abonnenten in L.-Dst.
 Von der Firma **Gebr.**
Held, L.-Lindenan, ein Pro-
 spekt für die Abonnenten in
 L.-West.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Januar.

Geschichtskalender. 5. Januar 1643: Isaac Newton, der Begründer der physischen Astronomie, in Woolsthorpe (Lincolnshire) geboren († 1727). 1828: Der Volkschriftsteller Emil Prommel in Karlsruhe geboren († 1896). 1831: Kurhessen erhält eine liberale Verfassung.

Sonnenaufgang: 8,13, **Sonnenuntergang:** 3,58.
Mondaufgang: 1,48 vorm., **Monduntergang:** 12,18 nachm.

Better-Prognose für Donnerstag, den 6. Januar:
Südwesterwind, Abnahme der Bewölkung, etwas kälter, vorwiegend trocken.

Notstandsarbeiten.

Der Rat unterbreitete den Stadtverordneten die in der Sitzung vom 20. Oktober v. J. gewünschte Uebersicht über die zur Vinderung der etwa in diesem Winter eintretenden Arbeitsnot in Aussicht genommenen Arbeiten. Er schreibt:

Sie finden in der Uebersicht eine Anzahl Bauausführungen, zu denen bereits früher Mittel mit Ihrer Zustimmung verwandt worden sind. Es sind dies namentlich solche, die ebenso gut im Winter wie im Sommer vorgenommen werden können und die wir als zur Beschäftigung von Arbeitslosen besonders geeignet für diesen Winter zurückerhalten haben.

Insgesamt sind für sie veranschlagt 43 100 Mark. Da indessen gegenwärtig nicht abzusehen ist, ob und inwieweit diese Summe zu einer wirklichen Begegnung etwaiger Arbeitslosigkeit ausreichen wird, so erachten wir es im Interesse der Arbeitslosen, wie auch aus dem Bestreben heraus, als Notstandsarbeiten tunlichst nur Arbeiten von praktischem Werte ausführen zu lassen, für angebracht, bereits jetzt für weitere passende Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen, und empfehlen, zu diesem Zwecke die in der Anlage mit B aufgeführten Arbeiten bereitzustellen.

Es betreffen diese Anschaffungsarbeiten zur Herstellung der Planie für verschiedene Straßenkreuzungen auf dem ehemaligen Gohliser Exerzierplatz, Abtragungen auf den Parzellen 621 c und 622 (früher Hinzelsches Grundstück, Ecke Köhner und Friedrich-August-Straße) des Flurbuchs für Leipzig-Lindenau, auf welcher bereits mit Ihrer Zustimmung im vorigen Winter Bodenmassen abgetragen worden sind.

Wenn auch diese Erdarbeiten nicht unbedingt zurzeit ausgeführt werden müssen, so ist doch die Notwendigkeit ihrer gelegentlichen Vornahme aus den angeführten Gründen gegeben. Der Umstand, daß ihre Ausführung nicht an einen bestimmten Zeitpunkt gebunden ist, läßt es jedenfalls geboten erscheinen, sie für sonst unglückliche Arbeitsperioden zu reservieren.

Ihr Kostenaufwand stellt sich insgesamt auf 35 000 Mark, von denen nach erfolgtem Ausbau der Ehrensteinstraße zwischen Gohliser und Richterstraße 10 600 Mark zurückvergütet werden. Wir haben beschloffen, unter der Voraussetzung, daß sich die bisher bewilligten Arbeiten als zur Vebhebung der in diesem Winter etwa um sich greifenden Arbeitsnot nicht ausreichend erweisen sollten, die jetzt genannten Arbeiten ausführen zu lassen und die hierzu erforderlichen Mittel mit 35 100 Mark aus Konto Kasse zu verwilligen.

Wir erlauben Sie, zu vorstehendem Beschlusse Ihre Zustimmung zu erteilen.

Statistik der städtischen Schulden in Deutschland.

Die statistische Korrespondenz enthält eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Schuldenstatistik der größeren Gemeinden Preußens, die sich allerdings auf den Schluß des Rechnungsjahrs 1905, also den 31. März 1906 bezieht, aber trotz der inzwischen wohl vielfach eingetretenen Änderungen sehr reich geugt ist. Von den 1270 preussischen Städten und den 80 Landgemeinden, die mehr als 10 000 Einwohner hatten, waren 50 Reichstädte und 3 Landgemeinden gänzlich schuldenfrei; die übrigen 1315 Gemeinden besaßen zusammen eine Schuldenlast von 3015,8 Millionen Mark. Davon entfallen 390,4 Millionen Mark auf Berlin, 772,1 Millionen Mark auf die übrigen 10 Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern, 587,9 Millionen auf die Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern, 281,8 Millionen auf die mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern, 272,8 Millionen auf die mit 25 000 bis 50 000, 348,9 auf die mit 10 000 bis 25 000, 182,5 fünf die mit 5000 bis 10 000, 90,1 auf die mit 2000 bis 5000, 15,2 auf die mit nicht mehr als 2000 Einw. und 138,9 auf die Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern entfiel mehr als die Hälfte sämtlicher Schulden auf die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Mit Ausnahme von Gelsenkirchen (89,5 Mill.) betrug die Schuldenlast bei sämtlichen Großstädten mehr als 100 Mill. auf den Kopf der Bevölkerung; sie ging dabei bis zu 360,4 Mill. in Charlottenburg, 370,0 Mill. in Wiesbaden und 531,4 Mill. in Frankfurt a. M. In Berlin betrug sie nur 101,4 Mill. Von den Städten mit weniger als 100 000 Einwohner hatten 18 eine Schuldenlast von mehr als 100 Mill. auf den Kopf der Bevölkerung, darunter Danzig, Minden 458,9, Langenlacha 476,5 und Westerland auf Sylt sogar 884,4 Mill.; auch in 2 Landgemeinden betrug die Schuldenlast mehr als 100 Mill. auf den Kopf, nämlich in Deutsch-Wilmersdorf 328,8 und in Godesberg bei Bonn 372,4 Mill. 33 Gemeinden hatten über 250 bis 300 Mill. Schulden auf den Kopf, 48 über 200 bis 250 Mill., 86 150 bis 200 Mill., 184 100 bis 150 Mill., 309 50 bis 100 Mill., 488 25 bis 50 Mill., 182 10 bis 25 Mill., 105 5 bis 10 Mill., 263 bis 5 Mill. und 37 nicht mehr als 3 Mill. Von den gesamten Schulden entfielen 2842,0 Millionen Mark oder 94,2 v. H. auf langfristige Anleihen; von ihnen waren nicht weniger als 1851 Millionen Mark oder 65 v. H. in den Jahren 1807 bis 1906 aufgenommen. Außer den eigentlichen Schulden hatten noch 105 Gemeinden Garantien in Höhe von 17,0 Millionen Mark übernommen und 435 Gemeinden leisteten Passivrenten mit einem Kapitalwert von 18 Millionen Mark.

Nicht minder interessant als die Zusammenstellung der statistischen Korrespondenz sind die Angaben, die in dem von Lindemann und Südekum herausgegebenen Kommunalen Jahrbuch gemacht werden. Danach betrug die Summe aller Schulden der deutschen Städte und Landgemeinden Ende des Jahres 1907 6580,3 Millionen Mark, wovon auf die Gemeinden mit weniger als 10 000 Seelen 1264,6 Mill. Mark, auf größere Landgemeinden 181,4 Mill. Mark, auf Stadtgemeinden mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern 690,9 Mill. Mark, mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern 561,6 Mill. Mark, mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 732,7 Mill. Mark, mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern 928,9 Mill. Mark, mit mehr als 200 000 Einwohnern ohne Berlin 1791,6 Mill. Mark, Berlin allein 420,0 Mill. Mark entfallen. Die Schulden der größeren Gemeinden haben sich nach dem Jahrbuch während des letzten Vierteljahrhunderts verdreifacht. Was dies für den Stadthaushaushalt bedeutet und welche Beträge dadurch für andere Zwecke als Verzinsung und Tilgung der Schulden verloren bleiben, ergibt sich daraus, daß die ordentlichen Ausgaben aller preussischen Städte und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern im Rechnungsjahr 1907 rund 1425 Mill. Mark be-

tragen haben, davon aber allein mehr als 100 Mill. Mark, d. h. fast ein Siebentel der Gemeinbeausgaben, durch den Schuldenzins abgedeckt worden sind. In Berlin veranschlagt der Schuldenzins 1907 15,7 Prozent aller ordentlichen Ausgaben, im Durchschnitt der übrigen preussischen Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern 11,4 Prozent, der Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern 10,8 Prozent, mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 11,9 Prozent, mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern 14,8 Prozent, mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern 15 Prozent. Allerdings geben die Ziffern ein nicht ganz klares Bild, weil der Verwendungszweck der Anleihen in Betracht gezogen werden muß. Leipzig hatte am 31. März 1897 40 400 000 Mark Obligationsschulden, bis zum 31. März 1907 hat sich diese Schuld auf 110 561 000 Mark erhöht, ist also um 61 163 400 Mark gestiegen.

Ein Silbchen in der Schmierkomödie.

Gestern Abend gab sich im Theaterfaale des Kristallpalastes die Plehnerrgilde ein Stelldichein, um ihren Heros, den sie sonst nur schmierig sieht, auch einmal reden zu hören. Sie hatte sich unten im Saale placiert, zu Füßen ihres „literarischen Führers“; die guten Freunde Plehnerr sahen dagegen auf der Galerie, vermutlich um den akustischen Effekt ihrer Mundspeisen zu erhöhen, denen sie ab und zu liebliche Töne entlockten. Wir hatten um unserem guten Geschmacks willen uns nicht allzusehr beeilt und deshalb den Anfang der Demasclierung — so nannte Plehnerr seinen Vortrag — nicht genossen. Aus diesem Grunde können wir auch nicht berichten, ob Herr Dr. jur. Artur Plehnerr seinem idealen Vorbild Harden entsprechend als politisches oder nur als literarisches Rhinoceros eingeführt hat. Jedenfalls bekräftigt er entschieden, Schauspieler zu sein, was wir an unserm Teil ihm gern bestätigen, denn gestern gab er sich ganz wie sonst als Schmierkomödiant ordinarster Sorte.

Das Plehnerr erzählt? — Nichts, als was er schreibt, was man jede Woche in seinem Blättchen lesen kann. Und wie er erzählt? — Nun, wieder nicht anders, als wie er schreibt. Er war empörtter Bürger für seine Zustände in Leipzig, etwas mehr empörtter Mann für seine Zustände in der Literatur und Kunst, viel Entrüstung über Ungerechtigkeit, die auch immer ihn als Opfer mit erklert, noch mehr Entrüstung über die verlegte „teutsche“ Sittlichkeit usw., und das alles in der bekannnten Plehnerrschen Sprache von Pikanterie und Sensation, in der er zu seinem Schmerz sein Ideal Harden noch nicht erreicht hat. Was uns einigermaßen verwunderte, war sein empörtter Schimpfen über die Leipziger Neuesten Nachrichten, die bei dem Vorbemerkung der Leipziger Presse am schlechtesten wegkamen. Der Plehnerrsche Kampf mit den Neuesten Nachrichten wird doch aus ein und demselben Dred gebadet und gerade die beiden sollten sich deshalb gegenseitig sehr gut verstehen. Aber die leidige Konkurrenz hat die beiden zu bösen Feinden gemacht.

Und der Effekt des Abends? Das Parterre klatschte wie besessen, die Galerie aber lächelte und pffte, und seine guten Freunde in den Leipziger Neuesten Nachrichten und im Tageblatt schweigend ihn heute morgen tot — — Siehe, Artur, das kommt davon! —

Ein Vergnügen eigener Art leisteten sich dieser Tage die Bremer Nachrichten. Sie berechneten, zu welcher Summe ein mit Beginn unserer Zeitrechnung auf Zins und Zinseszins ausgeliehener Pfennig angewachsen wäre. Sie konnten unter Annahme eines Zinsfußes von 3 1/2 vom Hundert zu folgenden Ziffern:

In circa 87 Jahren hatte sich die Summe verzehnfacht, war also auf 10 Pf. angewachsen. In weiteren 87 Jahren war diese letzte Summe wieder verzehnfacht, also auf 100 Pf. gestiegen. So ging es weiter. Im Jahre 1876 wäre diese Verzehnfachung zum achtundzwanzigsten Male eingetreten und aus dem Pfennig wären 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Pfennig oder 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mark geworden. Rechnet man, daß aus einem Kubikmeter Gold circa 50 000 000 Mark geprägt werden können, so würde man zur Ausprägung der Summe aus dem angewachsenen Zins und Zinseszins ein Städtchen Gold haben müssen, welches circa 2000 Kilometer lang, 1000 Kilometer hoch und 1000 Kilometer breit ist. Von diesem Städtchen könnte man untrer Erde ein Ringchen um den Leib machen, und zwar wo sie am dicksten ist, am Äquator, dieses Ringchen würde ungefähr 1000 Kilometer breit und 50 Kilometer dick sein. Man könnte auch ein Städtchen aus circa 4 Kilometer dickem Goldblech daraus machen, in welches man unsre Erde legen könnte. Würde der oben angeführte Pfennig aber gar mit 5 Prozent verzinst, dann würde eine solch ungeheure Summe herauskommen, daß unsre größten Gelehrten ihre liebe Lust hätten, die Zahl auszusprechen, denn das wäre eine neununddreißigstellige Zahl für die Summe in Mark. Aus dem dazu gehörigen Klumpen Gold könnte man ungefähr zwei Milliarden Ringelchen machen von der Größe unsrer Erde. Sonst aus dem zu der Summe nötigen 1000-Markstücken könnte man circa 100 Millionen Ängeln von Erdengröße machen. Würde man aus den Tausendmarkstücken eine vierkantige Säule von 1000 Kilometer Seitenlänge aufbauen, so mächte diese nicht weniger als 100 Milliarden Kilometer hoch werden und die in heutiger Zeit auflaufenden Zinsen und Zinseszinsen würden es nötig machen, daß diese Säule in jeder Sekunde um circa 7 Kilometer erhöht wird.

Unter der Voraussetzung, daß diese Zahlen richtig sind, zeigen sie uns in überaus drastischer Weise, welche ungeheuren Summen der Geldbesitzer zur Verzinsung ausgeliehener Gelder aufgebracht werden müssen. Und das ist bei der großen Rolle, die im heutigen Produktionsprozeß das Leihkapital spielt, von allergrößter Wichtigkeit besonders auch für die Arbeiter. Denn woher werden die Gelder zur Verzinsung genommen? Den Arbeitern zapft man sie ab in schwerer kapitalistischer Fron. Sie entstammen dem Mehrwert, den die heutige Wirtschaftsweise den Arbeitern abpreßt. In dieser Hinsicht werden die oben nachgedruckten Zahlen auch für die Arbeiter interessant.

Nach der Erneuerung. Mit der am 1. Januar erfolgten Vereinigung der Landgemeinden Möckern, Stütz, Stüteritz, Probstheida, Döitz und Döitz mit der Stadtgemeinde Leipzig ist auch das Ortsstatut, die Einführung des Schlachtwanges in Leipzig betreffend, vom 10. November 1882 in den erwähnten Landgemeinden in Kraft gesetzt. Es wird vom 1. Januar 1910 ab für diese Bezirke die Anlage neuer Privat-schlachtereien und die fernere Benutzung der bestehenden Privat-schlachtereien untersagt. Die für die Anmeldung von Erlaubnissen gesetzte Frist von sechs Monaten läuft am 30. Juni 1910 ab. Weiter ist aus dem gleichen Anlaß bekannt gegeben, daß eine Änderung in der Einteilung und Abgrenzung der in den einzu-

verfeindeten Gemeinden bestehenden Waisenratsbezirke nicht vorgenommen wird.

Das Regulative für Ausübung des Schornsteinfeger-gewerbes in der Stadt Leipzig vom 18. August 1885 tritt ebenfalls in Kraft. Danach darf das Lehren der Schornsteinfeger nur durch die vom Rate zugelassenen und in Pflicht genommenen Schornsteinfeger erfolgen. Das gesamte Stadtgebiet bildet einen Lehrbezirk; die Hauseigentümer können sich unter der Zahl der zugelassenen Schornsteinfeger den auswählen, dem sie das Reinigen der Schornsteine übertragen wollen. Druckabzüge des Regulativs können bei dem Baupolizeianten A in Empfang genommen werden.

In der Bekanntmachung über das Bauwesen sagt der Rat: Nach § 8 des Ortsgesetzes über die Vereinigung der Landgemeinden Möckern, Stüteritz, Stütz, Probstheida, Döitz und Döitz tritt mit dem 1. Januar 1910 auch das Ortsgesetz vom 29. April 1880, betreffend den Zeitpunkt der Ingebrauchnahme von Neubauten in der Stadt Leipzig, in Kraft. Danach dürfen alle zum Wohnen bestimmten Räume (Schlafräume eingeschlossen), sowie alle Räume, in denen Personen sich dauernd aufhalten (Küche, Kammern, Schreibstuben, Schenkräume, und dergleichen) in neuen Gebäuden oder neuen Geschossen, wenn sie in der Zeit zwischen dem 1. Dezember und 31. Mai im Aushau, d. h. nach definitiv erfolgter wasserdichter Eindeckung, sowie Aufmauerung aller Scheibungen und Ueberwölbung der Kellerräume, fertig werden, nicht früher als den nächstfolgenden 1. Oktober, wenn ihre Vollendung in der Zeit zwischen dem 1. Juni und 31. August erfolgt, nicht früher als den 1. April nächstfolgenden Jahres, und wenn dieselbe in den Zeitraum zwischen dem 1. September und 30. November fällt, nicht früher als den 1. Juli nächsten Jahres in Gebrauch genommen werden. Bei tapezieren Wohnungen tritt eine Verlängerung der vorstehenden Termine um drei Monate ein. Die frühere Ingebrauchnahme eines Neubaus wird auf Ansuchen dann gestattet, wenn nach Anspruch des Stadtbezirksarztes die Räume genügend ausgetrodnet sind. Druckabzüge von diesem Ortsgesetz können bei dem Baupolizeianten A in Empfang genommen werden. Soweit in den obengenannten Landgemeinden über die Zulässigkeit der Ingebrauchnahme von Neubauten andre Bestimmungen bestehen, verlieren sie nach der angezogenen Vorschrift des zuerst erwähnten Ortsgesetzes mit dem 31. Dezember ihre Gültigkeit.

Der amtliche Alkoholmesser. Der Bundesrat hat bestimmt, daß als amtliche Meßuhren, gemäß den neuen Brauwissenschaftsbestimmungen zugelassen sind der Siemens'sche Alkoholmesser und der Siemens'sche Probenehmer. Der neue Alkoholmesser hat die Aufgabe, die Menge des aus der Brennvorrichtung fließenden Branntweins und zugleich die Menge des darin enthaltenen Alkohols selbstständig und fortlaufend anzuzeigen. Dem ersteren Zwecke dient eine sich drehende Meßtrommel, deren drei Kammern sich nacheinander füllen und entleeren und deren Umdrehungen auf ein Zählwerk übertragen werden. Zu dem anderen Zwecke ist ein Schwimmlörper vorgesehen, der an einer wagerechten Blattfeder hängt und in einem mit dem gesähten Branntwein gefüllten Wechler taucht. Der Schwimmer erleidet in dem Branntwein je nach dessen Stärke einen größeren oder geringeren Gewichtsverlust und nimmt dementsprechend eine höhere oder tiefere Lage ein: Nach dieser Lage wird die Alkoholmenge durch Vermittlung einer geeigneten Vorrichtung von einem zweiten Zählwerk angezeigt. Der Probenehmer hat die Aufgabe, die Menge des aus der Brennvorrichtung fließenden Branntweins, anzugehen und die spätere amtliche Ermittlung der Stärke durch Zurückhaltung von Proben zu ermöglichen. Zur Messung der Menge dient eine Meßtrommel, an der eine Vorrichtung zur Probenentnahme angebracht ist. Der Probenehmer wird in verschiedenen Ausführungen hergestellt, damit er den mannigfachen Betriebsverhältnissen der Brennereien angepaßt werden kann.

Unfälle. Im Hofe eines Grundstückes der Bergstraße stürzte gestern nachmittags ein Pferd in die Düngrube. Die herbeigerufene Feuerwehr hob das Tier wieder aus der Grube heraus.

Ein Diebstahl. In der Ecke der Rührberger Straße und Diebstahlstraße stah ein Möbelwagen mit einem Motorwagen der Straßenbahn zusammen. Der entstandene Schaden ist nicht erheblich.

Einbruch. Eingebrochen wurde in der Nacht zum Dienstag in ein Bureau in der Jäger Straße in äußerst raffinierter Weise. Gestohlen wurde eine Kassette von Weichblech mit 800 Mark. Aus einer Wohnung in der Pariser Straße wurden eine Anzahl Stücke Reinwand sowie 3 Dutzend Handtücher und 58 Mark bares Geldes entwendet.

Verhaftungen. Ermittelt wurde der Betrüger, der, wie gestern berichtet worden ist, einem Knaben 240 Mark, womit dieser einen Wechsel einlöfen sollte, abgenommen hat. Der Betrüger ist ein in Schönefeld wohnender 23-jähriger Bureau-dienstler. Es erfolgte seine Festnahme. Die ganze Summe hat dieser Mensch bis auf 4 Mark vergendet.

Ein 18-jähriger Laufbursche von hier wurde in Haft genommen, weil er eine Uhr gestohlen und sie mit Hilfe seines Bruders veräußert hat. Dieser wurde wegen Heßerei zur Verantwortung gezogen.

Weiter erfolgte die Verhaftung eines 25 Jahre alten, schon mehrfach bestraften Schmieds aus Palmich, der von den Gerichten in Chemnitz und Zwickau wegen Rückfallsdiebstahls verfolgt wird.

Baron de Schoen.

Der wahre Mann, der einst dazu erfleht, In fremdem Land dem Deutschtum beizustehn, Zu fördern deutsche Art und deutsches Wesen, Er nennt sich jetzt: Baron de Schoen.
Der von den Vätern den Lerndeutschen Rainert Ererbte als unveräußerliches Verhn, Macht jetzt Effekt, besonders bei den Damen, Als Kavaller Baron de Schoen.
Nun tobt der Sturm im deutschen Blätterwalde, Die Journalist steigt bis zu den höchsten Höhen, Es gart und lodt in jeder Zeitungspalte: Hinweg mit Herrn Baron de Schoen!
Hinweg mit ihm, dem Vaterlandsverräter, Der beim „Novemberturm“ schon reiß zum Geht! Weg mit dem Galleireum, entweder: Aldentschland, oder Herr de Schoen.
Am heißesten sprüht der alldentsche Krater, Der „Haffe“ glut kann niemand widerstehn, Der Rauch verfliegt, es melbet sich der Krater Aldentschlich beim Baron de Schoen.
Wozu der Arm? Ich kann dies willige Toben Beim besten Willen keineswegs verhehn, Galt welcher Glanz nicht immer viel ganz oben? Warum nicht beim Baron de Schoen?
Der Mann verfuhr bloß nach berühmten Mustern, Dem „alten Reich“ hat er viel abgefuhr, Deutsch schreibt und nennt sich jeder „dreckschmied“, Doch immer ein Baron de Schoen.

Beginn
Freitag, den 7. Januar
vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr

M. Schneider

Beginn
Freitag, den 7. Januar
vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr

Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf.

Es mag der Hinweis auf die Tatsache genügen, dass mein

Inventur-Verkauf

lediglich durch die stadtbekannt reelle und gewissenhafte Handhabung und die unvergleichlichen Preis-Vorteile sich zu jener Bedeutung im Laufe der Jahre erhoben hat, die ihn zu einer populären Verkaufs-Veranstaltung ersten Ranges stempelt.

Die beispiellosen Preisermässigungen ergeben sich klar aus den nachfolgenden Gegenüberstellungen der jetzigen und früheren Preise.

Wäsche-Stoffe.

Hemdentuch, 80 cm	Inventurpreis Mtr.	17 ₤
Haustuch, für Betttücher, 150 cm, sehr fest	Inventurpreis Mtr.	88 ₤
Croisé-Barchent, weisse, wollige, feinfädige Ware, 80 cm, früherer Preis 75	Inventurpreis	52 ₤
Schürzen-Stoffe, hellgestreift oder \ddagger doppelt	Inventurpreis	25 ₤
Stangenleinen, sehr haltbare Qualität, Bettbreite früherer Preis 90 ₤	Inventurpreis	76 ₤
Kissenbreite früherer Preis 60 ₤	Inventurpreis	48 ₤

Bade-Wäsche.

Frottierhandtuch, bunt, 50/100 cm, früherer Preis 85 ₤	Inventurpreis	60 ₤
3 Stück	Inventurpreis	1.65 ₤
Kinder-Badetücher, weiss, 100/100 cm, früherer Preis 1.30 ₤	Inventurpreis	95 ₤

Gedecke, Kaffee- u. Bettdecken.

Kaffeegedeck, 6 Servietten, weiss mit Franse und farbig. Kante	Inventurpreis	9 ₤
Tischdecke, ges. Java-Gewebe, hell u. dunkel \ddagger	Inventurpreis	80 ₤
Bettdecke, weiss mit Franse, 150/180 cm, früh. Preis 1.75 ₤	Inventurpreis	1.50 ₤
Bettdecke, bunt mit Franse, 150/200 cm, früh. Preis 2.60 ₤	Inventurpreis	2.00 ₤

Hand- und Wischtücher.

Graue Handtücher mit roter od. blauer Kante., 48/100 cm, früh. Preis Dtz. 3.— ₤	Inventurpreis	2.40 ₤
Weisse Dreil-Handtücher, ges. bewährte Marke, 42/100 cm	Inventurpreis	3.50 ₤
Weisse Jacquard-Handtücher, h.-lein., mod. Muster, 48/100 cm, früherer Preis Dtz. 7.50 ₤	Inventurpreis	6.40 ₤
Wischtücher, Panama-Gewebe, rot \ddagger , 40/44 cm	Inventurpreis Dtz.	6 ₤
Wischtücher, sehr kräftig und schöne Dessins, 56/56 cm, früh. Preis Dtz. 3.— ₤	Inventurpreis	2.40 ₤

Tisch-Wäsche.

Reinweisse Jacq.-Servietten, ges. 60/60 cm, früherer Preis 3.80 ₤	Inventurpreis	2.90 ₤
Reinw. Jacq.-Tischtücher, ges. 110/118 cm, früherer Preis 1.20 ₤	Inventurpreis	85 ₤
Halbl. Jacq.-Tischtücher, moderne Muster, Gr. 130/130, früherer Preis 2.50 ₤	Inventurpreis	1.95 ₤
Dazu passende Servietten, 60/60 cm, früherer Preis Dtzd. 6.20 ₤	Inventurpreis	5.25 ₤

Tapiserie.

Ein Posten Java- (Mittel) Serviertischdecken und Läufer, eingew. Must., Inventurpreis Stück. 90 ₤

Ein grosser Posten angefangener und gezeichneter Tapiserieartikel, fabelhaft billig.

Taschentücher.

Pa. Linon-Taschentücher, mit farbiger Kante, unges. 44 cm, fr. Preis Dtzd. 1.80 ₤	Inventurpr.	1.20 ₤
Linon-Taschentücher, gesäumt, früherer Preis Dtzd. 1.20 ₤	Inventurpreis	90 ₤

Damen-Wäsche.

Knieeinkleider, Renforcé m. breitem Stickerei-Volant	Inventurpreis	8 ₤
Achselschluss-Hemden, m. Spitzenstickerei-Ausschnitt u. Bändchenbes.	Inventurpreis Stck.	1.50 ₤
3 Stück	Inventurpreis	4.25 ₤
Damen-Nachtjacken, Croisé-Barchent m. roter Borte und Umlegekragen	Inventurpreis	1.65 ₤
3 Stück	Inventurpreis	4.60 ₤
Stickerei - Untertaille, mit Band-Durchzug	Inventurpreis	50 ₤

Korsetts.

Jacquard - Korsett mit fester Stahl-Einlage	Inventurpreis	75 ₤
---	---------------	------

Woll-Kleiderstoffe.

Kräftige Winterstoffe für Strapazierkleider	früh. Preis 90 ₤ bis 1.10 ₤	Inventurpreis 55 und 80 ₤
Einfarbige Krapp-Diagonalstoffe, besonders für Konfirmanden geeignet	früherer Preis 1.15 bis 1.85 ₤	Inventurpreis 75 ₤ und 1.35 ₤
Blusenstoffe, darunter prima Wollflanelle und Popelines	früh. Preis 1.75 u. 2.40 ₤	Inventurpreis 85 ₤ u. 1.25 ₤
Prima Alpaka-Mohairstoffe, das Beste für Sommerkleider	früherer Preis 2.50 bis 4.— ₤	Inventurpreis 1.50 und 2.— ₤

Homespune und Zibeline, 110 cm breit, vorzügl. Kostümware	Inventurpreis	1.50 ₤
Kostüm-Stoffe nach engl. Art und Diagonalgewebe und prima Glauchauer Kammgarnstoff	früh. Preis 2.40 bis 4.— ₤	Inventurpreis 1.80 u. 2.40 ₤

Wasch-Kleiderstoffe.

Kleider-Kattun, breite Ware, hell und dunkel	früherer Preis 40 bis 55 ₤	durchweg Inventurpreis 20 ₤
Prima baumwoll. Mussoline, Madapolame, Batiste usw.	früherer Preis 55 bis 80 ₤	Inventurpreis 38 ₤
Prima woll. Mussoline, Ripae, Satins, Lelnon	früherer Preis 80 ₤ bis 1.— ₤	Inventurpreis 55 ₤

Sammete und Seidenstoffe.

Blusensammete, farbig u. schwarz, aparte Dessins	1.45 ₤	
Reinseidene Taffeta, Messalines, Louislins, Damasées, Gros de loudres, wertvolle Qualitäten	früh. Preis bis 6.50 ₤	Inventurpreis —, 85, 1.45, 1.70 ₤

Strümpfe.

Kinder-Strümpfe schwarz leder	Grösse 1-3 4-6 7-10	früherer Preis 45 60 75 ₤	Inventurpreis 30 45 60 ₤
Herrn-Socken, doppelte Spitzen u. Fersen	früherer Preis 40 ₤	Inventurpreis 25 ₤	
Herrn-Socken, prima Wolle	früherer Preis 1.20 ₤	Inventurpreis 50 ₤	
1a Baumwolle, Damen-Ringel-, engl. lang, Flor u. Makko	früherer Preis 75, 85 ₤	Inventurpreis 55, 75 ₤	
Fusslängen zum annähen	früherer Preis 25 ₤	Inventurpreis 15 ₤	

Handschuhe, Schirme.

Kinder-Zwirn-Handschuhe	Inventurpreis Paar	10 ₤
Damen-, Herren- u. Kinder-Handschuhe, teilweise Ringwood, Zwirn	Inventurpreis Paar	30 ₤
Damen-, Menotten- u. Finger-Handschuhe, in Spitzen, Kunstseide, Flor	Inventurpreis Paar	45 ₤
Ball-Handschuhe in Seide, Menotten, Finger	früherer Preis 4.50 ₤	Inventurpreis 1.50 ₤
Damen- u. Herren-Schirme, Cloth und baumwoll. Batist	Inventurpreis	1.45 ₤
Damen-Schirme, schwarz und bunt, darunter rein seidene	früherer Preis bis 6 ₤	Inventurpreis 3 ₤

Trikotagen.

Herrn-Vigogne-Hemden, wolgemisch, etwas angestäubt	früherer Preis 2.10 ₤	Inventurpreis 95 ₤
Herrn-Vigogne-Hosen, alle Grössen, 1a Qualität	früherer Preis 1.40 ₤	Inventurpreis 1.20 ₤
Herrn-Zephir-Sport-Hemden	früherer Preis 3.50 ₤	Inventurpreis 1.75 ₤
Damen-Korsett-Schoner, grau, 1a Wolle	früherer Preis 2 ₤	Inventurpreis 75 ₤
Golf-Blusen, weiss und farbig	Serie I II III	früherer Preis bis 6.50 bis 8.50 bis 11.— ₤
	Inventurpreis	3.— 3.75 4.75 ₤

Herrn-Artikel.

Herrn-Krawatten	8 ₤ 17 ₤ 25 ₤	60 ₤
Herrn-Manschetten, 3- u. 4fach	Inventurpreis Paar	25 ₤
Herrn-Serviteures, mit Falten oder glatt, grosse Fassons	Inventurpreis	30 ₤
Hosenträger zum Aussuchen	Inventurpreis Paar	50 ₤
Herrn-Kragen, moderne Fassons	Inventurpreis Stück	15 ₤

Im I. und II. Obergeschoss:

Damen-Konfektion.

Garnierte Kleider, Strassentouillen, elegante Modellskopien usw.	früher. Preis 450.— bis 27.— ₤	Inventurpreis 175.— bis 12.50 ₤
Kostüme aus Tuch, Kammgarn, Cheviot und Fantasiestoffen	früher. Preis 275.— bis 24.— ₤	Inventurpreis 180.— bis 13.50 ₤
Havelocks, Kimonos aus Eskimo und Fantasiestoffen	früherer Preis 72.— bis 19.— ₤	Inventurpreis 42.— bis 15.— ₤
Frauenmäntel aus Kammgarn und Tuchstoffen, farbig und schwarz	früher. Preis 110.— bis 30.— ₤	Inventurpreis 75.— bis 20.— ₤
Kostümröcke	Serie I II III	1.25 7.50 9.75
Seidene Blusen		4.75 6.50 9.—

Auf Extraständern zusammengestellt:

Ständer I enthält: Engl. Paletots, Staubmittel, karierte Kimonos, kurze Jacken	Ständer II enthält: Kostüme, Vivet-Jacken, Regenmäntel, Taftjacken, Kimonos	Ständer III enthält: Kostüme, Schwarze Jacken, Homespune-Jacken, Imprägnierte Mäntel
Inventurpreis 3.50 ₤	Inventurpreis 7.50 ₤	Inventurpreis 11.50 ₤

Kinder-Konfektion.

Ständer I Knaben-Waschblusen, Knaben-Waschanzüge, Mädchen-Blusen, Russen-Kittel, Kittel-Kleiderchen	Ständer II Knaben-Anzüge blau und grau, Kanimgarn, Cheviot, Cord, Sammt, für das Alter von 5-13 Jahren	Ständer III Mädchen-Kleider aus Alpaka, Kammgarn und Panamastoffen, für das Alter von 6-13 Jahren
früherer Preis bis 5.25 ₤	früherer Preis bis 27.— ₤	früherer Preis bis 42.— ₤
Inventurpreis 1.35 ₤	Inventurpreis 13.75 ₤	Inventurpreis 17.50 ₤

Pelze. Echte Hermolin-Krawatten, Inventurpr. 27, 14, 12 ₤
Echte Hermolin-Muffen . . . Inventurpreis 35, 18 ₤

Damen-Putz.

Filzformen	früherer Preis bis 8.50 ₤
Weisse Filzsporthüte	Inventurpreis 1.— und 50 ₤ früherer Preis bis 4.— ₤

Zutaten: Flügel Piqué 5 ₤, Laub Piqué 5 ₤, Blumen Piqué 5 ₤

Gardinen, Teppiche etc.

Abgepasste englische Tüllgardinen	früherer Preis 2.35 bis 17.— ₤
Englische Tüllgardinen, Stückware	Inventurpreis 1.35 bis 13.— ₤
Tüll-Bettdecken, einbettig	Inventurpreis Meter 22 ₤ bis 2.— ₤ früherer Preis 2.30 bis 11.— ₤
Tüll-Bettdecken, zweibettig	Inventurpreis 1.65 bis 7.80 ₤ früherer Preis 4.50 bis 16.— ₤
Filztuch-, Tuch- u. Leinen-Plüschdekorationen	2 Schales, 1 Behang, früherer Preis 4.— ₤ bis 18.75 ₤ Inventurpreis 3.10 ₤ bis 13.50 ₤

Teppiche, gute Qualitäten, vorjährige Muster in allen Grössen mit bedeutender Ermässigung.
Chinesische Ziegenfelle, grau, weiss und gefärbt, alle Grössen, ganz besonders billig.

Ferner noch im Erdgeschoss:

Schürzen

Mieder-Blusen- früh. Preis 1.75 ₤	Inventurpreis 1.45 ₤
früherer Preis 2.— bis 2.20 ₤	Inventurpreis 1.75 ₤
Schwarze Panama Kinder- alle Grössen	Inventurpreis 1.25 ₤
früherer Preis bis 3.— ₤	Inventurpreis 85 ₤
Knaben-Schürzen, Croisé, mit buntgewebter Borte besetzt	früherer Preis bis 1.25 ₤
Wirtschafts-Schürzen, 1a Gingham, extra gross. Volant und Tasche	Inventurpreis 95 ₤
Tändel-Schürzen, bunt Satin, mit uni Paspol	früherer Preis 85 ₤
Kinder-Schürzen, Gingham, Satin, I II III	Inventurpreis 75 ₤ 95 ₤ 1.25 ₤
Gummi-Gürtel I II III IV V	Inventurpreis 18 ₤ 35 ₤ 50 ₤ 60 ₤ 1.25 ₤
Seidene Damentücher	früherer Preis bis 2.25 ₤
Kinder-Schürpen, Wolle	früherer Preis bis 1.— ₤

Kein Umtausch ○ Keine Auswahlendungen ○ Aenderungen werden berechnet ○ Nur Barzahlung

Die Schaufenster zeigen deutlich, was die Firma zu bieten vermag

Parteitag der Sozialdemokratie Preussens.

(Nachdruck verboten.) 8. Verhandlungstag. C. B. Berlin, 5. Januar.

Auf der Tagesordnung steht Punkt 5: Die Verwaltung Preussens.

Die Resolution des Referenten Karl Liebknecht schlägt Vorschläge zur preussischen Verwaltungsreform vor, die im wesentlichen besagen:

Die preussische Sozialdemokratie erhebt unbeschadet ihrer prinzipiellen Forderungen nach reichsgesetzlicher Regelung für die Reform der preussischen Verwaltung folgende Forderung:

A. Trennung der Kräfte vom Staat;

B. Organisation des Staates in folgender Weise: Die Kreise und Provinzen werden als Selbstverwaltungskörper nach Art der Gemeinden ausgebaut. Jede Provinz und jeder Kreis erhalten eine Deputation für Sozialpolitik und ein Gesundheitsamt, die je zur Hälfte von Unternehmern und Arbeitern gewählt werden, sowie eine Deputation für Bildungswesen, die aus Vertretern der Pädagogik, Wissenschaft und Kunst, aus Delegierten der Unternehmerorganisationen und einer doppelten Zahl Vertretern von Arbeiterorganisationen bestimmt wird.

Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet.

Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet.

Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet.

Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet.

Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet. Die Kreis- und Provinzdeputationen werden als Ausschüsse der Selbstverwaltung gebildet.

durchführungen, Beschlagnahmen sind nur zur Abwendung einer unmittelbar drohenden erheblichen Gefahr für Leben oder Gesundheit zulässig. Die politische Polizei, die geheimen Polizeisondere und die geheimen Polizeiaktionen sind abzuschaffen. Die Zulassung fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen ist durch Reichsgesetz festzulegen.

Wir verstehen unter Staat gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in einem Gebiet lebenden Personen umfasst. Von jeher waren die herrschenden Klassen in ihrem Klassenbewusstsein den unterdrückten Klassen überlegen.

Wir verstehen unter Staat gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in einem Gebiet lebenden Personen umfasst. Von jeher waren die herrschenden Klassen in ihrem Klassenbewusstsein den unterdrückten Klassen überlegen.

Wir verstehen unter Staat gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in einem Gebiet lebenden Personen umfasst. Von jeher waren die herrschenden Klassen in ihrem Klassenbewusstsein den unterdrückten Klassen überlegen.

Wir verstehen unter Staat gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in einem Gebiet lebenden Personen umfasst. Von jeher waren die herrschenden Klassen in ihrem Klassenbewusstsein den unterdrückten Klassen überlegen.

Wir verstehen unter Staat gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in einem Gebiet lebenden Personen umfasst. Von jeher waren die herrschenden Klassen in ihrem Klassenbewusstsein den unterdrückten Klassen überlegen.

Wir verstehen unter Staat gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in einem Gebiet lebenden Personen umfasst. Von jeher waren die herrschenden Klassen in ihrem Klassenbewusstsein den unterdrückten Klassen überlegen.

immer unsere Stellung dementsprechend eingerichtet. Die Herrschenden tun nun alles Mögliche, um durch Orden, Uniformen und sonstigen Privilegien die Unterbeamten irre zu machen. Man sucht sich auch eine Elite heraus, die man einigermassen auskömmlich bezahlt.

Das Wesen der Bureaucratie ist eine Hierarchie von Kontrollen. Ein Kontrolleur steht über dem andern und so wird jedes Gefühl der Selbstverantwortung erstickt. Um so größer ist natürlich die Neigung zu allerhand Ausschreitungen.

Die Zugehörigkeit zu gewissen vornehmen Korps ist geradezu eine Vorbedingung für eine Anstellung im höheren Verwaltungsdienst, gibt mindestens eine gewisse Anwartschaft, und mag noch so viel Stroh im Schädel sein.

Das Korps der Vorurten in Bonn, dem auch der Kaiser, seine Söhne und alle möglichen sonstigen Fürstlichkeiten angehören. Die Vorurten dieser Korps halten sich für etwas so Gewichtiges, daß, wie glaubhaft berichtet worden ist, ein nicht fürstlicher Vorgesetzter der Vorurten, also irgend ein beliebiger Student, als er an einem mittleren deutschen Fürstentum Hofstapel geladen war, den Anspruch erhob, über dem kommandierenden General, dem höchsten militärischen Beamten, zu sitzen!

Die Disziplin innerhalb der Verwaltung ist eine außerordentlich scharfe. Sie geht aus von dem Beamten. Sie wissen, der Kaiser ist ein Gott, und ein Beamter ist ein Gott, und der Soldat wird bei uns nicht durch ein einziges Wort auf die Verfassung verpflichtet!

Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Seiner Majestät dem König von Preußen, unserm Allergnädigsten Herrn, ich untertänigst treu und gehoramt sein und alle mir vermögendes Amtes obliegenden Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen treu erfüllen, auch die Verfassung gewissenhaft beobachten will, so wahr mir Gott helfe!

Es hat niemand das Recht, kleine Abweichungen von der alten Instruktion sich zuschulden kommen zu lassen. Und weiter: Wer sich solchergegestalt als gewissenhafter redlicher Diener des Königs betragt und mit unwandelbarer Treue und unermüdlichem Diensteifer sein Amt versteht, kann sich göttlichen Segens und Belohnung in dieser oder jener Welt (große Heiterkeit) sicher halten, wird auch bei jeder Gefahr...

Das ist billig! (Heiterkeit.) Etwas bessere Gehälter wären den Beamten wahrscheinlich meist lieber. Neben den Verheißungen stehen nun aber auch Drohungen! Da heißt es zum Schluß:

Dagegen haben diejenigen, welche die feierlich beschworene Dienstpflicht vernachlässigen oder sich soweit vergehen, den ihnen erteilten Instruktionen freventlich entgegenzuarbeiten, außer der allgemeinen Verachtung... auch harte Strafen zu gewärtigen, welche nach dem Verhältnis der Wichtigkeit oder geringen Verschuldung ohne Rücksicht auf Ansehen der Person unausbleiblich vollzogen werden.

Also schon von vornherein operiert man mit allen Mitteln, um die Beamten einzuschüchtern! Im Jahre 1882 hat Kaiser Wilhelm eine Kabinettsorder erlassen, in der er begann, jeden Versuch der Beamten, sich irgendwelche Selbstständigkeit anzuschreiben, gründlich zu bestrafen, soweit das in seiner Gewalt lag.

Sie wissen, daß diese Kabinettsorder bis zum heutigen Tage
angewandt worden ist. Es ist deshalb auch jede Agitation gegen
die Regierung bei den Wahlen des Reichstages selbstverständlich
untersagt, und die Kabinettsorder des jetzigen Kaisers hat das
Nah voll gemacht dadurch, daß sie auch das Petitionenrecht
der Beamten in seinem wesentlichsten Teil aufgehoben hat. Wie
es unter solchen Umständen mit dem Beamtenrecht in Preußen
bestellt ist, das bedarf keiner weiteren Ausführung. Maßregeln
sind an der Tagesordnung, ich erinnere an *Nattowil*.
Auch *Notare* werden trotz ihrer Rechtsanwaltsqualität diszi-
pliniert. Ein polnischer Notar in Posen mußte sein Amt nieder-
legen, weil er nicht gegen den polnischen und für den Wlad-
kandaten stimmte! Selbst mit der Enthaltung
von der Wahl — ich habe die Akten zu Hause — wollte sich die
Behörde nicht zufrieden geben! Daß die Reichsregierung den
Spuren der preussischen Regierung folgt, zeigt wiederum *Nattowil*.
Die Disziplinarmaßnahmen funktionieren sehr schwerfällig,
wenn es sich um Ausschreitungen der Beamten handelt, sie
arbeiten aber wie geölt, wenn irgendein Beamter die gemein-
samen Interessen der Bureaunkratie zu gefährden schenkt. Wol-
lendts gegen höhere Beamte, die in plumpester Weise die
Gehege verletzen haben, etwas zu erzielen, ist nahezu völlig
ausgeschlossen. Außer der Disziplinierung stehen der
Bureaunkratie noch andere Mittel zur Verfügung: Schikanen aller
Art, Verengung, Kalkulation, gesellschaftliche Achtung.
In enger Verbindung mit der Bureaunkratie stehen andere
Schichten der Bevölkerung, die man als

Selbstbureaunkratie

bezeichnen kann: Krieger- und Pioniervereine, Luftschiff- und
Schiffahrtgesellschaften, Mitglieder des kaiserlichen Automobil-
klubs, Militäranwärter, Studentenkorps, ferner Staats-
und Gemeindegewerbetreibende, selbst Arbeiter, die in Betrieben tätig sind,
die für den Staat arbeiten, Regierungsfunktionäre, verabschiedete
Offiziere — ich erinnere an den Fall *Wöde* — usw.

So groß auch die Macht der Bourgeoisie ist, sie schwebt nicht
in der Luft und ist von dem sozialen Milieu der Schichten ab-
hängig, aus denen sie sich ernährt. Es ist eine gewisse Ueber-
treibung, zu sagen, die preussische Regierung sei ein Ausschlag
des Junkertums. Eine Anzahl Junker sind auch Industrielle.
Man soll überhaupt Junker und Industrielle nicht so scharf
trennen. Die Junker sind eine besondere Fraktion der kapital-
istischen Klasse, freilich eine Fraktion mit besonderer Färbung.
Das Junkertum übt allerdings einen entscheidenden Einfluß
aus, es hat aber nicht die Alleinherrschaft. Die schwere In-
dustrie, Großhandlung und Großhandel üben gleichfalls starken
Einfluß aus, zumal da die Junkerintelligenz nicht für alle Auf-
gaben des Staats ausreicht. Ich erinnere an *Dernburg* und
Balkin und an das Austauschverhältnis zwischen Straßenbahn-
gesellschaft und Ministerien. Immerhin ist

der Einfluß des Junkertums

auch gegenüber den andern Schichten der Bourgeoisie unverhält-
nismäßig groß. Einmal zieht die Bourgeoisie das Geldverdien
vor, zum zweiten sieht sie im Junkertum eine *Schutzwehr*,
drittens hat sie keine Lust, den Stein ins Rollen zu bringen,
weil sie weiß, daß es dann — wie beim Wahlrecht — kein Halten
gibt. Das ist auch der Grund, weshalb sie bisher keinen Vor-
stoß unternommen hat, um ihre Macht im Parlament und Staat
zu etablieren. Auf die Dauer freilich läßt sich Preußen nicht
regieren wie ein großer Gutsbezirk und können Industrie und
Handel nicht unter den Knäpeln ostpreussischer und pommerischer
Junker stehen. Schließlich muß das Tor doch geöffnet werden,
durch das auch wir einziehen werden.

Innerhalb der Verwaltung selbst kämpfen Gegensätze mit-
einander, die in der preussischen Gesellschaft schon oft eine große
Rolle gespielt haben. Ich denke an die Gegensätze zwischen dem
Staat der Verwaltung, das wir als *Krone* zu bezeichnen
pflegen, und der übrigen Verwaltung. Die Macht des Königs
beruht ja auf den verschiedensten Ursachen: auf seinem Reich-
tum, auf Traditionen, auf einer lebhaften Suggestion, auf öko-
nomischen und sozialen Faktoren und auf dem Bedürfnis der
herrschenden Klassen, eine Spitze für sich zu haben. Bei Kon-
flikten mit der Krone aber haben wir bisher noch immer die
Erfahrung gemacht, daß die Krone den Kürzeren gezogen hat.
(*Sehr richtig!*) Daran ändert auch nichts, daß Willow in seinem
Schwanengesang sich als Schuldbenen des Kaisers hingestellt. Ist
es doch nicht einmal gelungen, die Kanakrebellien zur Räson zu
bringen! Der Kanal ist heute noch nicht gebaut, und die Re-
bellen sind höher hinauf gemarshiert worden, als sie je hoffen
konnten. Die Junker, diese Blümlinge der alten Ministerial-
kassen, das heißt ehemaliger Leibeigenen und Sklaven, sind stär-
ker als der König. Der König ist „absolut“, so lange er ihre
Willen tut.

Bekannt ist

der Einfluß der Verwaltung auf die Zusammensetzung des Parlaments.

Namentlich bei der öffentlichen Wahl wirken „die von Gott
gegebenen Realitäten“, um das hübsche Wort Bismarcks zu ge-
brauchen. Durch den *Pa'rschub* löst die Spitze der Verwal-
tung, der König, direkten Einfluß auf die Zusammensetzung des
Herrenhauses. Die Landräte ihrerseits bestimmen die Zu-
sammensetzung des Abgeordnetenhauses, so daß Schlingung spö-
tlich meint, man solle es den Landräten ruhig überlassen, die
Abgeordneten zu ernennen. (Heiterkeit.) Die Landrats-
bureaunkratie ist sehr feindselig auch dem König gegenüber; aber
wenn sie auch im Parlament herrscht, so ist ihr doch mit einer
Erweiterung der parlamentarischen Macht nicht gedient. Eine
andere Zusammensetzung des Parlaments ist ja immerhin nicht
ausgeschlossen; ich erinnere an die Konfliktperiode, die freilich
ja die völlige Ohnmacht des preussischen Parlaments offenbarte.
Wenn es einmal der Verwaltung darauf ankommen sollte, ein
preussisches oder deutsches Parlament auseinanderzutreiben, so
braucht sie keine scharfen Patronen oder Maschinengewehre
nach *Mansfelder* Art, sondern nur ein paar *Platzpatro-*
nen! (Heiterkeit.)

Die Machtverhältnisse innerhalb des Parlaments richten sich
eben nicht nach der Stärke der Fraktionen, sondern nach der
außerparlamentarischen Macht hinter den Frak-
tionen! Daher auch der Einfluß unserer kleinen Landtags-
fraktion. Ganz machtlos freilich ist das Parlament so wenig
wie die Presse. Das Parlament kann die Öffentlichkeit auf-
rütteln. Daher denn auch die Scheu der Regierung, mag sie auch
noch so sehr auf den Parlamentarier an sich pfeifen, vor der
öffentlichen Ansprache. Scheut doch überhaupt unsere Bureaunk-
ratie die Öffentlichkeit.
Nun zum

Einfluß der Verwaltung auf die Justiz.

Sie wissen alle, wie es mit der angeblichen „Unabhängig-
keit“ der Justiz steht. Das Ernennungs-, Beförderungs- und
Disziplinierungsrecht hängen als Schwerel über den angeblich
„unabhängigen“ Richtern. Dazu ist die Strafjustiz von der
Initiative des Staatsanwalts abhängig, wogegen übrigens nichts
einzuwenden ist, wenn der Staatsanwalt unabhängig ist,
wie ich das in meinen Leitfäden fordere. Im übrigen ist es
bekannt, daß wenn Richter einmal wirklich gemagt haben, Ur-
teile zu fällen, die irgend nennenswert ungenau für unsere Ver-
waltung waren, sich auch regelmäßig Gelegenheit fand, sie ab-
zuschalfen, ohne ein förmliches Disziplinierungsverfahren. Sie
entfanden sich der Affäre des Landgerichtsdirektors *Schmidt*,
der sehr ungenau geordnete Kammergerichtsrats *Capen-*
je und, des Schlichters des Amtsrichters *Wern*, eines sehr un-
richtigen Richters, der im Falle *Eulenberg* es gewagt hat, so zu
urteilen, wie es seiner persönlichen Meinung entsprach. Er hat
nicht auf seinem Posten anhalten können. Dem Bureaunkratie
auch soll es der nämliche Richter sein, der jetzt die russischen

Staatsdepots gepfändet hat. Das wäre wieder ein Eingriff in
die Interessen der Staatsverwaltung, der ihm vielleicht auch
schon bekommen kann.

Weiter ist unsere Justiz nicht imstande, die Strafen selbst zu
erzukulieren, die Strafvollstreckung liegt wiederum in den Händen
der Verwaltung. Man sieht also, daß die ordentliche Justiz eine
Art *Wahnsinn* innerhalb der preussischen Staatsverwaltung ist.
Dazu kommt, daß die Verwaltung selbst als Justiz auftreten
kann im polizeilichen Strafverfahren und in ihrer Tätigkeit in
Unfall- und Invalidenfällen. Durch mannspezifische Appellationen
und Revisionen hat die Staatsanwaltschaft dem Erpressungs-
paragrafen eine Ausdehnung gegeben, die schwer auf der ge-
werkschaftlichen Arbeiterbewegung lastet. Straßenpolizei-
verordnungen werden wider Straßposten von der Verwaltung be-
wußt mißbraucht im Kampf gegen die Arbeiterchaft. Das
Gegenteil zur Zahnlegung der ungenauen Richter ist die
Beförderung willkommener Richter. Herr *Oppermann* ist
Reichsgerichtsrat (Hört, hört!) und sein Attaché, Landgerichts-
rat *Graeber*, ist Kammergerichtsrat geworden.

Wo immer ein Stück wirklicher Selbstverwaltung vorhanden
ist, da kratzt der Fuß der Bourgeoisie danach, sie zu unter-
graben. Ich möchte behaupten, das ganze ungeheure Gesche-
henswert der Reichsverwaltungsordnung ist nur zu dem
Zweck unternommen worden, um die verhasste Selbstverwaltung
der Arbeiterklassen zu beseitigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unter Umständen setzt die Verwaltung die bestehenden Ge-
setze einfach außer Kraft, wird sie absolute Herrscherin der
Situation, nämlich bei der Requisition der Militärmacht und bei
der Verhängung des Belagerungsstands. Die Verhängung
des Belagerungsstands ist das letzte gewalttätige Mittel des
Monarchen gegen den Ansturm unliebsamer Elemente. Würde
das Parlament einmal unbefugt werden, so würde die Ver-
hängung des Belagerungsstands und die Entfaltung der Mil-
itärdiktatur das Schlußresultat sein.

Den Schwerpunkt der Bureaunkratie bildet der Landrat.

Bekanntlich ist der heimliche König von Preußen, Herr
v. *Heydebrand*, einfacher Landrat. (Heiterkeit.) Die zivil- oder
strafrechtliche Inanspruchnahme eines Beamten ist dadurch so gut
wie unmöglich gemacht worden, daß die Regierung den so-
genannten *Konflikt* erheben kann. Damit wird die Sache der
ordentlichen Gerichte beseitigt, die ja auch schon wenig
Garantien bietet, entzogen und vor die Verwaltungs-
gerichtsbarkeit gebracht, die noch weniger Garantien
bietet! Darum verlangen wir mit allem Nachdruck die

Aufhebung des sogenannten „Konflikts“,

der eine Erläuterung des bekannten Kröcherwortes vom „Objekt
der Gesegentlich“ ist.

Die Schädigung mit Recht hervorgehoben hat, sucht die
Bureaunkratie nach Möglichkeit die Entwicklung der Industrie zu
verhindern, weil sie die Industrie als Nährboden der Sozial-
demokratie betrachtet. Die Kieler und andere Vorgänge haben
die Schlamperei und Unbilligkeit der Verwaltung gegenüber
gewogenen Kaufleuten dargelegt. Unsere Bureaunkratie arbeitet
ungemein teuer wegen ihres komplizierten Beamtenapparats.
Dazu kommen die riesigen hohen Gehälter der oberen Beamten.
Die unteren Stufen der höheren Karriere sind allerdings ab-
schüssig sehr kärglich besoldet, um das Eindringen proletarischer
Elemente zu hindern!

Nun zu den sozialpolitischen Leistungen der preussischen
Bureaunkratie. Auf den Arbeiterklassen lastet ein wahres *Laby-*
rinth von Rechts- und Kontrollbestimmungen. Die Sittenpolizei
verhindert mit ihrer Plumpheit, daß sich sogenannte gefallene
Mädchen je wieder erheben können. Die Fürsorgeerziehung wird
durch die Fälle *Kolander* und *Wielczyn* illustriert. Mit welcher
Brutalität vorgegangen wird, dafür haben wir Juristen täglich
Beispiele vor den Augen. Ein fittig völlig intakter Junge,
der in *Mittelforge* kam, nur weil die Eltern ihn nicht genügend er-
ziehen konnten, wurde wie ein schwerer Verbrecher aus dem
Elternhause abgeholt (Hört, hört!) und bis zum Tage des
Transportes in die Anstalt eingesperrt. (Hört, hört!) und *Pju-*
ruje. Schon in der Schule werden die Kinder nach der Zu-
gehörigkeit zu den verschiedenen Bevölkerungsklassen getrennt.
Dagegen müssen wir Sozialdemokraten auf das schärfste Front
machen. Die Leipziger Volkszeitung meldete vor längerer Zeit,
daß sich in *Greiz* die Schüler der Mittelschulen geweigert
hätten, mit den Schülern der Volksschulen irgendwelche Ver-
anstaltungen gemeinsam vorzunehmen. Anstatt den jungen
Mädchen ein paar hinter die Ohren zu hauen, ließ man sich
diesem dem ersten Klassen- und Kastengeist entzündende Oppo-
sition ruhig gefallen! Etwas Ähnliches habe ich während
meiner Festungshaft in *Glag* erlebt. Dort findet am Tage des
heiligen Franziskus *Kawerins* eine Prozession statt, an der zwar
alle Schüler teilnehmen, bei der aber zwischen den Schülern
der Armenschule und den Gymnasialisten ein weiter Raum ge-
lassen wird, daß niemand auf den Gedanken kommen kann, einer
der Herren Gymnasialisten sei ein Mitglied der Armenschule. Mich
hat dieser Vorgang damals derartig empört, daß ich nicht mehr
imstande war, dem Nest der Prozession zuzusehen.

In völlig ungesetzlicher Weise geht die Schulverwaltung gegen Arbeitervereine und Fort- bildungskurse der Jugendlichen

vor; dabei ist gegen die Schulverwaltung nicht einmal das Ver-
waltungsgerichtsverfahren möglich! Wer gerade Kultusminister
ist, das ändert an dem System nichts; das System heißt und
bleibt *Schwarztopf*. Man weiß ja bei uns nicht immer,
wer zufällig Minister ist. (Heiterkeit.) Im Grunde genommen
ist das auch schruppe, denn die *Binnen* eifersüchtig mit *Num-*
er bezeichnet werden. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber
das *Vürgerium* pflegt immer noch, wenn ein neuer Mann kommt,
Märchen Hoffnungen zu legen, genau wie ein junges verliebtes
Paar auf den künftigen *Hönigmond*. Es ist die alte Kronprinz-
hoffnung, die sich auf neue Minister übertragen hat. Herr *Trott*
zu *Solz* hat aber eine so bekannte Vergangenheit hinter sich,
daß nur die, denen absolut nicht zu helfen war, an eine Besserung
glauben konnten. Herr *Trott* zu *Solz* hat mir noch jüngst in
bezug auf den Turnunterricht eine Entscheidung zugesichert, die
den früheren „von *Dolle* i. *Schwarztopf*“ unterzeichneten
Entscheidungen gleich wie ein Ei dem andern. Diesmal ist sie
von Herrn *Trott* zu *Solz* selbst unterzeichnet, denn er ist ge-
sund; leider, möchte ich beinahe sagen, denn während Herr
Schwarztopf, im Grunde genommen, vielleicht nur ein Klein-
licher Bureaunkrat ist, trave ich Herrn *Trott* zu *Solz* alles Rük-
sichtslos zu.

der Strafvollzug

gehört zur Tätigkeit unserer Bureaunkratie. Noch immer ist er
nicht einheitlich geregelt. Immerhin ist zuzusetzen, daß die
Spitze der Justiz nicht so schlimm ist wie die Spitze des Kultus-
ministeriums. Aber selbstredend ist mehr als genug noch an der
Strafvollstreckung zu reformieren. Wir wollen eine rein päd-
agogische Strafvollstreckung mit individueller Behandlung der Ge-
fangenen. Es ist ein Gegenstand zur eisernen Jungfrau in *Mür-*
berg, daß der Entwurf einer Strafvollzugsreform nicht die Be-
seitigung der Disziplinarmittel in den Gefängnissen, sondern ihre
gesetzliche Festlegung bringt. Eine Umschreibung der Macht-
befugnisse der Polizei zu geben, ist unmöglich. Zum Macht-
bereich der Polizei gehört einfach alles! (Große Heiterkeit
und Zustimmung.) Es war ganz im Sinne der herrschenden
Klassen gesprochen, als *Oraf* *Limburg-Strum* 1905 im Ab-
geordnetenhaus den bewährten Ausdruck sprach: „Das Geß,
das für die Embarmen ausgegeben wird, wird wirklich nicht
unnützig ausgegeben.“ Die Polizei ist ein wahrer Krebsgeschwür,
ihre Almasch eine ständige Gefahr für die Entwicklung der Ar-
beiterbewegung. Die Großheit ist die Normalmethode der Poli-

zei gegenüber gewöhnlichen Sterblichen, und bei der Grobheit
bleibt es nicht. Der *Seindarm* hat doch nicht umsonst seinen
Revolver, und es gibt einen Redefische Schieberlah! Vor
mehreren Jahren hat ein *Seindarm* namens *Jude* in *Nieder-*
barnim unsern Parteigenossen *Herrmann* ohne Veranlassung
niedergeschossen. Die Zivilgerichte haben das anerkannt und
auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Aber
bei einem Militärgericht ist der *Seindarm* dann schließlich *Jre-*
gesprochen worden! (Hört, hört!)

Der Redefische Schieberlah

unterjaßt ausdrücklich die sogenannten Schreckchüffe und verlangt
daß nicht mit *flader*, sondern mit *Scharf* Klinge eingehauen
wird! (Hört, hört!) Und dieser Redefische Schieberlah gilt noch
heute, soweit wir in die Geheimkammern der Polizeiverwaltungs-
gen Einblick haben.

Die Polizei hat dann noch einen ganz besonderen Teil, den
selbst sie schamhaft zu verbergen sucht. Das ist

die politische Geheimpolizei mit den Volkspijeln.

Eine deraartige Geheimpolizei bildet sich überall aus, wo es
Polizei mit ähnlichen Machtbefugnissen gibt wie in Preußen.

Auch das Militärwesen wird in unzulässiger Weise vom
Staate zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung mißbraucht.
Wir haben im letzten Jahre die Reigung des Militärs verpflirt,
sich in die Arbeitskämpfe einzumischen, und der Parteitag muß
unbedingt seine Empörung über

die unerhörten Vorgänge im Mansfelder Revier

zum Ausdruck bringen. (Stürmischer Beifall.)

Vereins- und Versammlungsrecht sind zwar reichsgesetzlich
geregelt, aber die Verwaltungsbehörden der Einzelstaaten haben
eine weitgehende Dispositionsfreiheit. Die außerpreussischen
Staaten haben von dieser Befugnis vielfach im liberalen
Sinne Gebrauch gemacht, selbstverständlich wird das in
Preußen nicht der Fall sein. Wir werden im Landtage For-
derungen dieser Richtung an die preussische Regierung stellen,
aber Erfolg können wir uns davon nicht versprechen. In
Preußen ist nach dem Vereinsgesetz alles beim alten geblieben;
die einzige Veränderung, d. h. *Rechtliche*, ist durch
den Sprachenparagrafen und das Jugendlichensverbot herbei-
geführt worden. Das Versammlungsverbot im Wahlkreise des
Herrn v. Heydebrand wegen angeblicher Scharlachepidemie zeigt,
wie sehr die preussische Polizei sich an das deutsche Vereinsgesetz
lehrt. In der Nähe von *Berlin* sollte eine Versammlung unter
freiem Himmel stattfinden. Als Ort der Versammlung war ein
Platz in Aussicht genommen, der mindestens 5000 Personen
fassen konnte, obwohl in der ganzen Gegend wohl kaum mehr
als 500 Personen für die Versammlung in Frage kamen. Die
Polizei behauptete aber, daß der Platz nicht ausreichen werde;
die Versammlenden würden auf die Nachbarteile übertreten, die
gerade bestellt seien. Die *Bauern* würden sich das nicht gefallen
lassen, es würde zu Prügeleien und Störungen der öffentlichen
Ordnung kommen und — die Versammlung wurde verboten.
(Lebhafte Heiterkeit.) Ein anderer Fall: Der Platz, auf dem die
Versammlung stattfinden sollte, lag am Strande der *Spree*. Man
würde nun kein Mittel, um die Versammlung zu verhindern —
auf den Gedanken, die Leute könnten ins Wasser fallen, kam man
nicht. Aber etwas anderes fiel der Polizei ein: Die Schiffer auf
der *Spree*, die als gewalttätig bekannt seien, würden, sobald
sie die Versammlung sähen, in großen Massen auf dem Platze
landen und aussteigen; es würde zu ungeheuren Prügeleien
und Störungen kommen, und um das zu verhüten, wurde die
Versammlung verboten. (Stürmische Heiterkeit.) Eine Ver-
sammlung wurde verboten, weil die Teilnehmer in eine Sand-
grube fallen und dabei Hals und Beine brechen könnten.
(Stürmische Heiterkeit.) Die *Sanftmütigkeiten* florieren munter
weiter. Ueber den ungeheuren Einfluß der Landräte auf die
Kreisblätter hat Herr *Schling* wertvolle Feststellungen gemacht.
Ueber das Platzen des preussischen Feststellungs, die der Polizei
das formelle Recht geben, jedes *Nakat*, das nicht etwa von ver-
lorenen und gefundenen Sachen handelt, zu verbieten. Tag-
täglich wird gegen dieses preussische Verbot verstoßen, und die
Polizei schreitet nicht ein und kann auch nicht einschreiten,
obwohl sich lächerlich zu machen. Zuweilen hat die Polizei aber
es doch gegen die Sozialdemokratie angewandt. Selbstredend
müssen wir auf die Befestigung dieses Kleinlich-
schändlichen Gesetzes dringen.

Das preussische Fremdenrecht

Kann als Blüte und Krone der preussischen Verwaltungswelt
bezeichnet werden und soll deshalb an den Schluß meiner
spezielleren Ausführungen gestellt sein. Ein Fremdenrecht ist
gar nicht vorhanden, wir haben nirgend eine Bestimmung über
den Schutz von Fremden, außer gewissen Staats- und Nieder-
lassungsverträgen. Aber auch diese werden nicht so ausgelegt,
wie sie sollten, und verhindern keineswegs die standalöse Aus-
weisungspraxis gegen die Ausländer. Die Erfahrungen der
letzten Jahre haben sich jedenfalls in Ihr Bewußtsein ein-
gebrannt, so daß ich Ihre Empörung durch meine Worte sicher-
lich nicht verschärfen kann. Neben dem Ausweisungsrecht nimmt
die Polizei das Recht der *Weslaga* an, das der *Durch-*
suchung der Wohnungen, das der *Verhaftung* von
Ausländern in Anspruch. Die Polizei nimmt sich das Recht her-
aus, mit jedem Ausländer nach Belieben geradezu *Schindluder*
zu spielen. Die Kenntnis, die sie durch ihre Tätigkeit erlangt,
teilt sie den russischen Behörden mit, und ihr Verfahren pipelt
in einer Ausweisung nach der russischen Grenze, die direkt einer
Auslieferung gleich kommt, ohne die Garantien der Aus-
lieferung! Das ist eine Schande und eine Schmach für *Deutsch-*
land, und immer wieder müssen wir das Gesicht für das Schmähd-
lich dieser Vorgänge waschen. Man gewöhnt sich allmählich
daran — Sie kennen ja das *Spirdwurf*, daß der *Kal* sich daran
gewöhne, lebendig zerschnitten zu werden. Man gewöhnt sich
eben wirklich an vielerlei, und gerade der *Deutsche* hat die
Reigung, leicht zu vergessen. Deshalb ist es nötig, das Gedäch-
nis an diese Dinge immer wieder zu erneuern und die *Fritsche*
der Empfindung nicht verblasen zu lassen. Nur dann können
wir das Volk zu der Massenempörung treiben, die wir brauchen,
um diese Feste der preussischen Reaktion zu Fall zu bringen.

Aber nicht alle Ausländer werden ausgewiesen. Den
Agarierern ist das Recht der *Durchdringung* Deutschlands mit
fremden Wälkern in *Erbspat* übergeben worden. Für sie Ar-
beiter zu beschaffen, ist der Zweck des polizeilichen Legiti-
mationszwangs für Ausländer.

Noch eine andre Sorte von Ausländern duldet man mit
großer Liebe: die *Spigiel*, die russischen Spigiel, von denen
wir auch jetzt noch eine ganze Menge in Deutschland haben. Die
berühmte *Sinaba* *Rufschenko* hält sich noch heute in *Deutsch-*
land auf und zwar in nächster Nähe von *Berlin*. (Hört, hört!)
Wieviehr kommt noch nach *Berlin* eine russische Spigielkalle wie
auch *Brüssel*.

Wie es mit der Freiheit der Volksschullehrer in Preußen
steht, wissen wir. Laufende gemahregelter Volksschullehrer
laufen in Preußen herum. Das böse Beispiel Preußens hat
auch schon aufstehend auf Nachbarstaaten gewirkt, auch auf solche,
in denen bisher etwas freierer Geist herrschte, wie in *Bremen*,
Baden, *Württemberg*. Den *breitendsten* Volksschullehrern, die im
tapferen Kampfe gegen die Verpreussung des *breitendsten* *Koll-*
schulwesens stehen, sprechen wir unsern warmsten Sympathie aus.
Selbstredend unterlegen auch

die Unversitäten

der *Unterdrückung* seitens der Staatsgewalt. *Wopon* *Lunden-*
professoren versucht die Hochschullehrerschaft noch Opposition,
aber dagegen, daß der *Marxismus* an deutschen Unversitäten
nicht gelehrt werden darf, erhebt sich keine Stimme. Die Unversi-
täten haben sich auch nicht gescheut, die *Papiere* der russischen
Studenten durch die deutsche Polizei den russischen Polizei-
behörden auszuliefern zu lassen. Immerhin sei anerkannt, daß

einige Männer, wie die Gebrüder Weber, sich im Kampfe für die Freiheit der Wissenschaft als Männer gezeigt haben. Wir verlangen in unsern Zeitsagen

uningeschränkte Selbstverwaltung der demokratisch zu organisierenden Lehrkörper der Universitäten und Ausschluß aller Gesinnungsschnüffelerei und jedes Gesinnungsterrorismus.

Die Forderung gilt auch für Studenten. Ich erinnere an die Drangsalierung der Hinkenschaf der freien Wissenschaftlichen Vereinigung.

Die Bureaucratie hat sich die Frechdickigkeit herausgenommen zu erklären, ein Sozialdemokrat habe nicht die erforderliche sittliche Reife für die Erteilung selbst von Turnunterrichten an die Jugend! (Hört, hört! und Psirufe.) Nun, was die Bureaucraten für „sittlich“ halten, halten wir noch nicht für sittlich. Herr Schwarzkopf mit seiner „Sittlichkeit“ würde in einem sozialistischen Staate sicher nicht in ein Amt gewählt werden. (Sehr richtig!)

Die preussische Verwaltung ist unerschrocken, ungewöhnlich, rückständig auf allen Gebieten und trägt die Brutalität des Polizeistuppels dieser Rückständigkeit hinzu. Alles, was ich gegeben habe, ist nur ein kleiner Auszug. Sie sehen, wach ein ungeheures Material der agitatorisch wirksamsten Art wir hier besitzen. Geradezu aufpeitschend können wir damit wirken. Aber dazu gehört eine größere Kenntnis der Verwaltungszustände, als sie bei dem jetzigen elenden Zustande der Schule selbst bei unsern Parteigenossen verbreitet ist. Darum verlangen die Zeitsagen Bürger und, natürlich nicht im Sinne nationalistisch-monarchischer Gesinnungszüchtereien. Die Bureaucratie ist die Dienerin der Junkerklasse. Nach oben nicht sie, und nach unten nicht sie. Das ist ihre normale Betätigung. (Lebhafte Beifall.)

Die Jugendbewegung des Proletariats

Reist sich namentlich in den letzten Monaten ungeheuerlichen Verfolgungen von Seiten der Verwaltungsbehörden ausgesetzt. Unpolitische Jugendorganisationen werden in zweifellos ungeheurer Weise für politische erklärt. Die Kompliziertheit der Bestimmungen über die Rechtsmittel gegen die Verwaltung und das völlige Versagen unseres Schulunterrichts auf dem Gebiete der Bürgerkunde erschweren den Kampf gegen diese Maßregel außerordentlich. Schon die Sprache, die unsere Bureaucratie spricht, ist dem einfachen Manne fast unverständlich. Da diese Schwierigkeit nun freilich auch bisweilen der Bureaucratie selbst und den herrschenden Klassen beschwerlich wird, so sind allerdings in der Bureaucratie selber Bestrebungen auf Beseitigung dieses Papierdeutsch aufgetreten. Die Kompliziertheit des Verwaltungssystems macht es der Verwaltung leicht, ihr Kompetenzgebiet unversehens weiter auszudehnen. Es kommt hinzu, daß im Landtage gewisse Bureaucraten eigentlich nur bei den Konserwativen sitzen; bei den übrigen bürgerlichen Parteien finden sich wenige wirklichen Kenner der Verwaltungspraxis. So hat man im Landtage wenig Lust, in das Wesentliche hineinzuweisen und die Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament ist kaum ein Pfifferling wert.

Der Bescheidweg bedeutet, daß man den Teufel bei seiner Großmutter verlagert. Nur die Verwaltungsjustiz bietet noch einen gewissen Rückhalt. Aber für manche Zwecke, wie für die wichtige Schulverwaltung, fehlt sie ganz. Und auch sonst ist sie äußerst mangelhaft. Der Kreisauschuss ist im Grunde nichts anderes als der Landrat, und der Bezirksauschuss nichts anderes als der Regierungsausschuss. In den Kreisauschüssen haben wir meines Wissens nur einen einzigen Sozialdemokraten, den Genossen Herbst zu Röpenitz. Das Obergericht hat allerdings äußerlich richterliche Unabhängigkeit verliehen bekommen. Dafür besteht es aber aus so geliebten Mitgliedern, daß es bei wirklichen ersten Fragen kein Vollwerk gegenüber der Staatsgewalt werden kann. Immerhin ist das Obergericht noch die beste der in Frage kommenden Instanzen.

Dringend notwendig ist es, im Strafgesetzbuch scharfe Bestimmungen gegen Amtsmißbrauch zu treffen. Wir müssen verlangen, daß Untertanen der Gesetze einen Beamten niemals entschuldigen kann, weder kriminell, noch zivilrechtlich. Hat doch selbst Nietzsche ausgesprochen, es sei allezeit die Eigentümlichkeit der preussischen Verwaltung gewesen, die Gesetzgebung in ihr Gegenteil zu verkehren. (Sehr richtig!) Gerade die anständigen Elemente der Verwaltung kommen gelegentlich vor den Richterstuhl. Bei den Wahlen des Jahres 1903 wurden an einem Orte unsere Kontrolleure aus dem Wahllokale herausgeworfen und brutal geprügelt. Der Wahlvorsteher, ein simpler Bauer, wurde wegen Nötigung usw. angeklagt; es stellte sich aber in der Verhandlung heraus, daß er das Herauswerfen unserer Kontrolleure auf telegraphische Befehle des Landrats vorgenommen hatte! Er wurde deshalb von der Anklage der Nötigung freigesprochen. Ich erstattete nun Anzeige gegen den Land-

rat, bekam aber durch alle Instanzen bis zum Kammergericht die Antwort: es sei ausgeschlossen, daß der Landrat sich der Rechtswidrigkeit seines Vorgehens bewußt war! Und deshalb wurde die Erhebung der Anklage abgelehnt. (Weiterkeit.) Der Gemeindevorsteher war wegen desselben Delikts angeklagt; er also war sich der Rechtswidrigkeit des Vorgehens bewußt, der Landrat dagegen nicht. In erster Linie müssen wir verlangen, daß die oberen Beamten zur Verantwortung gezogen werden. Jetzt ist es so, daß die hochsitzen Hauptschuldigen frei ausgehen. Ich bin aber fest davon überzeugt, man gibt uns eher ein demokratisches Wahlrecht als eine demokratische Verwaltung, weil man weiß, daß schließlich doch bei der Verwaltung die Macht liegt! (Lebhafte Zustimmung.)

Auf meine Thesen brauche ich im einzelnen nicht einzugehen. Selbstverständlich läßt sich nicht auf ihre Verwirklichung heute auf morgen hoffen. Jedemfalls liegt hier ein wichtiges Gebiet für unsere künftige Tätigkeit. Hat doch die preussische Regierung gleichzeitig mit der Ankündigung der Reform des Wahlrechts auch eine Reform der Verwaltung angekündigt. Im vorigen Jahre hat Herr v. Nolcke seinen Plan in kurzen Zügen entwickelt. Er hat sich bisher wohl, als großer Schweiger, aber dabei nicht als großer Schlächter enthielt. (Sehr gut! und Weiterkeit.) Weit entfernt, eine Reform in unserm Sinne zu bieten, sollen diese Vorschläge nur einer Vervollständigung der bürokratischen Regierungsform dienen. Die Dezentralisation soll nur bis zum Landrat hinab gehen und die Macht der Landräte soll sogar erweitert werden, wogegen ich selbst — was viel sagen will — von konservativer Seite Bedenken erhoben haben! Befehligt werden sollen gerade Rechtsmittelinstanzen für das Publikum. Wahrlich, eine prächtige Reform! Sehr hübsch ist auch, daß künftig Städte über 25 000 Einwohner nicht mehr kreisfrei werden, also der landrätlichen Despotie unterstehen sollen.

Ob wir bei unserm Kampfe um wirkliche Selbstverwaltung die Hilfe der Liberalen haben werden, ist mir sehr zweifelhaft. Die Herren sind mit großen Worten schnell und gern, mit Taten selten und langsam bei der Hand. Es wird von den Liberalen heißen, wie es in bezug auf ihre Selbstverwaltung heißt:

Viel getrunken, viel gezwungen,
Viel geredet, viel gesungen,
Nichts erstrebt und nichts errungen,
Und so werden sie es treiben,
Werden singen, reden, schreiben,
Und es wird beim alten bleiben!

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir müssen den Kampf gegen die Bureaucratie als einen Machtkampf ansehen, der nicht rein auf parlamentarischem Boden geführt wird. Der Kampf um die Staatsgewalt muß geführt werden innerhalb des Kampfes um das Wahlrecht, mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe. Natürlich kämpfen wir nicht gegen die unteren Beamten, sondern gegen die wirklich Schuldigen. Wenn wir des Schulmanns Majestät bekämpfen, so bekämpfen wir im Schutzmann den Handlanger der herrschenden Klassen. (Sehr gut!) Wir müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Beamtenproletarier für unsere Bestandsjahre zu gewinnen trachten.

Der Kampf um die Demokratisierung der Verwaltung ist ein integrierender Bestandteil unsres Wahlrechtskampfes. Das demokratische Landtagswahlrecht ist unvollständig, wenn es nicht durch ein gleich demokratisches Wahlrecht für die Selbstverwaltung ergänzt wird. Und die Demokratisierung darf nicht halt machen beim Wahlrecht, sondern muß verallgemeinert werden. Unser Material ist, wie ich schon sagte, unerschöpflich. Eher könnten wir ein Meer ausschöpfen, als die Sünden der preussischen Verwaltung lückenlos aufzählen. Die Verwaltungsreform ist das Herz- und Hauptstück des Wahlrechtskampfes. Diesen Gedanken müssen Sie hinaus tragen in die Massen. Bei dem gewalttätigen Charakter des preussischen Staats wird der Kampf um die Reform der Verwaltung rasch zu einem Kampfe um die Staatsgewalt werden. Mag es eine Illusion sein, zu glauben, daß die preussische Verwaltung in absehbarer Zeit in unserm Sinne reformiert werden könnte; es erhöht den Wert unserer Kritik, wenn wir den heutigen Zuständen die Zustände gegenüberstellen, wie wir sie uns denken. Das preussische Proletariat sieht im preussischen Staat und in der preussischen Verwaltung seinen Erzfeind, der mit allen Machtmitteln rücksichtslos und ohne allzu große Kenglichkeit zu bekämpfen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Von der andern Seite geht man ja auch nicht mit Glacehandschuhen vor. Eine solche Gesellschaft ringt man nicht mit Rosenwasser und sanftmütigen Predigten nieder. Wir predigen nicht den Aufbruch, wir haben andre Mittel, unsern Willen durchzusetzen: die Propaganda, das Aufrütteln der Massen, die Schürung der leidenschaftlichen Empörung gegen den preussischen Staat und seine

Verwaltung. Hat diese Stimmung den nötigen Siedegrad erreicht, dann werden die herrschenden Gewalten es sich doch überlegen, ob sie nicht lieber friedlich auf die Wünsche der Massen eingehen sollen. Die mit brutaler Macht erkämpften Siege der Junker sind nur Pyrrhus'siege. Nur der außerparlamentarische Kampf kann ein wirklich kraftvolles Parlament schaffen. Die Einführung der Demokratie in Preußen ist die Voraussetzung für alle Reformen in Deutschland. Das Proletariat und alle fortgeschrittenen Elemente der Welt erwarten, daß das preussische Proletariat in seinem Kampfe gegen die preussische Junkerkherrschaft seine Schuldigkeit tut. Alles ist im Fluß, hat selbst der verächtliche Minister v. Nolcke gesagt. Wir wissen, wohin der Fluß zu fließen hat, wir werden ihn in das richtige Bett zu leiten wissen. Den Felsen der Junkerkherrschaft wird das Proletariat unterwühlen und wird ihn zu Fall zu bringen wissen. Ich rufe Sie auf zu einer frischen und verwegenern Jagd gegen die Junkterreaktion in Preußen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Vor Eintritt in die

Diskussion

schlägt Vorsitzender Singer vor, die Zeitsagen des Referenten der preussischen Landtagsfraktion und die Vorschläge zur Aktion der preussischen Parteileitung zu überweisen. Das entspricht auch den Absichten des Genossen Liebknecht. Bei der Geschäftsloge des Parteitags werden wir dann zu bestimmten Beschlüssen kommen. (Zustimmung.) Zur Diskussion steht die Resolution des Referenten und ein Antrag Bartels-Röhm auf Drücklegung des Liebknecht'schen Referats, damit es als Handbuch und Führer über die Verwaltung Preußens diene.

Als erster Diskussionsredner spricht Scholich-Breslau. Er schildert die ungeheureliche Polizeiwirtschaft in Schlesien und tritt für den Berliner Antrag ein, eine Centrale einzurichten, in der die Gesetzesentwürfe gesammelt werden. Damit wird noch am ersten geholfen werden, denn die Herren scheuen nichts mehr als die Öffentlichkeit.

Böning-Dortmund bespricht die skandalösen Polizeiberichte im westlichen Industriegebiet und die brutale Handhabung der Ausweisungsbestimmungen gegenüber Ausländern. Dabei importieren unsere Zehendenbesitzer fortgesetzt neue Ausländer, und Deutschland ist das fremdenreichste Land geworden. Es muß gefehlt festgelegt werden, daß die Ausländer einen Anpruch auf Naturalisation haben. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Referent verabschiedet auf das Schlusswort.

Es wird hierauf über die Resolution, die zu dem Punkt: Die Verwaltung Preußens eingebracht ist, abgestimmt. Die Resolution lautet:

Der Kampf um die Demokratisierung der Staats- und Gemeindeverwaltung ist als ein integrierender Bestandteil des preussischen Wahlrechtskampfes zu führen. Die Aufklärung über die gegenwärtige preussische Verwaltung und ihre Mißstände ist durch systematische Agitation zur Erweckung des lebendigen Gefühls leidenschaftlicher Empörung in die weitesten Kreise zu tragen.

Diese Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen. Ebenso der Antrag Bartels zwecks Drücklegung des Liebknecht'schen Referats.

Dem Vorschlag Singers entsprechend werden die unter I und II zusammengefaßten Zeitsagen der Landtagsfraktion zu I und der preussischen Parteileitung zu II als Material überwiesen.

Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung: Sonstige Anträge.

Aus der Partei.

Die staatsgefährliche Jugend von Breslau. Am Sonntag fand in Breslau eine vom Jugendauschuss einberufene öffentliche Versammlung statt, in der ein Genosse über Wesen und Ziele der Arbeiterjugendbewegung sprach. Trotz der Versammlung keine politische Veranstaltung war und als solche auch nicht bekannt gemacht worden war, betrachtete die Breslauer Polizei sie doch als politisch. Der Einbruch des Eubensers gegen diese Bevormundung und der Hinweis auf das Reichsverbot, wonach Jugendliche in politischen Versammlungen nicht anwesend sein dürfen, fand vor den Augen des überwachenden Kommissars keine Gnade. Ausdrücklich erklärte dieser, daß er Befehl vom Präsidium habe, die Versammlung der Jugendlichen genau so „belegen“ zu lassen, wie jede große politische Versammlung. Außerdem wies der Kommissar noch darauf hin, daß ein 20 Mann starkes Wachtaufgebot für den Gewerkschaftshausdienst bereit sei. Die Versammlung nahm, nachdem das Verhalten der Polizei gehörig gepeinigt worden war, ihren normalen Verlauf. Es wird aber Beschwerde erhoben werden.



Kaufhaus Max Sachse

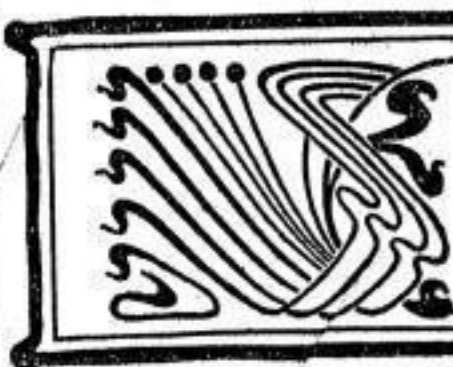
Mein Inventur-Ausverkauf beginnt Sonnabend, den 8. Januar. In allen Lägern sind grosse Posten Waren, nur tadellose, gute Qualitäten bedeutend unter Preis ausgelegt.

Besonders auffallend sind die Preisermässigungen für:

- Damen-Konfektion**
- Kinder-Konfektion**
- Herren-Konfektion**
- Weiss- und Baumwollwaren**
- Bettwäsche, Tischwäsche**
- Handtücher, Taschentücher**
- Damen- und Kinder-Wäsche**
- Kleider-Stoffe, Blusen-Stoffe**
- Seiden-Stoffe, Spitzen-Stoffe**
- Damen- und Kinder-Hüte**
- Kopftücher, Ballschals**
- Trikotagen, Handschuhe**

Gardinen — Teppiche — Bettstellen.

L.-Lindenau Lützner Strasse
Ecke Merseburger Str.



Einiges von den menschlichen Sinnen.

I.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde unter den Philosophen noch die Frage erörtert, ob dem menschlichen Bewusstsein nicht gewisse „Ideen“ angeboren seien, so daß diese in ihm mit Notwendigkeit entstehen müßten, auch wenn sie auf keinerlei Weise von außen, durch Erfahrung oder Mitteilung, ins Bewusstsein gelangen. Besonders die Philosophen, die die Religion nicht allein auf die „Offenbarung“ gründeten, sondern ihre Berechtigung auch von philosophischen Lehren ableiten wollten, hielten an der Annahme fest, die Ideen vom Dasein eines allwissendsten Wesens und von der Unsterblichkeit der Seele seien dem Menschen angeboren, seien also vor aller Erfahrung im Bewusstsein vorhanden.

Dieser Lehre ging der englische Philosoph John Locke (1632-1704) mit Klarheit und Entschiedenheit zu Leibe. Mit einem berühmten Satz: „Nichts ist im Verstande (d. h. im Bewusstsein), was nicht vorher in den Sinnen gewesen wäre“, rückt er die Bedeutung unserer Sinne für alles Geistesleben in das rechte Licht. Ohne das, was die Sinne leisten, ohne die Empfindungen, die sie vermitteln, kann ein Bewusstsein überhaupt nicht entstehen, geschweige denn einen bestimmten Inhalt haben, und ein Mensch, dem sämtliche Sinne fehlten, könnte weder irgend etwas von sich selbst noch von einer ihn umgebenden Außenwelt wissen.

Unsere Sinne könnten keine Empfindungen irgendwelcher Art zustande bringen, wenn nicht gewisse Einwirkungen auf sie erfolgten. Auf die Reizung des Auges müssen Lichtstrahlen, ins Ohr müssen Schallwellen gelangen, die Zunge muß mit flüchtigen, die Nase mit gasförmigen Stoffen in Berührung kommen, wenn der Mensch eine Gefühl-, Gehör-, Geschmacks- oder Geruchsempfindung haben soll. Der Organismus verfügt bekanntlich über eine Anzahl Organe, die für bestimmte Arten von Einwirkungen besonders eingerichtet sind. Diese Organe heißen Sinnesorgane. Das Auge wird gereizt durch Licht, das Ohr durch Schallwellen, dagegen kann das Auge keine Empfindung vermitteln, wenn Schallwellen auf dasselbe gelangen, und das Ohr läßt keine Schallempfindung entstehen, wenn uns die Sonne noch so intensiv in den Gehörgang scheint.

Die Einwirkung auf das Sinnesorgan genügt freilich allein noch nicht, um eine Empfindung zustande zu bringen. Das geschieht schon aus der Tatsache, daß manche Menschen mit ganz normalen Augen oder Ohren doch blind oder taub sein können. Die Sinnesorgane sind eben nur Endapparate, so ähnlich wie das Telephon, in das wir sprechen, nur der Endapparat der Fernsprechleitung ist. So wie das Telephon mit dem Fernsprechkabel durch leitende Kupferdrähte verbunden sein muß, so sind die Sinnesorgane durch Nervenfasern mit dem Gehirn verbunden. Diese Nerven — man nennt sie die Sinnesnerven — sind in den Sinnesorganen so gestaltet, daß sie höhere Eindrücke leicht und sicher aufnehmen können. Dadurch geraten sie in eine Art Erregung, die sich mit großer Geschwindigkeit durch den Nervenstrang fortplant bis in das Gehirn, und erst wenn die Erregung des Sinnesnerven hier angelangt ist, hat der Mensch eine bestimmte Empfindung. Erreicht ein Sinnesnerv, so daß er nicht mehr erregt werden oder die Erregung doch nicht weiterleiten kann, so können die entsprechenden Empfindungen nicht mehr entstehen, auch wenn das Sinnesorgan selbst keine Veränderungen oder Abnormalitäten aufweist. Eine unheilbare Blindheit zum Beispiel, die man als schwarzen Star bezeichnet, hat ihren Grund nicht in der Unempfindlichkeit des Auges selbst, sondern in der Unempfindlichkeit des Sehnerven.

Früher hieß es, der Mensch habe fünf Sinne. Die Wissenschaft ist aber dahin gelangt, deren jetzt eine größere Anzahl zu unterscheiden. Zwar haben die Sinne des Gehör-, Geruch-, Geschmack- und Geruchsinns noch ihre alte Bedeutung, aber der Sinn, den man früher das sechste hieß, ist als ein solcher erkannt worden, der recht verschiedenartige Sinnesempfindungen in sich vereint, und nur der Umstand, daß die Organe dieser Empfindungen fast im ganzen Körper, vornnehmlich aber in der gesamten äußeren Körperhaut ihren Sitz haben, hat zu ihrer Zusammenfassung und Benennung geführt.

Die Körperhaut ist zunächst zur Erzeugung sogenannter Druckempfindungen befähigt. Wir nehmen Berührungen der Körperhaut nur deswegen wahr, weil jede Berührung mit einem wenn auch noch so leisen Druck verbunden ist. Durch solchen Druck werden die winzigen feinen Tastkörperchen erregt, die in die Haut ganz nahe der Oberfläche eingebettet sind. Da die Endorgane der Drucksinnesnerven sind, so wird also von ihnen aus die Nervenregung in das Gehirn fortgeleitet.

Nicht alle Stellen der Haut haben die gleiche Empfindlichkeit gegen Druck und Berührung. An den Fingerspitzen, in der Haut der inneren Handfläche, in den Lippen, in der Jungenspitze und den Händen der Augenlider sind außerordentlich viele Tastkörperchen enthalten, und demzufolge sind diese Körperstellen auch von größter Empfindlichkeit. Dagegen ist die Haut des Rückens, des Oberarms und des Oberschenkels verhältnismäßig wenig empfindlich.

Die hohe Empfindlichkeit der Hände und Finger deutet der Mensch, wenn er sich durch Berühren und Tasten der Dinge von ihrer Beschaffenheit überzeugen will. Gestalt somit die Körperhaut im allgemeinen mehr eine passive Rolle, indem sie gewissermaßen dem Gehirn meldet, daß irgend ein berührender Gegenstand in der Nähe ist, so verhalten sich die Hände aktiv, indem sie die Berührung mit Gegenständen geradezu suchen. Wir tasten doch Möbel-, Holz- und Kunstgegenstände geradezu ab, „die Gegenstände nicht zu berühren“, weil der Drang, sich durch Tasten von der Beschaffenheit der Dinge zu überzeugen, so lebhaft ist.

Der Tastsinn, wie der in den Händen und Fingerspitzen verklärte Drucksinns genannt wird, kann durch Übung einen erstaunlichen Grad von Vollkommenheit erreichen. Es gibt Leute, die einen sehr feinen Tastsinn nicht entbehren können, vor allem aber sind die Blinden genötigt, den fehlenden Gesichtssinn durch die höchstmögliche Verfeinerung des Tastsinns zu ersetzen. Es ist bekannt, wie sich Blinde durch Tasten eines Weichs dessen Gestalt so einprägen, daß sie es, natürlich abermals durch Befühlen, sicher wiedererkennen, daß sie lesen, indem sie mit den Fingerspitzen über erhabene Schriftzeichen hinstreifen. Die Blinde und zugleich taube Helen Keller vermag sogar zu lesen, wenn ihre Finger über festgedruckte Schrift streifen, und eine andre berühmte Blinde, Laura Bridgman, merkte, wenn sie den Finger an ein Schlüssellegte, ob sich im Schloß jemand bewegte. Sie wußte also die Tastempfindungen bis zur Fingerspitze.

Wenn unser Körper an irgendeiner Stelle berührt wird, so können wir sofort und mit größter Bestimmtheit angeben, wo die Berührung stattgefunden hat. Das ist im Grunde eine recht merkwürdige Sache. Denn eigentlich kommen doch alle Empfindungen im Gehirn zustande, und wo die Erregung eines

Sinnesnervs nicht bis zum Gehirn fortgeleitet wird, da kann es zu einer Empfindung überhaupt nicht kommen. Trotzdem behauptet kein Mensch, er fühle eine Berührung im Gehirn oder es läge in seinem Gehirn ein Dreieck oder eine Melodie. Es ist eine ganz allgemeine Erfahrung unseres Sinneslebens, daß wir die Empfindungen teils an die Außenseite unseres Körpers, teils gar in die Außenwelt hinaus verlegen, jedenfalls aber der Empfindung einen Ort außerhalb des Gehirns anweisen. Man bezeichnet diesen Vorgang als Lokalisation, d. h. Ortsanweisung der Empfindungen. Diese Lokalisation geht beim Drucksinns sehr exakt vor sich. An Körperstellen mit sehr feiner Druckempfindlichkeit erfolgt auch die Lokalisation genauer als an weniger empfindlichen Stellen. Bei kleineren Kindern ist die Fähigkeit des Lokalisierens der Druckempfindung noch ziemlich mangelhaft, wovon man sich leicht durch passende Versuche überzeugen kann.

Es ist eine Frage von größter theoretischer und praktischer Bedeutung, wie man verschiedene starke Drücke exakt miteinander vergleichen, wie man ihre Stärke aus genaueste bestimmen kann. Hier läßt uns der Drucksinns vollkommen im Stich: zu exakten Drückmessungen ist er nicht befähigt, und der Mensch ist hier, wie immer, wenn seine Sinne verfallen, genötigt, Apparate zu erfinden, die genauere Beobachtungen und Messungen ermöglichen. Zu was für fehlerhaften Aussagen würden wir beispielsweise gelangen, wenn wir zwei verschieden schwere Steine auf den Handteller legen und so feststellen wollten, wieviel schwerer der eine Stein sei als der andre. Die auffälligsten Täuschungen können da entstehen, und von exakten Gewichtbestimmungen kann gar keine Rede sein. Wir müssen die Waage zu Hilfe nehmen, wenn wir die Gewichtsunterschiede genau feststellen wollen, und wenn man heutzutage Waagen herzustellen vermag, die noch bei einem Gewichtsunterschied von einem Zehntausendtel eines Gramms einen deutlichen Ausschlag geben, so ist damit eine Druckempfindlichkeit erreicht, gegen die die der Haut nicht anders als groß genannt werden kann.

Wenn einem Menschen zwei Gegenstände in die Hände gelegt werden, damit er sich ein Urteil bilde über das Gewicht der beiden, so wird er ganz sicher mit den Händen heftige Bewegungen ausführen, niemals aber bloß nach der Stärke des Drucks, den die Gegenstände auf den Handteller ausüben, sein Urteil bilden. Er nimmt also außer dem Drucksinns noch einen andern, den Bewegungssinn, oder Muskelsinn zu Hilfe. Von allen Bewegungen nämlich, die wir ausführen, haben wir bewußte Empfindungen, und es muß angenommen werden, daß wir in den Muskeln und Sehnen empfindungsorgane haben, die solche Empfindungen vermitteln. Ob wir nun den Arm, die Hand oder einen Finger, die Augen, den Kopf oder ein Bein bewegen, alles das empfinden wir: selbst von auffälligen Bewegungen innerer Organe empfangen wir Kunde, und nur von gewissen, ununterbrochen stattfindenden, unwillkürlichen Bewegungen, etwa von denen des Herzens, spüren wir, solange wir gesund sind, nichts.

Dieser Bewegungssinn hat für das Leben eine viel höhere Bedeutung, als man auf den ersten Blick erkennt. Zunächst werden durch ihn alle unsere Bewegungen geregelt. Bei allem unserm Tun, mühen wir uns nicht, helfen, tanzen, sprechen, singen, mühen wir ein Werkzeug handhaben oder eine Maschine bedienen, immer sind ganz bestimmt abgemessene Bewegungen erforderlich; und sie in der erforderlichen Art richtig auszuführen, das ermöglicht der Muskelsinn, der uns beispielsweise mit großer Genauigkeit sagt, ob wir den Arm etwas mehr oder etwas weniger heben. Wir sagen dann, wenn wir ohne jedes Nachdenken, irgendeine Bewegung oder einen Handgriff richtig ausführen, wir hätten das „im Gefühl“. Das ist es, wenn der Muskelsinn seine Schuldigkeit nicht tut, das kann man an Betrunkenen recht deutlich beobachten. Die Trunkenheit ist, physiologisch betrachtet, eine Lähmung vieler Nerven, und die Sinnesnerven des Bewegungssinns werden von dieser Lähmung in hohem Grade ergriffen. Der Trunkene vermag die Größe seiner Schritte nicht mehr abzumessen, er tritt bald zu kurz, bald zu weit, er greift daneben, er tritt, wenn er zuschlägt, leicht vorbei. Der Bewegungssinn regelt auch die Bewegungen der Lippen, der Zunge, des Gaumens und des Kehlkopfes beim Sprechen und die der Augen beim Umherschauen. Wenn in unserm seelischen Geschehen plötzlich ein Gegenstand auftaucht, den wir ins Auge fassen oder streifen wollen, so führen die Augäpfel mit einem Ausmaß die richtige Bewegung aus, die das Bild des gesehenen Gegenstands auf den sogenannten gelben Fleck der Netzhaut bringen. Dem ganz jungen Kinde gelangen diese feinen Bewegungen noch viel weiter nicht mit solcher Sicherheit, es irrt erst mit dem Auge eine Weile umher, ehe es den Gegenstand wirklich fixiert. Man erkennt hieraus zugleich, daß der Bewegungssinn durch Übung einer ganz bedeutenden Verfeinerung fähig ist. Man wird hier an den Kaviervirusen und an die Gantbunter und Quellbakterien des Varietees denken, deren Bewegungsempfindlichkeit erstaunliche Grade erreicht.

Neu entdeckte Kulturvölker des Altertums.

Das die völkerkundliche Forschung und hier und dort auf dem Erdball mit neuen Völkern oder Stämmen, die bisher sich jeder Beobachtung entzogen hatten, bekannt macht, ist keine ungewöhnliche Erscheinung. Allmählich freilich ist der Kreis unbekannter Volksstämme enger gezogen, so daß die Entdeckung eines neuen Volks stets größte Beachtung verdient.

Ungefragt seltener gelangt es, in der Geschichte älterer Völker bisher unbenannte Völker nachzuweisen, die eine historische Bedeutung hatten, öfter sogar Kulturmächte von hervorragender Stellung waren. Eine völkische Neuentdeckung alter Kulturen war es freilich nicht, als die Ausgrabungen in Ägypten und Mesopotamien uns mit den Denkmälern und Inschriften der Ägypter und Babylonier die Geschichte und Kultur dieser bedeutenden Völker erschlossen. Von ihrem Dasein hatten wir stets Kunde durch das Alte Testament und durch griechische Schriftsteller: ihre geschichtliche Machtstellung und ihr Einfluß als Kulturmächte waren aus diesen Berichten, mochten sie auch vielfach unzulänglich sein, im ganzen doch annähernd zu erschließen.

Etwas andres ist es mit Völkern, von deren Dasein wir bisher überhaupt nichts wußten, oder von denen nichts als der Name geblieben war, aus dem man nichts weiter über die geschichtliche Bedeutung des Volks erfahren kann, als daß es einmal existiert hat.

Ein mehrerer Stellen sind neuerdings historische Völker ans Tageslicht getreten, von denen wir bisher gar nichts oder nicht viel mehr als den Namen wußten. Ein Gedicht alter Kultur ist, wie längst bekannt, das Hochland von Peru, auf dem ein Indianervolk einen merkwürdigen Staat gebildet hat, in dem sich eine Verbindung des absoluten wirtschaftlichen Kommunismus mit der Herrschaft einer Militärdespotie vollzogen hatte. Die Herrscher galten als Nachkommen der höchsten Gottheit, des

Sonnengottes; sie führten die Bezeichnung Inkas. Das Inkareich ist von Francisco Pizarro 1532 mit nur 108 Spaniern aufgesucht und durch hinterlistige Grausamkeit gewonnen worden. Schon Pizarro ist von Peru aus südwärts nach Bolivia und Chile gelangt, ohne jedoch hier die Schätze zu finden, die ihn allein zu der Eroberung Perus getrieben hatten. Die spanische Eroberung Perus bedeutete auch die Vernichtung der alten Kultur. Unter den Spaniern fanden sich einige Gelehrte, die für das merkwürdige Staatswesen der Inkas Interesse hatten und über die politischen und sozialen Verhältnisse des Reichs manche gute Kunde aufzeichneten. Neben ihnen ist ein merkwürdiger Autor, ein geborener Peruaner, angeblich ein Nachkomme des Inkageschlechts, Garcilaso de la Vega, der um 1000 eine Geschichte Perus geschrieben hat, die 1609 in Lissabon erschienen ist. Leider ist er ganz und gar unzuverlässig; er verherrlicht die Inkas über das Maß und schreibt ihnen allein das Verdienst zu, die alte und große Kultur geschaffen zu haben, die doch aus einer sehr langen Entwicklung hervorgegangen war, während das Inkareich als flüchtiger vorläufiger Kulturstaat auf eine Geschichte von nur wenig Jahrhunderten zurückblickt. Eine populäre Schilderung des Inkareichs hat H. B. Pr e h m in seinem Werke: Das Inkareich (Jena 1885) nach den altspanischen Quellen gegeben. Den sozialistischen Charakter des Staats, den wir in diesen Blättern demnächst schildern zu können hoffen, haben S. C u n o w, Die soziale Verfassung des Inkareichs (Stuttgart 1900) und O. W a r t e n s, Ein sozialistischer Großstaat vor 100 Jahren (2. Auflage, Berlin 1903) dargestellt.

Dem Inkareich ähnliche Kulturen sind noch mehrere in Südamerika bekannt geworden, so die Kultur der Chibcha am Magdalenafluß in Columbia. Eine Kultur, die noch kaum erforscht ist, wurde neuerdings in großen Denkmälern auf den Inseln des Karibischen Meeres entdeckt. Von ihnen sind noch keine eingehenden Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt. Die Photographien, die dem Verfasser zugegangen sind, befinden sich in merkwürdiger Höhe der Plastik, vor allem aber scheinen hier mehrere Kulturstadien — ein französischer Besucher der Städte nimmt deren fünf an — übereinander zu liegen, was nur bei Vorkommen wäre, das das Inkareich den Abschluß einer langen Entwicklung bildet.

Ein andres Volk, dessen Name jedem Kinde wohl bekannt ist, dessen Kultur aber erst durch Ausgrabungen der letzten Jahre wirklich bekannt geworden ist, sind die Kana aniter, die Bevölkerung, die die Israeliten in Palästina vorfanden und in deren Kultur sie allmählich hineinwuchsen. Im letzten Jahre ist das alte Jericho zum großen Teil ausgegraben worden, und hier ist eine Stielung von hoher Altertümlichkeitutage gekommen. Vor allem ist die Ausgrabung der alten Festung der Amoriter, Chaana, die Grabung von Tell elmutfelid, wo die Königsstadt und Festung Megiddo wiederentdeckt wurde, von größter Bedeutung. Hier ist kanaanitische Kultur deutlich greifbar; sie stimmt genau mit der Kultur Israels überein, weil die einbringenden Israeliten, ebenso wie die Philister, einfach die Kultur übernahmen. Ueber diese Dinge und ihre Bedeutung sich zu belehren, ist heute jeder mann leicht möglich durch zwei kleine Schriften, nämlich G r e h m a n n, Die Ausgrabungen in Palästina und das Alte Testament (Leipzig, Mohr, 25 Pf.) und das vortrefflich orientierende Buch von T h o m s e n: Palästina und seine Kultur in fünf Jahrtausenden (Leipzig, W. G. Deubner, 1.25 M.).

Die interessante Entdeckung eines und bloßer völlig unbekannter Völker ist in Innerasien gelungen, zunächst freilich nur durch die Entdeckung eines Textes in ihrer Sprache. Diese Sprache aber ist für uns deshalb so merkwürdig, weil sie mit dem Deutschen verwandt ist, sofern sie zu den sogenannten indogermanischen Sprachen gehört. Es ist allgemein bekannt, daß wir eine große Gruppe von Völkern auf Grund der verwandten Sprachen, die sie reden, als Indo germanen bezeichnen. Zu ihnen gehören in Asien die Indier, Perser und Armenier, in Europa die Griechen, Römer, Germanen, Slaven und einige kleinerer Völker. Europa ist fast ganz von indogermanischen Völkern besetzt. Ein neues indogermanisches Volk hat sich nun kürzlich im Innern Asiens, nicht fern von China, in Ost-Turkestan, gefunden. Die Berliner Expedition, die diese Gebiete in letzter Zeit sehr erfolgreich durchforscht hat, brachte aus Turfan eine große Fülle von Handschriften mit. Unter ihnen fanden sich mehrere bisher fremde Sprachen in indischen Schriftarten. Die Sprache eines dieser Stücke, das buddhistischen Inhalts ist, ergab sich nach der sehr schwierigen Fassung als indogermanisch, und zwar erwies sich die Sprache als dem europäischsten Zweig (Griechisch, Lateinisch, Germanisch) nahestehe. Das Volk, das sie redete, war ein Stamm der sogenannten Indostythen, eines weitverbreiteten Wandervolkes. Man nennt die hier erkannte Sprache Tocharisch. Leider können wir über die Geschichte und Kultur dieses Volkes nicht mehr sagen, als daß es dem Bereich der zentralasiatisch-buddhistischen Kultur angehört, daß es eine indische Schrift und Werke der buddhistischen Literatur in Uebersetzungen besaß. Auch eine von indischen Vorbildern abhängige Kunst hatten die zentralasiatischen Völker in Plastik wie Malerei.

Das größte Kulturvolk, das uns in letzter Zeit erst näher bekannt geworden ist, war und dem Namen nach längst durch das Alte Testament bekannt; es sind die H e t h i t e r, die in Kleinasien und Syrien ein großes Reich gebildet haben. Von ihrer politischen Macht geben ägyptische und assyrische Inschriften Zeugnis. Weltlich deutlich wird uns seine Stellung erst jetzt, wo es Hugo Winckler gelang, in Boghazkoi (im nordöstlichen Kleinasien, östlich von seinem Hauptfluß Tigris-Euphrat) die Reste des Heitertereichs und in ihr ein großes Archiv aufzudecken. Die Hethiter haben uns sehr zahlreiche schriftliche Denkmäler hinterlassen in Inschriften, die in einer Art Bilderschrift geschrieben sind. Es ist trotz aller Scharfsinnigkeit bisher nicht gelungen, diese Inschriften zu lesen und ihre Sprache festzustellen. Zweifel über diesen vor heute schon sagen, daß die Hethiter weder Indogermanen noch Semiten waren. Historisch aber erscheinen sie heute neben Babyloniern und Ägyptern als das dritte große und eigenartige Kulturvolk des alten Orients, das eine Wirkung auf seine Kultur noch ausübte, nachdem es längst aus der Reihe der geschichtlichen Völker verschwunden war. Dieses Volk und seine Kultur sollen die nachstehenden Ausführungen etwas näher schildern.

Die Völkergemeinschaft, die bei den Assyriern als Chatti, bei den Ägyptern als Cheba, im Alten Testament als Chittim erscheint, war eine Völkerei nahe verwandter Stämme, die eine weite Ausbreitung über Kleinasien und Syrien gewonnen und von denen ein Teil in Kappadokien ein bedeutendes Reich schuf. Die Geschicke der Hethiter ist noch wenig bekannt. Im 18. Jahrhundert v. Chr. drangen sie bereits aus dem Kleinasien nach Süden vor und griffen um 1700 das Amoritereich von Babel. Im 17. und 16. Jahrhundert hat sich das ihnen verwandte Mittelnilt in nördlichen Mesopotamien festgesetzt. Ein großes Reich

der Hethiter entstand im 15. Jahrhundert am Salus in Kappadokien, deren Hauptstadt in den Ruinen von Boghaz-Keui ausgehoben worden ist. Die Hethiter haben im 14. und 13. Jahrhundert ihr Reich über Kleinasien und Nordsyrien bis zum Persermon ausgedehnt. Als Ramses II. von Ägypten Syrien wieder zu erobern suchte, stießen sie mit den Ägyptern zusammen. Der Friedensvertrag ist in zwei ägyptischen Uebersetzungen erhalten und läßt die Gegner als durchaus ebenbürtige Mächte erscheinen.

Das Hethiterreich erlag der großen Völkerbewegung des 12. Jahrhunderts, die von Westen her die Phryger nach Kleinasien führte. Die Hethiter zogen südwärts in das nördliche Syrien. Ihre Reste haben sich in Kleinasien, so in Karlenisch am Euphrat, erhalten, wo sie allmählich mit der aramäischen Bevölkerung verschmolzen. Im Jahre 717 ist auch dieses Gebiet von den Assyrern ihrem Reiche einverleibt.

Zu den Hethitern gehören auch die an der Südküste Kleinasien stehenden Luzzi, deren Name in Uykien und Lykaonien erhalten ist. Sie erschienen in den Amarna-Briefen als ein Seehandel treibendes Volk.

Andere Hethitervölker bringen um 1100 in das nördliche Mesopotamien ein, so die Kummud, die der Landschaft Gomagene den Namen gegeben haben, und hinter ihnen die Muakt, Kasli und Tabal. Tiglat Pilaser I. von Assyrien hemmte ihr Vordringen. Die Muakt gingen hinter den Salus zurück und sind hier mit den Phrygern verschmolzen. Noch der letzte Phrygerkönig Midas wird als König von Muakt bezeichnet. Die Tabal blieben in Kappadokien, die Kasli saßen nördlich davon in Kleinasien.

Die Hethiter sind ein bedeutendes und eigenartiges Kulturvolk gewesen, dessen Denkmäler in Kleinasien und Nordsyrien dem 16. Jahrhundert angehören. Sie besaßen eine eigenartige Hieroglyphenschrift, in der zahlreiche Denkmäler erhalten sind. Aus dieser Schrift sind vielleicht andre Schriftsysteme Kleinasiens abzuleiten, wie die Silbenschrift auf Cyprien, die noch von den Griechen benutzt wurde und die lykischen, pamphyliischen und karischen Schriften. Nebenbei hat die hethitische Kultur in Kleinasien lange die herrschende Stellung innegehabt.

Neben den Hieroglyphen wenden sie im Verkehr mit andern Mächten die babylonische Keilschrift und Sprache an, geben in Keilschrift aber auch — wie die Ägypter — ihre eigene Sprache wieder.

Sobald die nunmehr sicher zu erwartende Entzifferung der hethitischen Inschriften gelungen ist, wird man den ethnographischen Charakter des Volkes erkennen können. Sicher scheint, daß die Sprache der Ägypter und der Inschriften am Van-See in Armenien, die ebenfalls in einer Keilschrift geschrieben sind, verwandt sind. War dies die Sprache der Hethiter, so ist nicht möglich, daß sie in West- oder Nordwest, etwa den Georgiern, nahe stehen. Ob der höchst eigenartige Euphrat, den die hethitischen Denkmäler in übertriebenen, aber sehr ausgeprägten Zügen des Volkes zeigen, diesen Zusammenhang bestätigt, ist bei der Schwierigkeit anthropologischer Bestimmungen vorläufig nicht zu sagen.

Neben den schriftlichen Urkunden sind Bauten und Skulpturen die wichtigsten Denkmäler der Hethitkultur; am zahlreichsten finden sie sich in Kappadokien, Kilikien und Nordsyrien. Sehr vieles und das wichtigste ist noch in der Erde verborgen. Die Skulpturen der Hethiter sind zum großen Teil religiösen Inhalts; neben ihnen gibt es Grabsteine, Steinplatten mit figuralen Darstellungen. Häufig wird der Tote beim Mahle sitzend dargestellt. Eine Schöpfung der hethitischen Kunst ist der Doppeladler, den die Seldschukensultane (1217) übernommen. Vom Orient kam er 1245 in das Wappen des deutschen Kaisers. Häufig ist der Löwe, besonders in Halbkreisform, als Torwächter dargestellt.

Die Ausführung der Arbeiten ist oft roh und steif. Die Skulpturen — meist Flachreliefs — geben die Umrisse in harten Linien und verhalten, Mustern und Gewandfalten notwendig angedeutet. Die Arbeit in Stein benutzte die in Metall ausgebildete Technik der getriebenen Arbeit. Das Streben ist hier, wie auch bei den Ägyptern und Assyriern, eine möglichst vollständige Ansicht der Figuren zu erzielen. Die Personen werden meist schreitend und mit ausgestrecktem Arm in Profil dargestellt. Den Gruppen Darstellungen mangelt jedes Vermögen, Beziehungen unter den Gestalten herzustellen. Der Kunst der Hethiter ist die Härte und Eindringlichkeit primitiver Kunst eigen bei großem Gefühl, technische Schwierigkeiten zu überwinden. Eine Entwertung der Kunst kennen wir noch nicht, obwohl es nicht an besseren Schöpfungen fehlt, wie die Darstellung einer Löwenjagd. Ägyptische Einflüsse sind hier nicht zu verkennen, die Wurzeln dieser Kunst aber liegen in der nationalen Besonderheit der Hethiter.

Das erhebt am meisten aus den Darstellungen religiösen Inhalts. In der Ueberlieferung tritt besonders der Kult einer Göttin, der Großen Mutter hervor, die in Kappadokien die Hef. Diese Göttin erscheint als Kybele in Phrygien, als Semiramis oder Atargatis im syrischen Damos. Sie haust in Bergen, thront auf Löwen und trägt die Mauerkrone. Ihr Fest wurde mit wilder Musik und Tänzen gefeiert, eine zahlreiche männliche und weibliche Priesterschaft diente ihr. Die Priester waren Verkörperungen, die Gassen, die Priesterinnen werden Amazonen genannt. Neben der Göttin steht ihr Geliebter, der neben Kybele als Attis erscheint. Er entspricht dem Tammuz, erscheint in Syrien als Sandon oder Heralkes Amphale. Daneben erscheint ein Mondgott Men und der Wettergott Teskup oder Tarzu. Er wird als Krieger dargestellt, mit dem Schwerdt umgürtet und die Doppelaxt schwingend. In der andern Hand hält er ein Bündel mit Bligstrahlen. Einen Einblick in den Zusammenhang der Religion bieten die Skulpturen in einer Nekropole zu Zaphtaja bei Boghaz-Keui, die eine Götterprozession darstellen. Die Tiere, auf denen die Götter sitzen, sind für die kleinasiatische Kunst charakteristisch. Andre Gestalten wie geflügelte Götter, Dämonen mit Vogeelhüften und der Doppeladler weisen nach Babylonien, die Sphinxen nach Ägypten. Der Inhalt dieser Darstellungen ist noch vielfach dunkel. Den Mittelpunkt der kleinasiatischen Religion bildet aber die Feter des im Frühjahr erwachenden Lebens. Damit wick zwischen den Göttern der Erde ein Bund geschlossen. Mit dem Winter aber erlischt dieses Leben. Die organischen Kräfte sind ein Symbol des jährlich neu erstehenden Lebens; im Kultus haben sie bis in die römische Zeit hinein gelebt. Ueberhaupt ist es eine Aufgabe der Zukunft, die hethitischen Elemente zu bestimmen, die in der Kultur, vor allem in der Religion, der hellenistischen und römischen Weltkultur wirksam geblieben sind.

Kunstchronik.

Neues Theater (Die Welt, in der man sich langweilt). — Gestern wir es nur offen, die einst vielgespielte Komödie, die gestern der Dresdner Hoftheaterleiterin Pauline Ulrich zum Zwecke wieder hervorgeholt worden war, wirkt heute schon bedenklich antiquiert. Es gibt einige Künfte der alten Lustspieltechnik, wie diese Verlaufsphasen im verdunkelten Gemächshaus im letzten Akt, die gar nicht mehr gefallen wollen, nachdem die modernen Realisten die Ansprüche an Wahrscheinlichkeit der Bühnenhandlung gesteigert haben. Aber nicht nur das. Was Paileron 1881 gegen die vorwärtsdringenden Bildungsbestrebungen der Frauen auf dem Herzen hatte, scheint uns heute ziemlich bedeutungslos und so etwa auf dem Niveau der stillstehenden Blätter zu stehen. Wir fragen: was geht uns das an? und finden das allgemein Bedeutsame beim besten Willen nicht heraus, wenn wir uns nicht etwa mit der Weisheit zufrieden geben wollen, daß es immer und allezeit dumme Sänge

gegeben hat, im aristokratischen Salon wie in der bürgerlichen guten Stube. Und es kommt das hinzu, daß uns der für Frankreich von Vailleron behauptete Einfluss der Salonweiblichkeit auf wissenschaftliche und politische Karriere fremdartig berührt; wir haben aus der deutschen Gegenwart keine unmittelbar entsprechende Erscheinung, die uns die geschilderten Vorgänge sofort plausibel und interessant machen könnte. Vieles also von Form und Stoff der Komödie wirkt auf uns jetzt als etwas, was uns heute doch eigentlich nichts mehr angeht. Bleibt im Grunde genommen nur diese eine Herzogin von Reville, die alte Dame mit dem gesunden Menschenverstand und dem jungen Herzen, die als eine Repräsentantin freierer Kultur in einer verdorbenen und verkümmerten Zeit glänzend und heidend ihr Wesen treibt. In diese Dame sind die Darstellerinnen verliebt wie eigentlich alle Welt. Die Darstellerinnen, weil sie hier eine der schönsten Aufgaben moderner Komödien spielen. Die Aufgabe ist, eine durchaus keine Dame zu spielen, die zugleich sehr sein kann und, wenns not tut, auch brutale Gebärden anwendet, die Kultur repräsentiert und den Mut hat, aller Konvention ins Gesicht zu lächeln. Es ist kein Wunder, daß die Gestalt der jüngeren Generation, die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre ersten starken Einbrüche erhielt, nicht mehr recht gelingen will. So wie es etwa Ludwig Thoma nicht gelingen will, wenn er im ersten Akt der Moral die Dame nachzibeln möchte. Es gehört eine Ausdruckskraft dazu, die unsre heutigen Schauspieler nicht mehr haben, eine Freude an der schönen Geste und der eleganten Wendung — und an der leichten Verhöhnung der Wahrheit, wie sie den Anforderungen der Welt nicht mehr liegt, die mit den Waffern des Realismus getauft worden. Und es ist kein Wunder, daß gerade die jetzt etwa 70 jährige Pauline Ulrich vom Dresdner Hoftheater hier die Rolle gefunden hat, die sie nach allgemeinem Urteil noch heute unüberwindlich spielt. Wenn sie hier eine Dame darstellt, die verloren gegangene Kultur repräsentiert, so repräsentiert sie zugleich verloren gegangene schauspielerische Kultur, die sich in Dresden besonders gut halten konnte und dort heute noch nachwirkt. In diesem Stück, das nach dem Herzen der bejahrten Herrschaften ist und von den jungen mit einer gewissen schmerzhaften Neugier als Maritakt genossen wird, tritt das Beste im Wesen der Darstellerin leuchtend hervor, da es ausgezeichnet dem Wesen der Aufgabe entspricht. Es ist natürlich nicht diese Technik allein, die wirkt; es ist eine bewundernswürdige Frische des Fühlens und Denkens, die hinzukommen muß, um diese Technik zu beleben. Kommt diese anhaltende Frische daher, daß die Kunstanschauung, in der die Darstellerin aufwuchs, durch die Betonung der schönen Geste eine Erleuchtung bot und ihnen eine Freiheit des Spiels gab, die vor zu starker Bindung bewahrt? Auffällig ist wenigstens, daß wir diese Frische im Wesen der Darstellerin nur noch in der Komödie, schon längere Zeit nicht mehr in der Tragödie zu entdecken vermögen.

Neben dem berühmten Gast wurde vom Publikum besonders Fräulein Braungardt ausgezeichnet, die nach längerer Abwesenheit zum erstenmal wieder in einer größeren Rolle auftrat, in der Rolle der jungen Suzanne von Williers, die ein Geschöpf nach dem Herzen der alten Herzogin ist. Sie betonte weniger das hervorbrüllende Liebesgefühl des Mädchens als sehr stark das Ungehörige, in der Verwirrung, Unsicherheit, Verlegenheit und Verächtlichkeit Draufgängerische, resolut und fest, doch mit weniger spitzem, perflüsterndem Ton, als sie wohl früher in ähnlichen Rollen anwandte, was der Wirkung nicht schadet.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, 9. Januar 1910, nachmittags 3 Uhr: Der Pfarrers Tochter von Strelendorf. Komödie in 3 Akten von Max Dreyer.

Sonntag, 10. Januar, vormittags 11 Uhr: Die der Waib in die Stadt kam oder: Die Räuberkönigin. Weihnachtsmärchen in 5 Bildern von H. K. Gehler.

Doppelplätze 1.— Kl., Einfache 60 Pfg., Stehplatz 15 Pfg.

Thomasring-Theater. Sonntag, 28. Januar, nachmittags 3 Uhr: Wamsel Ngot (Die Tochter der Halle). Operette in 3 Akten von Clairville, Straudin, und Koning. Musik von Charles Lecocq.

Doppelplätze 1.80 Mk., Einfache Plätze 75 Pfg., Numerierte Galerie 40 Pfg., Stehplatz 20 Pfg.

Karten sind zu haben:

Volkshandlung, Lauther Straße 19/21; in den Stillen Volkshaus, Felger Straße 32; Leusch, Hauptstraße 58; Volkswandweg, Elisenstraße 19; Gutrich, Kleinestraße 1; Gohlis, Lindenstraße 12; Lindenau, Nöcker Straße 41. — Jung, Kleinfeldstraße, Bürgergarten (Bibliotheksabende); Eugen Diez, Thonberg, Reigenhäuser Straße 33; Buchbinderverband, Grenzstraße 24 (Diensttag abends); Buchdrucker-Vereins-Verband, Vanthoen, Dresden Straße; Verein Leipziger Buchdrucker-Gesellen, Brüderstraße 9; in den Verbandsbüros im Volkshaus sowie bei den Vereinen der Ortsvereine.

Neues Theater. Sonnabend: Rater Lampe. Sonntag, 17 Uhr: Carmen. Montag: Die Liebe wacht. — Altes Theater. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Heibel (ermäßigte Preise), abends 7/8 Uhr: Tanzujaren, Operette in 3 Akten, Musik von Dr. Albert Salzman (Erstaufführung). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Heibel (ermäßigte Preise), abends 7/8 Uhr: Tanzujaren. Montag: Die geschiedene Frau.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 7/8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Sonnabend, 1/4 Uhr: Die der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends 7/8 Uhr: Der Befehl des Fürsten (Erstaufführung). Sonntag, vormittags 11 Uhr: Vorstellung für den Neuen Verein städtischer Beamten (Wie der Wald in die Stadt kam), nachmittags 1/4 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Der Pfarrers Tochter von Strelendorf), abends 7/8 Uhr: Der Befehl des Fürsten. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomanring). Sonnabend: Der Jockelklub. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerksverein S.-D. (Die Fürstentochter), abends 7/8 Uhr: Der Jockelklub.

Die Direktoren des Neuen Operetten-Theaters erwarb die von Jolly Gaiten mit neuem Regie ausgestattet Operette: Reiche Mädchen von Johann Strauß.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 7/8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Ballenberg-Theater. Sonnabend, nachmittags: Prinzessin Ebeltraut, abends: Rein Leopold.

Notizen.

Das Verhalten bei Gasvergiftung. Es ist im allgemeinen fraglich, ob Gasvergiftungen gefährlicher sind als die Wirkung von Giftstoffen in fester Form. Diese haben den Nachteil eines mehr konzentrierten Einflusses, jense einer ausgedehnten Verteilung auf den ganzen Körper, indem sich die Gasteilchen schnell der Lunge und damit dem Blut mitteilen. Bei Kohlenstoff- und ebenso bei Leuchtgasvergiftungen zeigt sich dieser Uebelstand, selbst wenn es nicht bis zu einer augenblicklichen Lebensgefahr kommt, in sehr empfindlichem Grade darin, daß die verunglückte Person überaus lange an den Folgen zu leiden hat. Infolgedessen ist es von um so größerer Wichtigkeit, wie sie unmittelbar nach dem Unfall behandelt wird. Mit Bezug auf Reuigungsver-

giftung hat jetzt Robin in der Belgischen Medizinischen Zeitung einen Rat erteilt, der in mancher Hinsicht von den bisherigen Gewohnheiten abweicht. Während man es bisher für zweckmäßig hielt, den Vergifteten in eine liegende Stellung zu bringen, hält Robin eine sitzende für geboten, weil dadurch der Blutandrang zum Kopf gemildert wird. Ferner verordnet er das Besprengen mit kaltem Wasser, ein kräftiges Reiben der Schultern und eine anhaltende künstliche Atmung, die durch ein rhythmisches Ziehen der Lunge unterstützt werden kann. Außerdem aber sollte so schnell wie möglich zur Ader gelassen werden, und zwar wäre eine Blutmenge von ungefähr 500 Grammen zu entziehen. Außerdem sollen dann an der Basis der Lunge von allen Seiten des Körpers aus und ebenso auch im Nacken Schröpfköpfe gesetzt werden. Ferner ist die Zuführung von Sauerstoff dringend zu empfehlen. Dr. Robin sagt mit Bezug darauf, daß von Sauerstoff gar nicht viel und lange genug gegeben werden kann. Schlägen all diese Mittel fehl, so bleibt noch ein letztes, das schon in vielen verzweifelt Fällen wie ein Wunder gewirkt hat, nämlich die Einföhrung einer großen Menge der sogenannten physiologischen Kochsalzlösung in die Adern. Die Nervenschmerzen, die nach Gasvergiftung oft eintreten, sollten nur mit Morphium gelindert, aber nicht durch andre Mittel behandelt werden, die ihrerseits eine mehr oder weniger seltene Wirkung auf die roten Blutkörperchen ausüben. —

Der böse Efeu. Während der weit verbreitete Goldregen mit der Zeit wegen seiner Giftigkeit mit Recht überlallt berichtigt geworden ist, hat man dem allerdings weit harmloseren Efeu weniger Aufmerksamkeit zugewandt, obgleich er imstande ist, gelegentlich unangenehme Patientenschicksale zu veranlassen. Dies kann sogar durch bloße Berührung geschehen. Solche Fälle sind freilich überhaupt nicht häufig, weil man ja sonst mehr davon hören würde. An der Tatsache selbst ist aber nicht zu zweifeln, wofür ein Aufsatz von Professor Zinher in der Münchener Medizinischen Wochenschrift einen Beleg bietet. Dieser Arzt hatte eine junge Dame zu behandeln, die ihn wegen eines seltsamen Ausschlags an den Händen aufsuchte. Besonders auf den Fingern und Fingern hatte sich eine bläulichrote, stark juckende Entzündung gebildet, wie sie sonst wohl auch durch Primeln veranlaßt wird, auf die sich der Verdacht des Kratens zuerst lenkte. Die Dame wollte jedoch mit Primeln nichts zu tun gehabt haben, und die Ursache wurde zunächst nicht festgestellt, zumal der Ausschlag unter der Behandlung mit einem gewissen Puder rasch heilte. Nach einiger Zeit kam die Patientin jedoch mit demselben Uebel wieder, das diesmal sogar weit größeren Umfang angenommen hatte und sich über beide Vorderarme erstreckte. Jetzt war es aber der Dame selbst klar geworden, wodurch sie den Ausschlag erhalten haben mußte. Sie hatte eine große Zahl Efeurannten abgehakht und sie in den bloßen Armen fortgetragen. Der Arzt glaubte damals selbst nicht an diesen Zusammenhang, bis nach einem weiteren Jahr die Erkrankung sich noch einmal wiederholte und durch die Art ihrer Entstehung nunmehr die Ursache außer Frage stellte. Die Dame, die sich vom Efeu seitdem sorgsam ferngehalten hatte, verlor beim Rosenzweigen die Blumenstange, die auf ein mit Efeu überzogenes Beet fiel. Sie griff nun gedanklos in den Efeu hinein, um den Gegenstand wieder aufzunehmen, und bald darauf trat an der rechten Hand jener Ausschlag von neuem auf. Prof. Zinher hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Efeu wahrscheinlich unter gewissen äußeren Einflüssen eine derartige unangenehme Eigenschaft annimmt, da in der Nähe des betreffenden Gartens eine große chemische Fabrik lag, die von ihren Dämpfen dem Efeu mitgeteilt hatte. —

Warum sich der Pol verschiebt. Bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Entdeckung des Nordpols ist auch der Tatsache Erwähnung geschehen, daß die Erdpole keine festen Punkte sind, sondern ihre Lage ändern. Es hat ziemlich lange gedauert, ehe die Entdeckung gemacht wurde, und daraus ergibt sich schon die Vermutung, daß erhebliche Schwankungen der Erdpole und damit der geographischen Breiten innerhalb der erdgeschichtlichen Zeit nicht vor sich gegangen sind. Immerhin haben die Astronomen seit langem derartige Vorgänge beobachtet, und es lag nur an der Unvollkommenheit der Instrumente, daß der eigentliche Nachweis erst seit ungefähr einem Vierteljahrhundert hat geschehen können. Die ersten grundlegenden Beobachtungen wurden durch eine Reihe von Sternobservatorien an der Sternwarte in Berlin in den Jahren 1884 und 1885 durch Dr. Rißner vorgenommen. Diese Arbeiten hatten den Zweck, die sogenannte Aberrationskonstante zu ermitteln, das heißt das Höchstmäß der scheinbaren Verschiebung eines Sterns auf Grund des bestimmten Verhältnisses zwischen der Geschwindigkeit der Erde in ihrer Bahn und der Geschwindigkeit des Lichts. Die Ergebnisse fielen so widersprechend aus, daß die Untersuchte nur, aber auch beinahe völlig durch die Annahme einer Schwankung der geographischen Breite erklärt werden konnten. Daraufhin trat Dr. Rißner im Jahre 1888 mit der kühnen Behauptung hervor, daß sich die geographische Breite der Berliner Sternwarte während jener Frist seiner Beobachtungen geändert haben müsse. Selbstverständlich rief diese Erklärung ein großes Aufsehen hervor, und alsbald wurden von der Internationalen Geographischen Vereinigung Schritte getan, um sie einer Prüfung zu unterwerfen. Durch gemeinsame Arbeit der Sternwarten in Berlin, Potsdam, Prag, Straßburg wurden 1880 und 1890 fortgesetzte Breitenbeobachtungen angestellt und ergaben eine zwar geringe, aber unzweifelhafte Schwankung der geographischen Breite in einem bestimmten Sinne. In den folgenden Jahren wurde dann noch eine Expedition nach Honolulu geschickt, um wiederum gleichzeitig mit den genannten Sternwarten auf jenem Eiland der Südsee Breitenbeobachtungen auszuführen. Dort mußte selbstverständlich, weil der Beobachtungsort auf der entgegengesetzten Seite der Erde lag, die Schwankung der geographischen Breite in entgegengesetztem Sinne erfolgen, und in der Tat ergab sich eine Abnahme der Breite in Honolulu gleichzeitig mit einer entsprechenden Zunahme der Breite an den deutschen Sternwarten. Damit war diese beabachtete Naturerscheinung sicher erwiesen. Ueber ihre Ursachen hat man sich seitdem begreiflicherweise viel den Kopf zerbrochen. Zunächst wurde auf Grund von Ueberlegungen, die schon der berühmte Schweizer Mathematiker Euler im Jahre 1765 veröffentlicht hatte, eine Art von Widerstreit zwischen der Erdrotation und der Erdform ins Feld geführt, der darin besteht, daß die Drehungsdrehung der Erde nicht mit ihrem kürzesten Durchmesser zusammenfällt. Dies hat wieder seinen Grund darin, daß sich auf und innerhalb der Erde dauernde Massenverschiebungen ereignen, die eine Drehung der Erde um ihre kürzeste Achse auf Dauer nicht gestatten. Wind und Regen, die Flüsse und die Meeresströmungen schaffen unaußgeseht Massen von einem Ort zum andern; ferner lagern sich im Winter große Mengen von Schnee und Eis in den gemäßigten und kalten Zonen nieder, die im Sommer wieder verschwinden. Diese Veränderungen sind nicht gleichgültig für das Verhalten der Erde als Ganzes und äußern ihren Einfluss, wenn auch in geringem Grade, auch auf ihre Umdrehung. Dazu kommen die Massenverschiebungen die durch Vulkane und Erdbeben bewirkt werden, und eine der größten lebenden Erdbebenforscher, Professor Milne, hat schon vor 15 Jahren ausgeführt, daß eine Verschiebung der Pole durch Erdbeben veranlaßt werden könnte. Es sind auch Vorkellen geliefert worden, in denen der Zusammenhang schwerer Erdbeben mit der Schwankung der Pole Jahre für Jahr unmerklich worden ist. —